

Neuzeit

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pränumerando
 Vierteljahr 3.90 Mk., monatlich 1.30 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.30 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Liste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1292.

Die Interlons-Gebühr
 beträgt für die sechsachsigere Kolon-
 stelle über deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.
 Kleine Anzeigen: das erste Wort 10 Pf.,
 das zweite Wort 5 Pf., das dritte Wort 2 Pf.,
 das vierte Wort 1 Pf., das fünfte Wort 10 Pf.,
 das sechste Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Interlons
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 14. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Was ist mit dem Zigarettenmonopol?

Die Steuerkommission des Reichstags hat die Vorlage der Regierung, soweit sie sich auf Höherbesteuerung der Zigaretten bezieht, abgelehnt, dagegen der Erhöhung der Zigarettensteuer zugestimmt. Damit ist die Regierung nicht zufrieden. Nicht nur, weil sie die Einnahme aus der Steuererhöhung auf Zigaretten nicht fahren lassen will, sondern auch, weil, wie der Staatssekretär betonte, eine allzugroße Ungleichheit in der Besteuerung der Zigaretten- und Zigarrenindustrie eintreten würde. Das aber würde den Absatz der Zigaretten stark beeinflussen. Man verhandelt also weiter. Was die Debatte besonders interessant macht, ist, daß nunmehr deutlich der Plan hervortritt, ein Zigarettenmonopol zu errichten.

Wie man es bewerkstelligen will, die Zigarettenherstellung zu monopolisieren, die Herstellung der Zigaretten aber frei zu lassen, ist allerdings schwer einzusehen.

Die größte Schwierigkeit besteht in bezug auf den Verschleiß. Es geht nämlich nicht so einfach, Tabakprodukte, die in Monopolbetrieben hergestellt werden, durch private Kaufleute an die Verbraucher im Kleinverkauf zu verschleifen. Die Gefahr der Defraudation ist nämlich zu groß. — Bei der jetzigen Besteuerung und den Betriebsverhältnissen ist der Verkaufspreis der Zigaretten um ein Vielfaches höher, als die Herstellungskosten. Am Tausend Zigaretten, die das Stück zu 3 Pf. verkauft werden, also das Tausend für 30 M., braucht man Material — unbesteuerter Tabak und Papier — im Preise von etwa 3,50 M. und der Arbeitslohn beträgt annähernd 2,50 M. Die Selbstkosten des Herstellers sind also 6 M., der Verkaufspreis 30 M. Das erklärt sich so: der Fabrikant muß auf diesen Herstellungspreis die Handelskosten schlagen, die enorm hoch sind, infolge der Reklame und des Risikos. Daher kalkuliert sich für ihn die Ware samt der „Aufmachung“ (möglichst elegante Karton- oder womöglich Blechschächteln) etwa mit 12 bis 13 M.; die Steuer (Tabaksteuer und Vandalensteuer) beträgt 5 M. Die Selbstkosten betragen daher 17 bis 18 M. Darauf wird ein Gewinn von 3 M. geschlagen und der Preis im Großhandel stellt sich dann auf 20 bis 21 M. Zu diesem Preise muß abgegeben werden, weil der Kleinhändler die Ware für 30 M. verkaufen soll und sich mit weniger als 30 bis 33 Proz. nicht begnügen kann, da seine Kosten — Miete, Steuern usw. — sehr hoch sind. — Wenn nun der Staat das Monopol errichtet und die Zigaretten durch die privaten Händler vertreiben lassen würde, so würde er ihnen diese 30 bis 33 Proz. auch einräumen. In unserem Beispiel würde er also das Tausend Dreipennig-Zigaretten zu 21 M. liefern, der Händler würde dabei 9 M. verdienen. Gelingt es aber einem Händler, sich unbesteuerten Tabak zu verschaffen, die Zigaretten selbst herzustellen, so würden sie ihm 6 M. kosten und er würde einen Gewinn von 24 M. einstreichen. Die Versuchung zu solchen Missetaten wäre jedenfalls enorm.

Deshalb ist eben der Verschleiß in Ländern mit Tabakmonopol, wie Österreich-Ungarn und Frankreich, unter staatlicher Kontrolle gestellt: es werden „Tabaktrafiken“ errichtet, in denen der Verkäufer scharf überwacht wird.

Würde man in Deutschland also das Zigarettenmonopol einführen, so müßte man entweder die Zigaretten durch die zahlreichen jetzt bestehenden Zigarettenhändler verkaufen lassen, zu deren Überwachung man aber ein ganzes Heer von Beamten brauchen würde, oder man müßte ausschließlich in staatlichen Verkaufsstellen verschleifen. Das letzte ist aber dann sehr kostspielig, weil der Umsatz von Zigaretten allein nicht groß genug ist, um die Verkaufsstellen rentabel zu machen. So oder so wäre also der Verschleiß viel teurer, als bei der Privatindustrie.

Dagegen könnte allerdings der Monopolbetrieb billiger arbeiten als die Privatindustrie. Erstens würden die Handelskosten stark vermindert werden, weil der Staat, der mit keiner Konkurrenz zu rechnen hat, keine Reklame zu treiben braucht, auch keine Verluste zu verrechnen hat. Zweitens lassen sich die Produktionskosten noch stark herabsetzen durch Konzentration des Betriebes. Wenn wir oben den Arbeitslohn für die Herstellung von tausend Zigaretten mit 2,50 M. veranschlagten, so war das annähernd der übliche Satz für Handarbeit. Bei Maschinenarbeit rechnet man den Arbeitslohn einschließlich der Tilgungs- und Reparaturkosten der Maschine auf etwa 70 Pf. pro Tausend. Das erklärt sich daraus, daß ein geübter Zigarettenmacher es auf 2 bis höchstens 2 1/2 tausend Stück pro Arbeitstag bringt, während die Maschine, an der drei Arbeiter tätig sind, wobei aber der Maschinist mehrere Maschinen gleichzeitig versehen kann, 200 bis 250 tausend Stück pro Tag liefert. — Ob der Staat den Tabak billiger beschaffen würde, bleibt zweifelhaft. Es handelt sich in der Hauptsache um orientalischen Tabak, der von den Kleinbauern in den Balkanstaaten und in der asiatischen Türkei angebaut wird. Von diesen Produzenten erwerben ihn die Auktäuser und führen ihn nach den Hauptmärkten. Hier kaufen die Exporteure ein. Es ist das ein Geschäft, dem noch sehr die orientalischen Formen anhaften, und wenn da die deutsche Monopolregie als Großkäufer austritt, wird sie kaum erfolgreich gegen den

Schwarm der Händler operieren. Es wird behauptet, daß die österreichische Tabakregie in der Regel teurer einkauft, als die deutschen und englischen Zigarettenfabrikanten.

Es stehen also die Dinge so, daß der Staat, solange er sich auf das Zigarettenmonopol beschränkt, mit sehr hohen Vertriebskosten zu rechnen hat. Die Produktionskosten wären dagegen geringer als bei der Privatindustrie. Indessen hätte der Staat ein beträchtliches Kapital zu verzinsen, das er für die Entschädigung der Interessenten aufwenden muß. Dadurch würde also der Monopolgewinn erheblich vermindert. Wir bezweifeln sehr, ob der fiskalische Effekt derart wäre, daß aus dem Monopol 50 Millionen Mark mehr herauszuschlagen wären, als man jetzt aus der Zigarettensteuer herausschlägt.

Allerdings kann man diesen Gewinn erhöhen, indem man die Zigaretten verteuert. Doch ist auch das nicht einfach, solange die Zigarettenindustrie freibleibt. Die Zigarette konkurriert eben mit der Zigarre; wird sie übermäßig verteuert, dann geht der Konsum zurück. Schon heute sucht die Zigarettenindustrie dem veränderten Geschmack Rechnung zu tragen, indem sie Zigaretten von ganz kleinem Format, die sogenannten „Zigarillos“, im Preise von 4 Pf. und darunter herstellt. Einer allzu teuren Monopolzigarette würde man auf diesem Wege sicher bekommen.

Ob es aber lohnt, zur Erzielung einer Mehreinnahme von etwa 50 Millionen Mark einen solchen Eingriff in die bestehenden Verhältnisse zu wagen, scheint uns recht zweifelhaft.

Deshalb dürfte wohl klar sein, daß das Zigarettenmonopol für sich allein zwecklos wäre. Wird es eingeführt, dann kann das nur der erste Schritt auf dem Wege zu einem allgemeinen Tabakmonopol sein. Das sollten sich die Interessenten der Zigarettenindustrie und des Tabakhandels, die einer Hochschraubung der Zigarettensteuer gleichmütig oder gar mit einer gewissen Schadenfreude gegenüberstehen, beizeiten gesagt sein lassen.

Vom sozialdemokratischen Standpunkt aus kann man diesen Monopolgedanken nur mit sehr gemischten Gefühlen entgegensehen. Es handelt sich hier um viele tausend Arbeiter, deren Schicksal auf dem Spiele steht, denn es ist ganz sicher, daß bereits bei der Einführung des Zigarettenmonopols nur ein Teil der jetzt in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter Vermeidung finden könnte.

Vollends bei der Monopolisierung auch der Zigarettenindustrie wird es eine Katastrophe geben, da die Weiterbeschäftigung der in der Hausindustrie Tätigen nicht angängig ist. Der Monopolbetrieb müßte konzentriert werden und die Ueberfiedlung dieser Heimarbeiter an die Orte der Monopolbetriebe wird sich kaum vollziehen lassen. Die Zuversicht aber, daß die Arbeiter ebenso entschädigt werden, wie die Unternehmer, kann nach den bisherigen Erfahrungen nicht aufkommen. Haben es doch auch jetzt wieder die bürgerlichen Parteien abgelehnt, Mittel bereitzustellen für die Arbeiter, die infolge der Steuererhöhung brotlos werden.

Für die Konsumenten wirkt das Monopol genau so, wie die indirekten Steuern. Allerdings würden im gegebenen Falle Millionen, die jetzt den Fabrikanten zufließen, als Profit dem Staate zufallen, weitere Millionen, die heute als „falsche Kosten“ vom volkswirtschaftlichen Standpunkte zu betrachten sind, die Kosten der Reklame, Kriegskosten sozusagen im Konkurrenzriege, würden ebenfalls dem Staate zufallen. Indessen kann das als ein besonderer Vorzug vom Standpunkte des Proletariates kaum betrachtet werden, solange der Staat als wirtschaftlicher Unternehmer genau so rücksichtslos Profitinteressen vertreibt, wie der Privatunternehmer. — Nun kommt aber noch in Betracht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine derartige Maßnahme am ungeeignetsten erscheinen muß. Erstens wird in den nächsten Jahren die Finanznot des Staates überaus dringend sein und daher würde ganz sicher eine Ueberspannung der fiskalischen Grundzüge eintreten, man würde aus dem Monopol herauszuschlagen zu suchen, was irgend herauszuschlagen ist, zum Schaden sowohl der Arbeiter als der Unternehmer. Zweitens wird die Zeit nach dem Kriege schwere Erschütterungen des wirtschaftlichen Betriebes bringen und da kann ein so gewaltsamer Eingriff in dieses Getriebe die Lage nur verschärfen.

Die amerikanische Presse über die Note Wilsons.

New York, 12. Mai. Nichtamtlich. (Durch Funk-
 spruch vom Vertreter des W. L. B.) Die Presse
 erklärt sich im allgemeinen mit der letzten nach Berlin ge-
 richteten Mitteilung des Präsidenten Wilson
 einverstanden.

Der Vorsitzende des Repräsentantenhaus-Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten äußerte: Diese Note wird der Lage gerecht und, wie ich glaube, wird sie die Billigung des Kongresses finden. Es scheint mir, daß die Note tatsächlich den Streit über den U-Boot-Krieg beenden wird, unter der Voraussetzung, daß Deutschland die Versprechungen erfüllt. Wir nehmen die Versicherung Deutschlands an, aber wir können nicht damit einverstanden sein, daß diese Ver-

sicherungen in irgendeiner Beziehung stehen sollen zu unseren diplomatischen Verhandlungen mit England. Ich glaube nicht, daß Deutschland ein bedingtes Zugeständnis zu machen beabsichtigt, sondern lediglich die Anregung oder Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß wir die durch die britische Blockade geschaffene Lage aufzuklären uns bemühen möchten.

„New York World“ bespricht in einem Leitartikel die Note und sagt: Die große Majorität des amerikanischen Volkes wünscht keinen Krieg, auch nicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland. Ihr ganzes Verlangen ist, daß Deutschland seine Zusicherungen hält und der Lösung amerikanischer Bürger ein Ende setzt, wenn sie von ihren gesetzmäßigen Rechten auf hoher See Gebrauch machen. Dies kann nur so geschehen, daß Deutschland sich bei seinen U-Boot-Operationen an die Regeln des Kreuzerdienstes hält. Geschieht dies, so wird es in Zukunft keine Krisis geben. Geschieht es nicht, so wird die Verantwortlichkeit für irgend welche unglückseligen Folgen in vollem Umfange der deutschen Regierung zufallen.

Die kommenden Präsidentschaftswahlen in Amerika.

London, 12. Mai. (T. U.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ gibt einen Ueberblick über die Unklarheit, die gegenwärtig bei den verschiedenen Parteien über die bevorstehende Präsidentschaftswahl herrscht. Die Republikaner versammeln sich am 7. Juni in Chicago, aber sie wissen noch nicht im geringsten, wer als Kandidat aufgestellt werden soll. Die Demokraten werden bei ihrer Zusammenkunft in St. Louis, die 14 Tage später als die republikanische stattfindet, Wilson wiederum in erster Linie aufstellen, aber die Unsicherheit über die Pläne der Gegenwart und die verwinkelten Verhältnisse zum Ausland sind die Ursache, daß sie darüber noch vollständig im Dunkeln tappen, welche Art von Aktion sie beginnen sollen. Die beiden wichtigsten Kandidaten der Republikaner, Roosevelt und Hughes, wollen nicht, daß ihre Namen auf die Kandidatenliste gesetzt werden. Der Name des dritten Kandidaten, Root, wurde zu spät genannt. Unter den Republikanern erklären sich viele scharf gegen die Kandidatur Roosevelts, genau so wie vor vier Jahren, obgleich sie das Programm Roosevelts, das sich gänzlich gegen Wilson richtet, gutheissen. Sie wollen zwar eine Wahl Roosevelts verhindern, ihm aber Gelegenheit geben, seine Verschuldigungen an den Mann zu bringen. In die Kandidatur Roosevelts scheint niemand viel Vertrauen zu haben. Die Kandidatur Hughes, der in seiner Partei sehr angesehen ist, könnte wohl den Stein ins Rollen bringen, gesetzt den Fall, daß er die Kandidatur annimmt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Mai. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Freitag nachmittag. Am linken Ufer der Maas lebhafteste Artillerietätigkeit im Abschnitt des Waldes von Avocourt. Am „Toten Mann“ versuchten die Deutschen vergebens, uns während der Nacht aus den von uns am 10. Mai auf den Westhängen eroberten Stellungen zu vertreiben. Zwei aufeinander folgende Angriffe wurden durch unser Feuer zurückgewiesen. Am rechten Ufer Beschichtung in der Gegend von Douaumont und Baug. Die Nacht verlief auf dem Rest der Front verhältnismäßig ruhig.

Paris, 13. Mai. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Freitag abend: Auf dem linken Ufer der Maas erlaubten uns im Laufe des Tages begonnene Teilkämpfe, unsere Stellungen südlich und östlich von Haucourt beträchtlich zu erweitern. Hiemlich bestige Beschichtung in der Gegend des „Toten Mannes“ und bei Cumidres. Auf dem rechten Ufer lebhafteste Beschichtung unserer ersten und zweiten Linie zwischen dem Wald von Haubromont und Baug. Ein deutscher Angriff gegen unsere Gräben südlich von Fort Douaumont wurde vollständig zurückgeschlagen. Auf der übrigen Front Artilleriekämpfe, die besonders lebhaft waren in der Champagne und in den Vogesen.

Belgischer Bericht: Nach bestiger Beschichtung unserer Arbeiten in der Umgebung von Dignmiden versuchten deutsche Abteilungen zweimal, ein Grabensstück am Ufer der Yser zu besetzen, sie wurden beide Male zurückgewiesen. Belgische Artillerie richtete Konzentrationsfeuer auf Dignmiden und auf Verteilungswerte der Deutschen nördlich der Stadt. Die feindlichen Werke wurden zerstört.

Die englische Meldung.

London, 12. Mai. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Nach bestiger Beschichtung gelang es dem Feinde gestern abend, 500 Harde unserer vordersten Schützengräben nördöstlich Vermelles zu nehmen. Wir eroberten in der Nacht durch einen Gegenangriff einen Teil zurück. Heute kam es in dieser Gegend zu keinem weiteren Infanteriegefecht, doch herrschte beträchtliche Tätigkeit der Artillerie. Wir besaßen die feindliche Stellung gegenüber von Guinchy. Sonst nur geringere Tätigkeit der beiden Armeen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 13. Mai. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 12. Mai. Westfront: Am 10. Mai abends griffen die Deutschen nach bestiger Artilleriefeuer in einem Unterabschnitt der Gegend von Jakobstadt nördlich des Bahnhofs Selburg an; sie hatten keinen Erfolg und nahmen in der Nacht zum 11. Mai nach bestiger Beschichtung der genannten Gegend ihre Angriffstätigkeit wieder auf. Am Ausgang des durch die feindliche Artillerie zerstörten Dorfes Epulin (8 Kilometer südöstlich Augustinof) dauerte der

Kampf an. Südwestlich des Medunicees griffen die Deutschen gleichfalls an, aber ohne jeden Erfolg. An mehreren Abzweigungen der Gegend Jakobstadt und Lünoburg lebhaft Tätigkeit der feindlichen Artillerie. Südlich Jirni, nordöstlich des Bahnhofs von Baranowitsch (33 Kilometer) beschloß die deutsche Artillerie die Gegend Meterele Ljostina—Dorf Belarh, nördlich Jirni (5 und 8 Kilometer). Unsere Artillerie zerstörte an mehreren Orten feindliche Arbeiter, welche mit der Befestigung von Stellungen beschäftigt waren. In der Gegend östlich Koll und bei Nowo-Alexisiew wiesen wir feindliche Annäherungsversuche an unsere Gräben zurück.

Kaukasusfront: In der Gegend von Achala gingen unsere Truppen ein wenig nach Westen vor. In Richtung Daghad in Mesopotamien schlugen wir einen türkischen Angriff zurück. In der Gegend der Stadt Kasch Schirin erbeuteten wir vom Feinde eine Kanone österreichischen Modells und Artilleriemunitionsvorräte.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 12. Mai. (B. Z. B.) Militärischer Bericht. An der Grenze im Trentino waren die Artilleriekämpfe in der Zone des Col di Lana heftiger. Im flüchtigen Wechsels der Gegner folgten zwei Angriffe gegen unsere neuen Stellungen auf dem Culla. Er wurde jedesmal sofort zum Halten gebracht und von unserem Gewehr- und Geschützfeuer zurückgeschlagen. Auf dem Korst Minenlampf. Der Gegner gebrauchte abermals brennende Flüssigkeiten, ohne uns Schaden zuzufügen. Cadorna.

Meutereien indischer Truppen?

Bombay, 12. Mai. (B. Z. B.) Wie den „Neuen Zürcher Nachrichten“ aus Verfebe gemeldet wird, verweigerten bei den letzten Kämpfen am Suezkanal die indischen Soldaten in vielen Fällen den Gehorsam. Es sei zu Meutereien und zu Kämpfen zwischen australischen Offizieren und indischen Truppen gekommen, wobei es mehrere Tote und Verwundete gegeben habe.

Zur Beschlagnahme der dänischen Post durch England.

Kopenhagen, 12. Mai. (B. Z. B.) Nach einer heftigen Blättermeldung führten die Verhandlungen, die anlässlich der letzten Fälle von Beschlagnahme dänischer Post zwischen Dänemark und England geführt wurden, zu dem Ergebnis, daß England versprach, die Briefpost nach Island unerschüttert passieren zu lassen, im übrigen aber ablehnte, grundsätzliche Zugeständnisse zu machen. Was die skandinavische Post nach Amerika betrifft, besteht Aussicht zu einem gemeinsamen Vorgehen Dänemarks, Schwedens und Norwegens gegen England, um die Verzögerungen in England möglichst abzukürzen.

Bern, 13. Mai. (B. Z. B.) Die „Basler Nachrichten“ geben einen Artikel des „Journal“ wieder, der sich mit der Kontrolle der neutralen Postsendungen in Frankreich befaßt und bemerkt dazu: Wie das eidgenössische Postdepartement in seinem letztjährigen Geschäftsbericht ausgeführt hat, widerspricht die Kontrolle und Beschlagnahme neutraler Postsendungen durch die Militärbehörden kriegsführender Staaten der im Weltpostvertrag grundsätzlich gewährleisteten Freiheit der Transit. Auch bedeuten sie eine so schwere Schädigung der neutralen Handelsinteressen, daß wir in der Schweiz allen Anlaß haben, gegen das Vorgehen Frankreichs und Englands zu protestieren.

Osag, 13. Mai. (B. Z. B.) Der Dampfer „Cadoeng“ mußte auf der Reise von Rotterdam nach Batavia seine Post in England ausschiffen.

Die Verarmung Rußlands.

Und wird geschrieben: Der Krieg wird unabsehbare wirtschaftliche Folgen für alle Beteiligten haben; die wirtschaftlich schwächeren Länder werden aber sicher auf der Strecke bleiben. Ist es schon zweifelhaft, ob die kapitalkräftigeren Länder nach dem Kriege

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Militärisch. Großes Hauptquartier, den 13. Mai 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Argonnen und Maas fanden an einzelnen Stellen lebhaft Handgranatenkämpfe statt. Versuche des Feindes, in den Wäldern von Avocourt und Malancourt Boden zu gewinnen, wurden vereitelt.

Ein feindlicher Nachangriff südwestlich des „Toten Mannes“ erstickt in unserer Infanteriefire.

Auf dem östlichen Maasufer erlitten die Franzosen bei einem mißglückten Angriff am Steibruch westlich des Elbein-Waldes beträchtliche Verluste.

Ein deutscher Kampfflieger schoß über dem Walde von Bourgnignon (südwestlich von Laon) einen feindlichen Doppeldecker ab. Südöstlich von Armentières wurde durch einen Abwehrfeuer am 11. Mai ein englisches Flugzeug zum Absturz gebracht und vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Bahnhofs Selburg wurde ein russischer Angriffsvorstoß gegen die kürzlich genommenen Gräben durch Artilleriefire im Keime erstickt. Mehr als hundert Russen wurden gefangen genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. Mai. (B. Z. B.) Militärisch wird verlautbart: Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Nordhang des Monte San Michele wiesen unsere Truppen mehrere Angriffe ab. Die Italiener erlitten schwere Verluste. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Goerz, Feldmarschallleutnant.

inslande sein werden, die schwere Schuldenlast zu tragen, vor allem ihr Geldwesen wiederum in Ordnung zu bringen, so unterliegt der Zusammenbruch der russischen Valuta schon heute mehr keinem Zweifel.

Nach den letzten offiziellen Erklärungen des russischen Finanzministers ist die russische Staatsschuld bis Ende 1915 von 8,8 auf 17,79 Milliarden Rubel angestiegen. Diese Zahl stimmt aber mit den früher gemachten Angaben über die Kriegskosten nicht überein. Diese beliefen sich schon bis zum 1./14. Oktober auf 7,72 Milliarden Rubel und müssen bis Ende 1915 auf mindestens 10 Milliarden Rubel angestiegen sein. Inzwischen sind die Kriegsausgaben weiter gestiegen. Die „Ruska Wedomosti“ vom 8./21. April berechnet die bis Ende März 1916 gemachten inneren Anleihen auf nominell 6856 Millionen Rubel, zu denen noch die Verpflichtungen an die Reichsbank (am 23. März) in der Höhe von 3315,7 Millionen Rubel, zusammen also von 10,7 Milliarden Rubel hinzukommen. Außerdem wurden in England und Frankreich bis zum 1. Januar 2785 Millionen Rubel geborgt, bis Ende März wahrscheinlich 4 Millionen Rubel, so daß die Gesamtverschuldung Rußlands um rund 14,7 Milliarden gestiegen ist.

Bei den letzten Anleihen wurden 5½ bis 6 Proz. Zinsen

gezahlt. Nimmt man nur 5½ Proz. an, so erfordert die Verzinsung der inneren Kriegsschulden schon 588,5 Millionen und die der ausländischen 220 Millionen Rubel. Damit sind aber weder alle Kosten des Krieges gedeckt, noch ist der Krieg selbst zu Ende. Wenn man aber selbst von dieser Zahl ausgeht, so tritt die Unmöglichkeit, diese Last zu tragen, deutlich genug hervor. Im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 betrug der Ausfuhrüberschuß 361,8 Millionen Rubel. Diese werden aber heute sicher nicht mehr reichen, um allein die Zinsen der ausländischen Staatsschulden zu decken! Abgesehen also von der großen Verschuldung der russischen Industrie an das Ausland, wird allein der Staat im Auslande Anleihen auf Anleihen nehmen müssen und um die Zinsen der früheren Anleihen zu bezahlen. Daß dies auf die Dauer nicht gehen kann, braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. Und wie soll dabei Rußland sich von der drückenden Papiergeldwirtschaft befreien? Am 21. April machte der Goldbestand der Staatsbank nur noch 24,6 Proz. des Notenumlaufs aus, ohne die eine Milliarde übersteigenden Edagschneide zu rechnen. Ist unter diesen Umständen eine baldige Liquidation der Papiergeldwirtschaft und eine Hebung des Rubelkurses, der heute um 40 Proz. gesunken ist, denkbar?

Zu Beginn des Krieges konnte man allerdings noch hoffen, daß Rußland nach dem Kriege große aufgespeicherte Mengen von Lebensmitteln auf den ausländischen Märkten zu hohen Preisen absetzen können. Die lange Dauer des Krieges hat aber diese Hoffnung zerstört. Die russische Landwirtschaft ist ruiniert; die Anbaufläche ist um 25 bis 30 Proz. eingeschränkt; die Erneuerung der Produktionsmittel ist unmöglich. Vor allem leidet auch Rußland an Viehmangel. Die Pferde wurden requiriert; das übrige Vieh an Spekulant verkauft, weil die Bauern befürchteten, daß es sonst von der Regierung genommen wird. Der Zahlungsfähigkeit und Pünktlichkeit der Regierung traut der Bauer eben wenig. Das allgemeine Resultat ist eine ungeheuerliche Teuerung selbst im Innern Rußlands. Ende 1915 überstiegen die Preise der wichtigsten Lebensmittel den Stand von Ende 1913 um 80 Prozent, und dies auf den inneren Märkten, die unter der Desorganisation des Bahnverkehrs weniger leiden! Es ist also durchaus unwahrscheinlich, daß sich die Ausfuhr Rußlands nach dem Kriege stark heben könnte. Während des Krieges ist sie auf ein Minimum gesunken.

Nun wird aber die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen nach dem Kriege in erster Linie durch die Entwertung des russischen Geldes gehemmt werden. Die Einfuhr von ausländischen Waren wird schon bei diesem Stand der Valuta stark erschwert, vollends aber unmöglich gemacht, falls der Kurs des russischen Rubels noch weiter gedrückt wird. Das Sinken des Rubelkurses ist aber nicht aufzuhalten, falls der Krieg noch länger dauert oder falls Rußland seine industriellsten Provinzen verlieren sollte. In all diesen Fällen werden der Staatskredit und die Valuta so erschüttert werden, daß die wirtschaftliche Erholung des Landes auf lange Zeit unmöglich wird. Dadurch wird aber die Exportindustrie der Nachbarstaaten stark leiden. Rußland bezog 1913 aus dem Auslande für 1169,5 Millionen Rubel Waren, davon aus Deutschland für 642,8 Millionen. Nach der deutschen Statistik betrug 1913 die Ausfuhr nach Rußland nur 880,0 Millionen Mark, zeigt aber eine rasche Steigerung; hat sie sich doch seit 1907 mehr als verdoppelt! Diese Ausfuhr nach Rußland besteht zu Zweidrittel aus Fabrikaten, und die Erschwerung dieser Ausfuhr wäre wahrhaftig ein schwerer Schlag für die deutsche Industrie. In Rußland beginnt man, wie es scheint, einzusehen, daß die Erhaltung des deutschen Marktes für die russische Landwirtschaft eine Lebensfrage ist. Wird man auch umgekehrt in Deutschland einsehen, daß die Erhaltung des russischen Marktes von ungeheurer Bedeutung ist? (2)

Die große Maioffensive.

Die Schlacht am Dunajec und bei Gorlice.
Von Hugo Schulz, Wien.

Kriegspressquartier.

Der Raum, innerhalb dessen der gewaltige Durchbruchstoß von Gorlice angestrebt werden sollte, hat eine Frontbreite von mehr als 80 Kilometer; die Frontlinie der Armeen, die die eigentliche Stoßgruppe darstellten, bildete einen förmlichen Querschnitt durch die Karpaten. Sie erstreckte sich von Ostinow nahe der Dunajec-Mündung bis an den Fuß der Ostbesiden. Vor der russischen Stellung lag als natürliches Hindernis der Dunajec bis etwa 5 Kilometer aufwärts von der zerstörten Eisenbahnbrücke bei Bogumilowice. Weiter südlich hatten die Anrainer noch von früher her das rechte Ufer inne, und die Front zog sich, das Flußtal verlassen, hinüber zum Biala-Einschnitt, dann westlich von Stommit zwischen Gorbow und Gorlice die Bahnstrecke überschreitend bis in das Gebiet der oberen Kopa. Auf diesem Raume waren zwei Armeen zum Angriff bereitgestellt, und zwar in folgender Gruppierung: von der Mündung des Dunajec in die Weichsel, an die sich der Nordflügel lehnte, bis an das Biala-Fluß bei G. hatte sich die IV. österreichisch-ungarische Armee, befehligt von Erzherzog Josef Ferdinand, entwickelt; südlich von ihr und von ihrem Südflügel räumlich durch das Flußtal der Wiala geschieden, stand die von Radetzky geführte II. deutsche Armee, der übrigens das österreichisch-ungarische Korps A. einverleibt war, das bisher den ganzen Raum von der Weichsel bis an den Karpatenfuß gedeckt hatte. Die Armee des Erzherzogs hatte auf ihrem linken Flügel die Division St.-St., daran schloß sich die deutsche ... Reserwedivision und an diese, den rechten Flügel der Gruppe bildend, das „Edelweiß“-Korps des Feldmarschallleutnants M. mit seinen vom Feinde besonders gefährdeten Alprezidenten. Die Armee Radetzky bestand aus sechs Korps, die in folgender Aufstellung in den Kampf traten: den linken, unmittelbar an die Armee Josef Ferdinand anschließenden Flügel bildete die Garde, deren Angriffspunkt die Richtung auf den 425 Meter hohen B.-Berg nehmen sollte. Südlich von der Garde sollte das österreichisch-ungarische Korps A., bestehend aus den Divisionen A. mit seinen nordmährischen Bergarbeiter-Regimenten, und B. die von außerordentlich starken Stützpunkten des Feindes getränkten B.-Höhen nehmen. Weidenseits der Bahnstrecke hatte sich östlich von G. das Korps H. bereitgestellt, um Gorlice zu erstürmen und darüber hinaus entlang der Kopa nach B. zu gelangen. Im weiteren Verlauf der Front entwickelte sich das ... Korps, daran anschließend das ... Korps, das den hügeligen Abschnitt, den der B.-Berg krönt, angreifen sollte, und den rechten Flügel der Armee Radetzky bildete das vom Wegwinger Lüttichs geführte ... deutsche Korps. Der Zufall fügte es, daß es gleich bei Beginn der Schlacht in unmittelbare Fühlung mit dem österreichisch-ungarischen ... Korps kam, das am linken Flügel der Armee B. stand, und daß diese beiden Besatzungskorps im einheitlichen Zusammenwirken die Aufstellung der Armee Prusilows bewirkten, die zunächst zu einer fruchtbarsten Verknüpfung des russischen Rückzugs führte.

Die russischen Kräfte, mit deren Widerstand der Angriff der Verbündeten rechnen mußte, waren nicht schwach und — nach den Nachlässen, die die Verteidigung aus den Erfahrungen des Krieges

gewonnen hat — sogar reichlich stark. Die von Radko Dimitriew befehligte 8. russische Armee zählte 5 Korps, nebst den dazu gehörigen Reserve-Divisionen, die 8. Armee des Generals Prusilow, die in den Ostbesiden der Armees B. gegenüberstand, mochte sich zwar in der vorangegangenen Karpatenschlacht einigermassen verbrocht haben, konnte aber immer noch an 100 000 Mann in die Schlacht werfen. Zur Feuerstärke der russischen Front stellte sich aber noch die Festigkeit ihrer Verschanzungen, die sich in mehrmonatlichem Stellungskrieg zu mächtigen Bollwerken ausgereicht hatten und in ihrer tiefenweisen Aufeinanderfolge den Entschluß befestigten, jeden Schritt des eroberten Bodens zäh gegen alle Anstürme zu verteidigen. Zwischen dem Dunajec und der B. gab es drei völlig ausgebaute russische Verteidigungslinien, und jede davon bestand aus mehreren, in kurzen Abständen aufeinanderfolgenden, auf den Bergabhängen sogar miteinander in Stützwerken übereinander gebauten Stellungsbereichen. Die Gräben verliefen zumeist entlang den Kammern des Berggeländes, das die Täler säumt, hatten sanfte Böschungen, die guten Ausbruch boten, vor sich, mitunter auch sturmfreie Steilhänge, die selbst dann, wenn keine Feuergraben über sie strichen, nur mühsam erkliegen werden konnten. Nach allen Erfahrungen, die der bisherige und auch der spätere Kriegsverlauf der Eroberung bot, war die Aussicht der Russen, sich des bevorstehenden Angriffs zu erwehren, durchaus günstig, und wenn der Sturm der Verbündeten trotzdem bis zum völligen Durchbruch gedieh, der die Dampfwalze zum unaufhaltbaren Rückziehen brachte, so ist das eigentlich ein taktisches Wunder gewesen, dessen ausreichende Erklärung erst das sorgfältige Studium aller Begleitumstände und Einflüsse ermöglichen wird. Irgend welche psychologische Unwägbarkeiten müssen da mit im Spiele gewesen sein, denn der Schlachtverlauf selbst bietet nichts, was den völligen moralischen Zusammenbruch der russischen Armee einwandfrei begründen könnte. Es war ein einfaches frontales Ringen, das nirgends die Gelegenheit zu irgend welchen überraschenden und verblüffenden taktischen Schachzügen bot. Die taktische Reife Radetzky's befandete sich aber in der Art, wie seine Divisionen zusammenwirkten und bei aller Selbstständigkeit des Handelns aufeinander orientiert blieben. Auch die Wucht der artilleristischen Vorbereitung kann die Größe und fortwirkende Kraft des Sieges nicht zureichend erklären. Wohl mochte das auf die Einbruchsstelle konzentrierte Trommelfeuer aus fast zweitausend Geschützen aller Kaliber erschütternde und zermalmende Wirkung gehabt haben, aber der Hagel von Granatprojektilen und schützenden Scherben, der bei Gorlice und am Dunajec über die russischen Stellungen niederging, ist seitdem auch von unseren Gegnern wiederholt in seinen quantitativen Ausmaßen weit überboten worden, ja sogar vervielfacht worden, ohne daß er je eine ähnliche durchgreifende Wirkung erzielen konnte. Ich habe unmittelbar nach der Schlacht die erklärten russischen Stützpunkte am Dunajec gesehen. Vor und hinter den Deckungen reichte sich Trichter an Trichter, manche tiefen Meter von zweiundvierzig Metern waren darunter, die Stachelbrüche waren gerast und bildeten knifflige Knäuel, aber die eigentlichen Schützengräben waren oft auf Kilometerlänge völlig unversehrt. Nur an einer einzigen Stelle fand ich sie so hochhügelig eingegraben und verschüttet, wie das im Westen noch schwerer zwei- bis dreitägigen Artilleriebeschörungen so häufig der Fall sein soll. Das Wirkungsfeld, das die Angriffe am Dunajec und bei Gorlice einleitete, währte auch nicht länger als vier Stunden. Es begann am 2. Mai um 6 Uhr früh und Schlag 10 Uhr verstummten die donnernden Mäuler

plötzlich, um den Sturmangriff der Infanterie beginnen zu lassen. Die moralische Wirkung dieses Trommelfeuers muß allerdings bisheriger gewesen sein, schon deshalb, weil die Russen derartiges bisher noch nicht erlebt hatten und gänzlich überrascht, ohne feierliche Vorbereitung, diesen neuen Angriffen gegenüberstanden.

Die Schlacht hatte eigentlich schon in der Nacht vom 1. zum 2. Mai begonnen. Ganz plötzlich hatten Truppen St.-St. den Dunajec überschritten, die russischen Stellungen bei Ostinow überfallen, dabei 1000 Mann gefangen genommen und Geschütze erbeutet. Die Russen erwarteten nun dort den Hauptstoß und beorderten rasch ihre Reserven auf den anscheinend bedrohten Punkt. Wenige Stunden später aber war schon am mittleren Dunajec und an der Biala die Hölle los. Es begann dort der Angriff des Edelweiß-Korps gegen die überaus starken russischen Stellungen auf den Höhen 419 und 402, die in blutigem Nahkampf erst am 3. Mai von den Titoler Jägerregimenten erobert werden konnten. Die Russen gingen, nachdem die österreichisch-ungarischen Truppen auch weiter südlich den Dobr-Küden bei G. erobert hatten, nach E. zurück, räumten aber am 6. Mai, als sie vom Korps A. südlich der Straße nach B. umgangen worden waren, die Stadt, in die die Befreier am 6. Mai einzuziehen konnten.

Indessen hatte auch die Armee Radetzky mit raschem und durchgreifendem Erfolg die russischen Stellungen überzogen. Die Garde erstürmte am 2. Mai die Höhe 487 und brach dort, erbittern den Widerstand überwältigend, durch sieben hintereinander gelegene Befestigungslinien. Das österreichisch-ungarische Korps A. nahm in einem Anlauf die B.-Höhen und den fast besetzten, steil aufragenden B.-Berg, dessen Stellungen die Artillerie vorher gründlich zermürbt hatte. Es ereignete sich beim Angriff auf diesen Berg, daß ganze russische Bataillone den Angreifern, als sie kaum den halben Berg erklimmen hatten, mit erhobenen Händen entgegenliefen, um sich zu ergeben. Südlich von A. nahm das Korps B. in rasendem Anlauf das arg zerstörte Gorlice, die Schloß des ... deutschen Korps erstürmte E., und die Bayern brachen im Bajonettkampf den erbitterten Widerstand der Russen auf dem B.-Berg, während das Korps C. und D. vorbrang. Am 8. Mai wurde die zweite russische Hauptlinie genommen. Nur am Berge E. und bei V. leisteten die Russen starken Widerstand. Der gut besetzte B.-Berg kostete die Angreifer schwere Opfer, und vom R.-Tal her wagten die Russen sogar einen flankierenden Gegenangriff, der aber am Feuer der deutschen Artillerie gescheiterte. Eine Höhe nördlich von B. konnte das angreifende Honvedregiment der Division E. erst beim siebenten Sturm nehmen.

Die Russen erkannten, nachdem sie in den ersten Tagen der Schlacht schon mehr als 50 000 Gefangene verloren hatten, daß ihre Stellungen dieserseits der B. unhaltbar seien, und gingen wenigstens im Kopa-Abchnitt schon jetzt über den Fluß zurück, besonders scharf verfolgt von Emich, der bereits am 6. Mai den Fluß überschritt und E. erreichte.

Wie infolge dieser Ereignisse und unter dem gleichzeitig wirkenden Druck der Armee B. die russische Karpatenfront zusammenbrach und wie der Sieg bei Gorlice trotz aller herangebrachten Verstärkungen seine nachwirkende Kraft bis über die Salinie hinaus übte, wird ein folgender Artikel aufzeigen. Vorerst wird aber noch einiges über die Vorgeschichte dieser gewaltigen, für die Russen katastrophalen und auch für die Sieger schwere Blutopfer heischenden Kriegshandlung, die die Gesamtlage so entscheidend umstülzte, zu sagen sein.

Viviani für handelspolitische Bevorzugung mit Rußland.

Kopenhagen, 12. Mai. (B. Z. B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Der französische Minister Viviani hatte gestern mit dem Reichsfinanzminister Bekrowsky eine lange Besprechung über das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland. Viviani betonte die Notwendigkeit, daß Frankreich eine günstigere Zollbehandlung erhalte als andere Länder, und erklärte die Bereitwilligkeit des französischen Kapitals, bei der Hebung der natürlichen Reichtümer Rußlands mitzuwirken.

Spaltung in der französischen Sozialdemokratie?

Die „Kreuz-Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Nachrichten aus Paris bereiten auf eine Spaltung im sozialdemokratischen Lager Frankreichs vor. Der Abg. Brizon will nämlich mit 30 bis 40 anderen Mitgliedern der sozialistischen Kammerfraktion eine eigene unabhängige Gruppe bilden, um die Herbeiführung eines für sein Vaterland ehrenhaften Kriegsendes betreiben zu können. Das Ministerium Briand, dem diese sozialistische Neugründung sehr unbehagen ist, sieht dem Vorgange mit um so größerer Besorgnis zu, als der ewige Aufschub der so oft angekündigten „großen Offensive“ immer stärkeres Murren im Volke erregt. Wir geben die Meldung mit Vorbehalt wieder und möchten nur bemerken, daß Genosse Brizon an der Ende April abgehaltenen zweiten Zimmerwalder Konferenz teilnahm.

„Secolo“ über die deutsche Friedensstimmung.

Mailand, 13. Mai. (B. Z. B.) In einem redaktionellen Artikel „Friedensgerüchte“ schreibt „Secolo“: Man darf übrigens nicht glauben, daß die in der europäischen Presse künstlich verbreiteten Friedensgerüchte einer tieferen Stimmung der Erschlaffung und des Mißtrauens entsprechen, die sich in dem deutschen Volke gebildet haben sollen. Ein wenig Tumult vor Berliner Schlachtereien darf nicht als Anzeichen des Aufstrebens hingesehen werden. Das deutsche Volk leidet zwar unter den Schwere der ziemlich ernstlichen wirtschaftlichen Lage, weiß aber, daß seine Heere als Herren der Lage auf Feindesboden stehen. Es ist stolz, zahlreiche Schlachten gewonnen zu haben, und wird in der Begeisterung für den militärischen Widerstand nicht leicht nachlassen.

Unzufriedenheit in England.

Die freudige Stimmung des englischen Ministerpräsidenten anlässlich der Annahme der allgemeinen Wehrpflicht in zweiter Lesung scheint von den Liberalen keineswegs allgemein geteilt zu werden. Sie verstehen es nicht, daß ein Ministerpräsident Grund zu optimistischer Auffassung der Lage haben zu können glaubt, in einem Augenblick, wo seine Gegner innerhalb und außerhalb der liberalen Partei alle ihre Wünsche durchgesetzt haben.

Man darf doch nicht vergessen, daß Herr Asquith prinzipiell Gegner der allgemeinen Dienstpflicht ist, und daß sehr zwingende Gründe vorhanden gewesen sein müssen, die ihn veranlaßten, seinen Widerstand im Kabinett aufzugeben. Diese Gründe liegen offenbar in der militärischen Situation, die eine Verstärkung der Heeresziffer notwendig macht. Demgegenüber behaupten unterrichtete und einflussreiche Liberale, wie der frühere Minister Sir John Simon, daß politische und nicht militärische Erwägungen den Ausschlag gegeben haben. Sie deuten damit an, daß Asquith die immer stärker auftretende Opposition der Konservativen unter Führung des Liberalen Lloyd George fürchtete, die Konzeption an diese Gruppe, die schon seit langem die allgemeine Wehrpflicht fordert, sollte ihr eine Waffe gegen die liberale Regierung entreißen und die Stellung des Kabinetts befestigen.

Es wird abzuwarten sein, ob der Erfolg von Dauer ist. Schließlich ist die Wehrpflicht nicht der einzige Punkt, über den die Ansichten von rechts und links auseinandergehen. Die Tarifreform lauert immer noch im Hintergrund, und es ist nicht gut anzunehmen, daß Asquith auch in der Frage des Schutzolls nachgeben wird. Es könnte dann doch der Punkt erreicht werden, wo auch die liberalen Anhänger des Ministerpräsidenten sehen, daß er sich nur wenig von einem Konservativen unterscheidet, und daß er schließlich nicht geeignet sei, die liberalen Elemente des Landes in der Regierung zu verkörpern.

Aber auch rein sachlich, was das Gesetz selbst angeht, zeigt sich bei den Liberalen nicht überall Befriedigung. In zwei außerordentlich ernsten Artikeln weist der „Manchester Guardian“ auf die Nachteile des neuen Vorschlags und auf die Torheit des ganzen Rekrutierungssystems, wie es seit Beginn des Krieges gehandhabt wurde, hin. Diese Kritik kann nicht unbeachtet bleiben, denn der „Manchester Guardian“ ist eines der ältesten und angesehensten liberalen Organe, das vor allem in den führenden Kreisen des Handels und der Industrie gelesen wird. Das Blatt weist nun noch einmal auf die verschiedenen Fehler hin, die die Regierung gemacht habe, indem sie weder das Freiwilligensystem sich vollkommen entwickeln ließ, noch ein sorgsam durchdachtes System allgemeiner Dienstpflicht einführte. Wenn es allerdings darüber klagt, daß man verläumt habe, eine gute Auswahl zu treffen und die Männer je nach ihrer Qualifikation in die Armee einzureihen oder sie der Industrie zurückzugeben, so lassen sich diese Mängel wohl solange nicht beseitigen, als man nicht die tüchtigsten und gewissenhaftesten Kerne im Verein mit den fähigsten Männern aus Handel und Industrie die Auswahl treffen läßt, auf deren Entscheidungen unbedingte Rücksicht genommen werden mußte. Weder Freiwilligensystem, noch allgemeine Dienstpflicht an sich sind für eine fehlerhafte Auswahl verantwortlich zu machen. Ueberall da, wo man der Zahl der Soldaten das entscheidende Gewicht beilegt und wo man die ausscheidenden Soldaten durch ebenbürtige neue ersetzt, ohne danach zu fragen, ob die neuen in der Lage sind, die ausscheidenden in ihren Leistungen zu ersetzen, wird man auch nicht geneigt sein, der Industrie eines Landes die Bedeutung beizumessen, die ihr wirklich zukommt.

Gerade der Mangel an tüchtigen Leuten für die Industrie wird aber vom „Manchester Guardian“ am meisten gerügt, und in keinem Lande macht er sich ja auch so fühlbar wie in England, denn in diesem Lande eine ganz besondere Aufgabe von Seiten seiner Verbündeten zugeteilt ist. Zwei Mitglieder des Kabinetts haben diese Aufgabe voll erkannt, McKenna und Hunciman, die schon mehrfach davor warnten, der Industrie mehr Kräfte zu entziehen. Deshalb verlangt auch der

„Manchester Guardian“ eine bestimmte Grenze, über die hinaus keine Arbeitskräfte aus der Industrie dem Heere zugeteilt werden dürfen. „Es ist töricht, anzunehmen, daß wir, wie wir es tun, Kredit und ungeheure Mengen von Material allen unseren Alliierten zuführen, die Meere für sie alle offenhalten können und zu gleicher Zeit ein scharfes kontinentales System der Dienstpflicht unserer industriellen Bevölkerung aufzulegen können.“

Zwischen den Reihen werden Lord Derby und Mr. Walter Long Vorwürfe gemacht und sie als die eigentlich Schuldigen am Verlegen des Freiwilligendienstes hingestellt. Forster man nach, wer das ganze System der Rekrutierungskampagne und der Tribunale ausgearbeitet habe, so werde man bald herausfinden, daß Lord Derby und Mr. Long die einzigen seien, die etwas damit zu tun hatten, das Kabinett als Ganzes sei daran unschuldig. Was allerdings ein Beweis dafür wäre, daß die Bügel in der englischen Staatsleitung am Boden schleifen, und daß der Ministerpräsident in einer so wichtigen Angelegenheit kein starkes Verantwortlichkeitsgefühl gezeigt hat. Es ist deshalb begreiflich, wenn der „Manchester Guardian“ unmutig schreibt: „Es bleibt noch eine fundamentale Frage. Was soll mit den hinzuzuführenden Männern geschehen, wenn sie zu erlangen sind? Und wird sich irgendeine größere Vorursicht oder Rädigkeit in der Anwendung der bereits registrierten großen Armee zeigen? Wenn nicht, wird das Hinzufügen zu den Ziffern nur Hinzufügen von Schwierigkeiten und Verschwendung bedeuten. Was nötiger ist, als irgendeine kleine Vergrößerung der bereits im Krieg tätigen Kräfte, ist eine intelligentere und kraftvollere Leitung.“

Dieser Satz spricht deutlich genug für die Stimmung im englischen liberalen Bürgertum. Er läßt es aber auch nur noch unverständlich werden, daß Mr. Asquith als einer der ersten Lloyd George beglückwünschte, als dieser im Unterhaus mit großem Eifer für die Dienstpflicht plädiert hatte. Bringt das neue Gesetz nicht die erhoffte Zahl von Soldaten und müssen Industrie und Handel mehr noch als bisher unter der Entziehung notwendiger Kräfte leiden, so wird die Unzufriedenheit des Landes sich nicht gegen Lloyd George oder einen der anderen Kabinettsmitglieder richten, sondern ausschließlich gegen den Ministerpräsidenten, der die Verantwortung vor der Öffentlichkeit zu tragen hat. Und mit ihm werden diejenigen einen schweren Stand haben, die, wie die drei Arbeiterminister berufen gewesen wären, sich einer weiteren Militarisierung Englands zu widersetzen und die Anhahnung von Friedensverhandlungen zu verlangen und die statt dessen durch ihre Rückendeckung das Ministerium Asquith am stärksten gestützt haben. (2)

Die Opfer des irischen Aufstandes.

Amsterdam, 13. Mai. (B. Z. B.) Der Dubliner Berichterstatter der „Times“ meldet, daß Asquith die Zahl der Zivilpersonen, die dem irischen Aufstand zum Opfer gefallen sind, offenbar unterschätzt. Ihre Zahl scheint im ganzen 216 zu betragen. Die geforderte Schadenersatzsumme belief sich gestern bereits auf 1 400 000 Pfund Sterling.

Ein schwedischer „Fall Liebknecht“.

Auch der schwedische Reichstag hatte in dieser Woche einen „Fall Liebknecht“ zu behandeln. Anlässlich der Beurteilung des Abgeordneten Höglund zu dreijähriger Zuchthausstrafe wies der Präsident der zweiten Kammer auf eine Gesetzesbestimmung hin, wonach derjenige, der zu entbehrender Strafe verurteilt ist, seines Mandats verlustig geht. Er beantragte deshalb, der Regierung Mitteilung zu machen, daß das Mandat Höglunds vorliegt. Dieser Vorschlag wurde von Branting bekämpft, der erklärte, jene Gesetzesbestimmung komme nicht in Frage, da Berufung eingelegt werde, und es sei Aussicht vorhanden, daß das Urteil aufgehoben werde. Der Antrag des Präsidenten wurde von den Führern der Liberalen und der Rechten unterstützt. Bei der Abstimmung siegte aber Branting mit 94 Stimmen gegen 75. Ein Teil der Liberalen stimmte mit den Sozialdemokraten. Dieser Beschluß kann als eine deutliche Demonstration gegen das Urteil betrachtet werden.

Das Türkische Reich.

Der Krieg hat eine Menge von neuen Problemen plötzlich aufgerollt, die gebieterisch eine sofortige Verantwortung fordern. In der Hast und unter dem Einflusse der Bürgerkriegspsychologie greift mancher Genosse zu den neuesten Leistungen der bürgerlichen „Kriegswissenschaft“, die er „materialistisch“ verarbeitet und als „sozialistische“ Lösung der brennenden Probleme darbietet. So ist das „sozialdemokratische Mitteleuropertum“ entstanden, das heute selbst in der bürgerlichen Wissenschaft als abgegan betrachtet werden darf. Viele ähnliche Illusionen muß eine kleine, aber durchaus gründliche Arbeit des bekannten Geographen, Prof. A. Philippson, über die Türkei (Das Türkische Reich. Eine geographische Uebersicht, 12. Band der Deutschen Orientbücher, herausg. von E. Jaesch, Verlag G. Neuenhauer, Weimar, 100 Seiten, Preis 1,50 M.) zerstreuen. Diese kleine Schrift beschäftigt sich mit den geographischen Grundlagen, gibt also die notwendigsten Voraussetzungen zur Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Aussichten der Türkei. Wenn es natürlich auch übertrieben ist, in der „Weltlage, der natürlichen Beschaffenheit und in der Art der Bewohner“ allein die „Grundlagen aller menschlichen Kultur und Wirtschaft eines Landes und ihre Entwicklungsmöglichkeiten“ zu sehen, so ist es selbstredend, daß gerade für solche noch wenig entwickelten Agrarländer, wie die Türkei, die natürlichen Faktoren von besonders schwerwiegender Bedeutung sind. Darum wird diese Schrift viel zu kühleren Betrachtungen der vorderasiatischen Probleme beitragen.

Wenn man über die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten der asiatischen Türkei spricht, wird oft darauf hingewiesen, daß diese Gebiete einst die Wiege der menschlichen Kultur wären, und sehr reiche Länder dargestellt hätten. Das mag fürs Altertum zutreffend sein; seitdem haben sich aber die geographischen und wirtschaftlichen Grundlagen dieser Länder stark verändert und zwar bedeutend verschlechtert. Einige glauben sogar, die Türkei stelle noch Raum genug für eine europäische Einwanderung dar. Dem widerspricht Professor Philippson aufs entschiedenste. Er teilt das Türkische Reich in zwei ganz verschiedene Gebiete: in dem einen ist Ackerbau ohne künstliche Bewässerung möglich; es umfaßt die Randteile Kleinasiens und den größten Teil Syriens. Hier wohnen ungefähr 12 Millionen Menschen,

also etwa 30 Personen auf das Kilometer, was der normalen Bevölkerungsdichte solcher Länder durchaus entspricht. Eine Vermehrung der Bevölkerung und ohne Ausdehnung des bebauten Landes ist hier fast unmöglich, intensivere Kultur wird allerdings die Aufnahmefähigkeit des Landes erhöhen können; dem stehen aber die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse sowie vor allem der unerträgliche Steuerdruck im Wege. „Im ganzen“, sagt Philippson, „habe ich den Eindruck gewonnen, daß nicht mehr allzuviel anbaufähiger Boden frei ist, abgesehen von dem, der sich durch neue Bewässerungsanlagen in Trockengebieten gewinnen ließe. Im jetzigen Zustande dürfte das Türkische Reich keine erhebliche Einwanderung von Ackerbauern mehr aufnehmen können.“

bleiben also die Trockengebiete, die die Phantasie vieler erregen. Philippson beschäftigt sich mit den Problemen der Bewässerung sehr wenig, wohl deshalb, weil das für ihn recht zweifelhafte Zukunftsmuß ist. Zu dem durch Bewässerung kultivierbaren Boden gehören die Flußebenen und Däsen von Babylonien, ein großer Teil Ober-Mesopotamiens, die Däsen im östlichen Streifen Syriens und ein großer Teil des syrischen Arabiens. Philippson meint, daß hier wohl Getreide für den eigenen Bedarf, keineswegs aber für die Ausfuhr hergestellt werden könnte. Denn die Produktion von Getreide auf bewässertem Boden kommt zu teuer zu stehen und kann mit dem Getreide nicht konkurrieren, das ohne künstliche Bewässerung erzeugt wird. Er empfiehlt daher den Anbau von Baumwolle.

Außer der Bewässerung Mesopotamiens wird ein Kapital von über einer halben Milliarde Mark beanspruchen, die nach dem Kriege weniger denn je werde ausgebracht werden können. Aber auch dann würde man nur etwa eine Million Baumwollballen erhalten können (S. Frech, in der „Geographischen Zeitschrift“, Heft 1, 1916), während der Verbrauch Deutschlands allein 1,58 Millionen Ballen beträgt.

Au Erzen ist die asiatische Türkei nicht reich; vor allem mangelt es an brauchbarer Kohle, die die Erzgewinnung ermöglichen könnte. Darum führten die Versuche, Erze zu gewinnen, meist zu Enttäuschungen. Immerhin sei in der Zukunft eine reiche Entwicklung des türkischen Erzebergbaues im Bezirk Bafra Maden in Rußien, wo sich ein Braunkohlenlager befindet, zu erhoffen. Dort befinden sich auch Chrom- und Eisenlager. Wichtiger ist die Petroleumzone in Mesopotamien, die aber zumeist auf persischem Gebiete liegt.

Wies in allem darf man also wohl sagen, daß die asiatische Türkei kein Eldorado zukünftiger europäischer Ansiedlungen, schon wegen der unerträglichen Hitze, noch einen zukünftigen bedeutenden Rohstofflieferanten oder gar Getreideproduzenten darstellt. Das mögen sich alle Schwärmer für Vorderasien hinter's Ohr schreiben.

Den ethnographischen, wirtschaftlichen und politischen Kern des Türkischen Reiches sieht auch Philippson wie viele andere in Kleinasien. Ob sich die anderen Teile werden halten lassen, imwieweit und unter welchen Vorbedingungen sie zur Stärkung der Türkei beitragen können, erörtert Philippson nicht. Eine aufmerksame Lektüre seiner Arbeit kann aber auch in dieser Beziehung manche Anhaltspunkte finden. Sogar tritt Philippson entschieden gegen die Aufgabe Konstantinopels, dessen Verlust auch den Kleinasien mit sich ziehen müßte. Damit wäre der Untergang des Türkischen Reiches nur eine Frage kurzer Zeit, meint Philippson. Damit greift er aber auf militärisch-strategisches Gebiet, das weder seine Aufgabe ist, noch auch ausführlich behandelt wird. (2)

Der Sultan von Marokko und die Entente.

London, 23. Mai. (Z. U.) Der „Times“-Korrespondent ist vom Sultan von Marokko in Madrid empfangen worden, welcher ihm erlaubte, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Der Sultan wünscht, dem englischen Volk folgendes mitzuteilen: Er schulde der französischen Regierung und den französischen Verbänden Dank für die Verbesserungen, die das Land erfahren hat, da er und seine Untertanen unter französischem Protektorat stehen, welches verstanden hat, trotz des Krieges eine Periode des inneren Friedens und der Ruhe wie niemals zuvor zu schaffen. Der Sultan ist stolz darauf, daß er zum Dank für diese unerschöpflichen Wohltaten in der Lage gewesen ist, seit Beginn dieses Krieges seine Truppen nach Frankreich senden zu dürfen, um dort an der Seite des heldenhaften französischen Heeres und seiner tüchtigen Bundesgenossen für das Recht zu kämpfen. Er glaube, daß das Blut von Franzosen, Engländern und Schwarzen bereitwillig auf den Schlachtfeldern Frankreichs vergossen, nur dazu beitragen werde, die Bande noch enger zu knüpfen, die zwei so große Reiche mit den marokkanischen Untertanen verbinden. Die Alliierten freuen sich, daß sie so dicht vor dem Ende stehen und betrauern die Opfer, welche notwendigerweise gebracht werden müßten. Der Sultan wird weiter mit Gottes Hilfe und allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit verteidigen, für welche Frankreich und seine Bundesgenossen so tapfer kämpfen.

Vom mexikanisch-amerikanischen Konflikt.

Washington, 12. Mai. (B. Z. B.) Reuter, General Scott berichtet, daß sein Versuch, ein Abkommen mit General Obregon zu schließen, gescheitert ist. Es werden deshalb wahrscheinlich direkte Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Regierung Carranzas eingeleitet werden, um die mexikanische Grenzfrage zu regeln.

Moratorium in China.

Peking, 12. Mai. (B. Z. B.) Reuter. Infolge der Geldknappheit hat die Regierung für das ganze Land ein Moratorium verkündet. Die Maßnahme erstreckt sich auch auf die Banken in China.

Kriegsbekanntmachungen.

Briefe von Dahomey-Gefangenen.

Berlin, 13. Mai. (B. Z. B.) Das Frankfurter Neue Kreuz, Anschluß für deutsche Kriegsgefangene, Frankfurt a. M., Zeit 114, bittet die Angehörigen aller sogenannten Dahomey-Gefangenen, die bis vor kurzem unter Postzensur standen, um umgehende Nachrichten, sobald Briefe oder Postkarten von ihnen eingetroffen sind. Die Angabe der Lager, aus denen sie geschrieben haben, ist notwendig.

Letzte Nachrichten.

Einführung der Sommerzeit in Dänemark.

Kopenhagen, 13. Mai. (B. Z. B.) Der Reichstag hat das Gesetz betreffend Einführung der Sommerzeit vom 14. Mai, abends 11 Uhr, bis zum 30. September angenommen.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Bauarbeiterorganisation.

Auch die deutschen Maurer und Bauhilfsarbeiter können in diesen Tagen das fünfundsingzigjährige Bestehen ihrer zentralen Organisationen feiern. Am 9. April 1891 wurde auf dem dritten Kongress der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands in Halle a. S. der Verband der Bauarbeiter und Berufsgenossen, am 12. Mai des gleichen Jahres auf dem achten Maurerkongress in Gotha der Zentralverband der Maurer Deutschlands gegründet. Wenige Wochen später haben beide Verbände ihre Tätigkeit aufgenommen.

Die Maurer und Bauhilfsarbeiter hatten für die Gründung der Zentralverbände eine recht ungünstige Zeit gewählt. Das Jahr 1891 stand im Zeichen einer niedergehenden Konjunktur, bis 1895 waren Jahre großer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Die Anziehungskraft der Verbände war demnach in den ersten Jahren äußerst schwach. Im Maurerverbande bewegte sich die Mitgliederzahl um die 12 000, sie sank sogar auf 10 000; im Bauhilfsarbeiterverbande war die Bewegungsziffer 2000. Mit 30 000 im Maurerverbande und 5000 im Bauhilfsarbeiterverbande hatte man im Gründungsjahre gerechnet. Bei den Maurern hatte sich schon in dem ersten Verbandsjahre die Beitragsfrage so zugespitzt, daß eine Herabsetzung der Beiträge außerst geringfügigen Beiträgen unabwendbar schien; sie wurde denn auch auf dem ersten Verbandstage (1892) beschlossen. Genutzt hat das freilich nicht, im Gegenteil: die Mitgliederzahl wurde noch kleiner. Das hat vielleicht dazu beigetragen, daß vielfache Anträge, den Beitrag noch weiter herabzusetzen, auf dem zweiten Verbandstage keine Mehrheit mehr fanden. Aber auch damit war die Krankheit nicht vorüber. 1895 mußte ein außerordentlicher Verbandstag wiederum die Klagen über die „unerfüllbaren“ Beiträge über sich ergehen lassen. Auch der Verbandsvorstand war hoffnungslos geworden. Nunmehr wurden die monatlichen Extrabeiträge abgeschafft; der Wochenbeitrag wurde zwar auf 15 und 20 Pf. (letzte bei einem Lohn über M. 3,50) erhöht, die Beitragsdauer jedoch von 52 auf 40 Wochen herabgesetzt. Der Erfolg dieser Beitragsregulierung war wiederum eine Verminderung.

Nun kam die erst leise, dann immer stärker wachsende Bautätigkeit der Organisation zu Hilfe. Einige glücklich durchgeführte Streiks brachten neuen Zulauf. Am Ende seines ersten Jahres hatte der Maurerverband rund 30 000 Mitglieder. Mit den Beiträgen lebte er freilich immer noch von der Hand in den Mund; bei einer Einnahme von 208 216 M. betrug die Ausgabe 208 452 M. Nach einem weiteren Jahresfünft war die Mitgliederzahl auf 80 000 und nach drei Jahresfünft gar auf 190 000 gestiegen. Mit dem Wachstum der Mitgliederzahlen wuchs dann auch der Mut, die Beiträge zu erhöhen und die Leistungen des Verbandes zu vergrößern.

In dem Verband der Bauhilfsarbeiter verlief die Entwicklung ähnlich. Bei der Festsetzung des Beitrages haben sich die Hilfsarbeiter aber nie so ängstlich gezeigt wie die Maurer, obwohl ihr Verdienst doch erheblich niedriger war

und ist. Am Schlusse des ersten Jahresfünft zählte der Verband 4000 Mitglieder, am Schlusse des zweiten Jahresfünft hatte sich die Zahl verdreifacht und nach fünfzehnjährigem Bestehen war sie auf 84 000 angewachsen.

Bei dem am 1. Januar 1911 erfolgten Zusammenschluß beider Verbände hatte wieder einmal der Druck des wirtschaftlichen Niederganges auf den Mitgliederstand eingewirkt: der Verband der Maurer konnte nur noch 170 000 und der Verband der Bauhilfsarbeiter noch 72 000 nachweisen. Bald ging es aber wieder bergauf. Der Zusammenschluß wirkte mit verbender Kraft, eine zwar nur mäßige Konjunktur tat ein übriges; im ersten Jahre der vereinigten Organisation stieg die Mitgliederzahl im dritten Quartal auf rund 310 000. Eine weitere Verstärkung brachte der Stützfahrerverband; mit rund 10 500 Mitgliedern trat er im Frühjahr 1912 zu dem Deutschen Bauarbeiterverband über. Auch die Isolierer und Steinhofleger hatten schon zuvor einen kleinen Zuwachs gebracht. Und wenn nicht wiederum die rückläufige Konjunktur den gewohnten Schwachmut der Arbeiterschaft erzeugt hätte, würde der Deutsche Bauarbeiterverband bald das vierte Hunderttausend überschritten haben. Vorläufig sollte er noch nicht so hoch steigen, mit 348 418 Mitgliedern erreichte er im dritten Quartal 1912 seinen bisher höchsten Stand.

Daß unter den Kriegswirren auch der Bauarbeiterverband in nicht zu geringem Maße gelitten hat, ist selbstverständlich. Er hat aber auch gezeigt, daß die Organisation in 25 Jahren eine solche Kräftigung erfahren hat, daß sie auch die diesem Sturm gewachsen ist, und daß Sicherheit dafür gegeben ist, sie werde diese größte Prüfung überstehen. Es wird eine der Hauptaufgaben der Daheimgebliebenen sei, dazu zu ihrem Teile nach Kräften beizutragen.

Der „Grundstein“, das Organ des Bauarbeiterverbandes, dem wir bei dieser kurzen Skizzierung der Verbandsgeschichte gefolgt sind, ist aus Anlaß des Jubiläums als Festnummer erschienen, die Beiträge aus den Federn verschiedener Verbandsveteranen und Funktionäre bringt.

Dem Genossen Karl Frohne war diese Gelegenheit gerade gut genug, um seinem gepreßten Herzen u. a. in der folgenden Weise Luft zu machen:

Freilich, diesen Elementen, den „unentwegten“ Parteitheoretikern, den „Plustionspolitikern“ und „Revolutionsromantikern“ hat die zentralistische Gewerkschaftsorganisation und die von ihr ausgehende und geführte Arbeiterbewegung niemals Rechnung tragen, niemals Konzessionen machen können; sie hat sich vielmehr zu ihnen stets im schärfsten Gegensatz sowohl in grundsätzlicher wie in taktischer Hinsicht befunden; denn ihre Aufgabe ist unausgesetztes, planmäßiges, gewissenhaftes, den Wirklichkeiten des Lebens genügendes praktisches Wirken im Interesse der Arbeiter. Dieses Wirken, das sich verzweigt in eine Unsumme von Kleinarbeit, ist ein ungemein mühevoll und verantwortungsschweres. Wer sehen, begreifen und vernünftig urteilen kann und will, wird unterscheiden können zwischen diesem Wirken und dem „rabulösen“ Theoretisieren, das schließlich ja jeder Handlanger als eine Art von demagogischem Sport mühevoll und verantwortungslos betreiben kann!

Zu diesem Sport gehört immer die Quertreiberei, die Hegelei, die spekulative Erregung von Mysterien gegen die Führer und deren Verdächtigung und Beschimpfung. Fünfzigjährige Erfahrung in der Arbeiterbewegung, auf die ich zurückblicken kann, lehrt, in welchem Maße dieses Unwesen die unerlässliche Voraussetzung von

Kampferfolgen, die Disziplin erschüttern und durchbrechen, nicht nur die organisatorische Einheit gefährden, sondern auch deren Seele, die Einigkeit, zerreissen und zerstören kann. Ohne lebenskräftige Einigkeit der Organisationsmitglieder im grundsätzlichen und taktischen Wollen und Handeln, eine Einigkeit, die den ehrlichen und vernünftigen Austrag von Meinungsverschiedenheiten ganz gewiß nicht ausschließt, kann auch die Einheit der Organisation nicht bestehen.

Ich habe hier die schlimmsten Gefahren skizziert, von denen die gewerkschaftliche Organisation — gleichwie die sozialdemokratische Partei — stets bedroht gewesen ist, und die gerade jetzt in der furchtbaren Zeit des Weltkrieges in einer Art und in einem Maße hervorgetreten sind wie nie zuvor. Wäre Elemente sind wiederum drauf und dran, ihre demagogischen Künste und Parateien auch auf gewerkschaftlichem Gebiete spielen zu lassen.“

Und während ruft Karl Frohne:
„Möge sich unter den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes keiner finden, der so töricht ist, mit den Organisationsführern gemeinsame Sache zu machen! Unbeschadet des ehrlichen und vernünftigen Austrages von Meinungsverschiedenheiten muß die Parole jedes recht und vernünftig denkenden Arbeiters lauten:
Einheit und Einigkeit über alles!

Und: Jedem, der daran zu rütteln wagt, den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust! Die Zeit muß vorüber sein, daß Lören, Phantasten, Demagogen, gewissenlose herostratische Elemente mit der Arbeiterorganisation ein frevelhaftes Spiel treiben können.“

Die Bauarbeiter werden über diese Jubiläumstimme daß erstaunt sein. Wir sind sicher, daß keiner der „Lören“, „Phantasten“, „Demagogen“ und „gewissenlosen herostratischen Elemente“ den Bescheid besitzt, einen „ehrliehen und vernünftigen Austrag von Meinungsverschiedenheiten“ im Stille Karl Frohne's vorzunehmen. Der Stille ist der Mensch!

Berlin und Umgegend.

Die Gehaltsbewegung der A. E. G.-Angestellten.

Ueber die Gehaltsbewegung der A. E. G.-Angestellten wird uns geschrieben: Im unmittelbaren Anschluß an die von den vereinigten Angestelltenverbänden veranstaltete Kundgebung in den „Germanialäden“ hat die A. E. G.-Direktion der Tagespresse eine Mitteilung über die von ihr nunmehr bewilligte Erhöhung der Feuerungszulagen gemacht. Diese Darstellung bedarf insofern einer Ergänzung, als ein Teil der am schlechtesten bezahlten, nämlich die mit wöchentlich Entlohnung tätigen Angestellten von jeder Feuerungszulage ausgeschlossen worden sind. Aber auch einschließend der Feuerungszulage kann das Einkommen weiter Kreise des A. E. G.-Personals keineswegs als den heutigen Lebenskosten entsprechend angesehen werden. Die gewünschten Verhandlungen mit den Organisationen hat die Direktion auch nach der zweiten von rund 1800 A. E. G.-Angestellten besuchten Betriebsversammlung mit der lakonischen Antwort abgelehnt, daß sie ihrem früheren Schreiben in dieser Frage „nichts hinzuzufügen habe“. Die Verbände haben sich nunmehr mit der zuständigen Militärbehörde in Verbindung gesetzt.

Eingegangene Druckschriften.

Das Erwachen. Ein Mänchener Roman bis zum Jahre 1848. Von J. Kuebeler. 6 B., geb. 7,50 M. Sächsischer Monatshefte, München.
Große Handkarte von Ägypten und den übrigen Niländern. 2 M. — Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Zukunft von Österreich-Ungarn. Von Dr. J. Heberich. 1,50 M. C. Pögl, Wien, Luitpoldgasse 5.
Karte von Belgien und Nordfrankreich. Blatt 2: Lille-Krönd. Blatt 13: Verdun. Einzelblatt 50 Pf. Brandy, Stuttgart.

A-WERTHEIM

G.m.
b.H.

AUSSTELLUNG
von Arbeiten Ver-
wunderer Verkauf i. Stock
Leipziger Straße

Seidenstoffe

Blusenseide gestreift, in dunklen Farbensstellungen	1,70	Meter
Blusenseide weiß und schwarz gestreift	2,50	Meter
Diamantseide kariert, etwa 80 cm breit, für Kleider und Blusen	4,25	Meter
Krepon Halbseide, braun, blau, schwarz, etwa 95 cm breit	4,90	Meter
Schleierstoffe bedr., mit Blumenmuster, etwa 100 cm breit	7,50	12,50

Bastseide

reine Seide, für Kleider und Mäntel, etwa 80 cm breit

3,15

Meter

Damenkleid aus weißem Schleierstoff, reich geblüht, mit Hochstäben und farbigen Seidenbandgürtel garniert

11 M.

Damen-Hüte

Mod. Rundhüte mit verschied. Garnituren	9,50	12,50	14,75	16,50
Damen-Malrosenhüte mit Bandgarnitur	1,90	2,50	3,50	4,25
Ungarnierte Hüte in neuesten Formen				
Litzenhüte	2,80	3,50		
Basthüte	3,25	3,75		
Tagalhüte	5,25	6,50	Florentiner	6,90

Blumen

Dreieiliges Röschenpikel in schönen Farben	18 Pf.
Georgine pastellfarbig, aus Seide mit Mull	58 Pf.
Klematis pastellfarbig, aus Seide	65 Pf.
Mohn pastellfarbig, aus Seide mit Sammet	70 Pf.
Moderne Ranken in großer Auswahl	95 Pf. 1,35 1,90 3,25

Damen-Wäsche

Taghemden mit Stickerei-Ansatz	2,90	3,50
Nachhemden mit Stickerei, halbtref	6,25	6,50
Nachhemden mit Stickerei und Umlegekragen	7,15	7,75
Beinkleider mit Stickerei-Vollansatz	2,50 bis	3,85
Malinees aus farbig bedrucktem Stoff	4 M.	4,65 5,85
Malinees weiß Bett mit reicher Stickerei	11,75	
dazu Stickerei-Rock passend	10,50	
Untertaillen mit Stickerei-Eins- und -Ansatz	2,75	
Untertaillen mit Stickerei-Eins- und -Ansatz, Rückenschnitt	2,45	

Garnituren

Taghemden mit Stickerei-Eins- und -Ansatz	3,30	4,75	4,90
Beinkleider dazu passend	3,25	4,75	4,60
Nachhemden dazu passend	8,25	8,50	

Damenkleid aus weißem Schleierstoff, Taille und Rock, reich mit edler Stickerei und Hochstaum garniert

26,50

Neue Blusen

Gepunktter Mull mit Sommerband-Schleife	4,90
Wasch-Voile mit reich gesticktem Vorderstück	5,75
Wasch-Voile mit Stickerei-Einsatz	8,50
Wasch-Voile mit Handstickerei	8,75
Voile weiß-farbig gepunkt, 3/4 Ärmel, moderne halbfreie Form mit Schulterkragen	9,00
Wasch-Voile mit Handstickerei, mit Glasball-Kragen	9,75
Wasch-Voile mit Handstickerei	10,75
Wasch-Voile reich geblüht, mit Glas-Mull garniert	13,75
Wasch-Voile reich geblühtes Vorderstück mit Einsatz	19,75

Damen-Sport-Jacken glatt gestrickt mit Reppel, reine Wolle, in modernen Farben

11,50

Damen-Strümpfe

Baumwolle schwarz oder lederfarbig	50	75 Pf.
Baumwolle grau	75	Pf. 1,50
Baumwolle weiß	80	Pf. 1,25
Flor schwarz, leder, weiß	95	Pf.
Seidenersatz schwarz oder farbig	1,10	1,65
Seidenersatz mit Leinwand, farbig	1,50	
Baumwolle schwarz, mit farbigem Stickerei	1,40	1,75
Flor bedruckt, schwarz, leder, farbig	1,50	
Baumwolle schwarz, mit farbigen Streifen	1,10	
Seide mit Florstulle, farbig	1,90	schwarz 2,10
Tramaseide mit Flor, Oberleil und Sohle, schwarz, marine, grau, mode	2,75	
Flor schwarz mit farbig, hinterlegt	3,50	
Tramaseide mit Flor, Oberleil und Sohle, schwarz	4 M.	

Damenkleid aus buntem gemust. Schleierstoff, weiter Glockenrock, Taille mit Spitzen, Hochstaum und Band

39,75

Kleiderröcke

Glockenrock aus schwarz-weiß und braun-weiß kariertem Stoff, mit aufgesetzter Tasche und Knöpfen garniert	14,50
Glockenrock aus farbig kariertem Stoff mit Tasche	19 M.
Glockenrock aus grau gemustertem Stoff mit eingeschalteter Klapptasche	22 M.
Rock aus Kohlen-, Hüfttasche gezogen, mit Crest-kentischen, schwarz, blau und braun	45 M.
Trägerrock aus schwarzem Taffel, mit moderner Perleinsgarnitur	65 M.

Unterröcke

Gestreifter Wasdrock mit Bordüren-Ansatz	2,75
Lüster-Rock mit gekrepptem Ansatz	3,75
Rock aus Halbleinen mit besticktem Ansatz	4,25
Gloria-Rock mit Wajel, Brennerel und Stundchen-Garnitur	5,75
Rock aus Halbleinen, reich mit Einsätzen garniert	6,50
Zanella-Rock schwarz, mit hohem besticktem Ansatz	9,75

Budgetkommission des Reichstags.

Kapitalabfindungs-Gesetz.

Zur zweiten Lesung des Kapitalabfindungsgesetzes, die am Sonnabend vorgenommen wurde, hat Referent Abg. Meyer-Verford eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht...

Der polnische Abg. v. Trampczanski hatte mehrere Anträge eingebracht, um eine ungerechte Behandlung polnischer Kriegsteilnehmer oder ihrer Witwen zu verhindern...

§ 2 bezieht sich auf den Fall, daß die oberste Militärverwaltungsbehörde eine nützliche Verwendung des Geldes nicht für gewährleistet hält...

Die Weiterveräußerung und Belastung eines auf Grund der Kapitalabfindung erworbenen Grundstücks soll innerhalb einer von der obersten Militärverwaltungsbehörde bestimmten Frist...

Der stellvertretende Kriegsminister und der Staatssekretär des Reichsfinanzamts ireten dem Antrage entschieden entgegen: Das Gesetz soll als Nebenwirkung die

Abgefundenen möglichst auf dem erworbenen Grundstück festhalten. Dies werde eine sehr segensreiche Wirkung sein. Nur wenn wichtige Gründe vorliegen, dürfe eine Zurückzahlung des Kapitals und dafür die Zahlung der vollen Gebühre...

Ward durch das Verhalten des Abgeordneten der Zweck der Kapitalabfindung gefährdet oder vereitelt, so soll auf Verfordern der obersten Militärverwaltungsbehörde die Abfindungssumme zurückgezahlt werden...

Schließt eine abgefundene Witwe eine weitere Ehe, so ist die Abfindungssumme binnen drei Monaten nach der Eheschließung insoweit zurückzuzahlen, als sie den Gesamtbetrag der bei ihrer Festsetzung berücksichtigten und bis zu ihrer Wiederverheiratung fällig gewordenen Versorgungsgebühre...

Abg. Behrens hatte beantragt, daß der sechsfache Betrag gewährt werde. Dieser ist gleich dem dreifachen Betrag der Jahresrente und entspricht der Abfindung der Reichsversicherung...

Im übrigen wurde der Entwurf, abgesehen von unwesentlichen Änderungen, nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen.

Ebenso wurden folgende Resolutionen angenommen, den Reichskanzler zu ersuchen:

- 1. Maßnahmen zu treffen, um die Wohlthaten der Kapitalabfindung in geeigneten Fällen auch kriegsbeschädigten Offizieren und den Witwen gefallener Offiziere auszuwenden;
2. demnachst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Einführung der Kapitalabfindung für alle Witwen von gefallenen Kriegsteilnehmern...

Gegen die erste Resolution erheben die Sozialdemokraten Einspruch. Zur zweiten Resolution hatte die sozialdemokratische Fraktion den Zusatz beantragt, daß bis zum Inkrafttreten des Gesetzes den Witwen bei ihrer Wiederverheiratung im Nebenwege aus Kap. 48 a eine Abfindung in Höhe des dreifachen Betrages der Witwenrente zu gewähren ist...

Darauf wird wieder in die Aussprache über den

Belagerungszustand eingetreten. Genosse Heine weist eingehend nach, daß die Ausführungen des Genossen Dittmann in der vorigen Sitzung über die Verantwortung für die nichtmilitärischen Handlungen der militärischen Befehlshaber durchaus richtig sind...

Der Antrag Dittmann, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Für den Antrag der Freisinnigen, den Reichskanzler zu ersuchen, noch im gegenwärtigen Tagungsabschnitt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den die Handhabung der Zensur in nichtmilitärischen Angelegenheiten sowie die Aufsicht über das Vereins- und Versammlungsrecht während der Dauer des Belagerungszustandes den Zivilbehörden übertragen und die Verantwortung dafür vom Reichskanzler übernommen wird, stimmen nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen; er ist damit abgelehnt.

Angenommen werden dann die Anträge, den Reichskanzler zu ersuchen:

- 1. dafür zu sorgen, daß das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit nur insoweit eingeschränkt werden, als dies im Interesse einer siegreichen Kriegsführung unbedingt geboten ist, daß eine gleichmäßige Handhabung der Zensur sichergestellt wird, daß wo von Zivilbehörden auf die Handhabung der Zensur ein Einfluß ausgeübt wird, die zuständigen Behörden und Beamten, kraft der ihnen obliegenden Verantwortung, die getroffenen Maßnahmen nach Maßgabe der behördlichen Mitwirkung vertreten;
2. die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, durch welche a) die Verhängung der Schusspist auf das aus rein militärischen Gründen absolut gebotene Maß beschränkt wird, b) bei Verhängung der Schusspist dem Betroffenen ein Rechtsschutz gewährt wird...

3. dem Reichstage bei Beginn des nächsten Sitzungsabschnitts einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Gegen Antrag 1 stimmen die Sozialdemokraten und die Freisinnigen.

Am Montag kommen die Ernährungsfragen zur Beratung.

Der Rücktritt Delbrücks.

Der Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück veranlaßt zu einem kurzen Rückblick auf sein Wirken.

Der ungemein arbeitserfahrene Mann hat auf dem weiten Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik nichts geschaffen, das die Anerkennung der Arbeiter sich erworben hat. Im Gegenteil. Die persönliche Liebenswürdigkeit des Staatssekretärs kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß er durchweg eine Politik verfolgte, die als reaktionär anzupreisen ist.

Vor dem Kriege hat Delbrück wiederholt recht berechtigte Klagen zurückgewiesen, die sich über die für die große Menge der Bevölkerung brüderlichen Folgen der Jollypolitik, insbesondere auf dem Gebiete der Fleischversorgung erhoben. Zahlensolennen auf Zahlenkolonnen mühten aufmarschieren, um unter dem Beifall der Wechten darzulegen, daß die besagte Fleischnot nur in der Phantasie bestehe.

mal schmeiß ich mich hin, als ob ich dadurch dem Eisenhagel entgehen könnte; ich sehe den Leutnant G., der ruhig vorausgeht, den Kopf schüttelt, als schüttelte er den tobdringenden Regen von sich ab, wie ein Pudel die Klagen. Er schläft brüde ich mich an die Mauer. Drüber hinweg. Im Gutshof sind riesige Granatenlöcher. Die Gebäude zerrissen, zerklüftet, gespalten, lobend und rauhend.

Durch den zerstampften Garten, durch ein Granatenloch in dem jenseitigen Staketengau ins Weizenfeld.

„Rechts ist kein Anschlag!“

„Gehen Sie mal zurück und melden Sie, rechts kein Anschlag. Erste Bataillon muß vorrücken. Zwei Mann, los!“

Wir geben zu zweit zurück. Wir kommen an den geträumten russischen Graben.

Da liegt unser Reservezug drin.

„Wo wollen Sie denn hin?“ fragt der Feldwebel A. . .

„Wiedlung zum ersten Bataillon!“

„Wer hat denn das befohlen?“

„Unteroffizier A. . .“

„Is doch genug, wenn einer geht. Machen Sie, daß Sie runterkommen in Graben!“

Ich gehe den Graben entlang. Er ist meist voll Wasser. An den wenigen trockenen Stellen stehen die Leute dicht gedrängt.

Weiter links ist Platz.

Franz liegt in einer Ecke und hat einen Kasten russisches Brot vor sich.

„Komm rein, hier is Chleba (Brot), mußt Dir bloß den Dreck 'n bishen abkratzen.“

Schon war es nicht, weil es im Lehm gelegen hatte, aber wenn man hungrig ist, schmeißt's doch.

Mein Kamerad kommt vom ersten Bataillon wieder zurück und ich schließe mich ihm wieder an. Franz schmeißt sich seinen Tornister um und tragt mit. Von rechts schießen sie nach uns, wir kommen ungefährdet bis zum Gut, hindurch auf's Weizenfeld, wo die Linie sich wieder einbuddelt. Wir schieben uns ein und buddeln.

Schöner fetter Weizenboden ohne Steine. Der Spaten fliegt nur so rein und im Ru sind wir verschwunden.

Von hinten kommen neue Gruppen. „Nach rechts raus-schießen!“ brüllt ein Kommando. Die Gruppen schwenken halb-schließflüchtig nach rechts. Da knattert ein paar Schrapnell in sie hinein. Ein hämmiger, bärtiger Mann klappt zusammen und wimmert: „Ach Gott, ach, meine Mutter, meine arme Mutter!“

Der arme Mutter mögen wohl die Ohren geklungen haben, wie sie in stummer Sorge ihres fernen Sohnes gebacht. —

Wir verbanden ihn so gut es ging. Der Schreck war Gott sei Dank ärger, als die Wunde.

Unzählige Räden plagten uns arg. Wir banden uns die Taschentücher um die Köpfe. Es war nicht auszuhalten. Der Major kommt. „Was ist das für 'ne Schweinerei mit den Schnupstüchern. Panje wird Euch bald wegziehen.“ Zudem kommt unser Leutnant L. . . mit einem knollerten Schnupstuch um den Kopf, der Liebling des Majors. Der Major fängt an zu weinern: „L. . . wollen Sie mal mit Ihrer roten Koffbahn schleunigst vom Erdboden verschwinden!“

Das Kästchen.

Ein im Offizier bewundener Kriegsteilnehmer sendet uns folgende Schilderung:

Die Tage waren voller Graus und Grauen, die Nächte ohne Ruh und voller Wähen.

Die Verpflegung mangelhaft und der Schlaf dem Augenblick abgestohlen und doch ging es vorwärts. Der Befehl erlegt die mangelnde Einsicht, behob Müdigkeit und Hunger. Befehl ist alles! Doch wäre es verkehrt, von stumpfem Gehorsam — Kabobergehorsam — zu sprechen. Die Ausführung des Befehls, das Befolgen geschieht vertrauensvoll, mit aller Umsicht und nötigen Voricht. Ausgeprägtes tiefeswurzeltes Pflichtbewußtsein zwingt zur äußersten Anspannung aller Kräfte; Gefahr und Not lassen ja auch den bekanntesten Hörnermann die mit Recht so beliebten Klagen freisetzen.

Die letzten vier Tage waren wild, Regen und Stürmen, wütende Gegenangriffe der Russen, Kartätschen und Augelhagel.

Endlich waren wir vorgebrungen und gruben uns nützlich vor den neuen Außenstellungen ein. Hinter uns auf dem Moorgrund wimmerten verwundete Russen.

„Pan! Pan!“ Heulen und Zähneklappern trug der Wind an unsere Ohren.

Von 9 bis 12 zog ich auf Hundsposten vor unseren Stellungen. Wir waren zu Dritt, vor uns flammte das Wahrzeichen des Krieges, ein brennendes Dorf. Die Silhouetten der russischen Hundsposten tauchten zeitweise davor auf. Wir setzten die Gewehre zusammen, die Kleidung Mühsche auf dem Körper, und wir suchten uns durch Armeschlagen und Schußeltrabteilsauf um die Gewehrproben warm und wach zu halten.

Die Müdigkeit sah wie viel in den Knochen. Einen Augenblick stand ich still, da träumte ich, daß ich über einen Hausgiebel stolpere. „Verzückt!“ denke ich, reiße die Augen auf in dem Augenblick, als ich über die Gewehre stolpern will. Im Stehen geschlafen und geträumt!

Gott sei Dank! Ablösung! Ich rolle mich ins nasse Wiesengras, in die Felshöhle einzuwickeln und schlafe bis zum Dämmern. Vorkampfung. Kaffee. Zigaretten und Zigaretten! Die beim letzten Sturm zurückgelassenen Tornister mühten auch von der Bagage geholt werden. Mit zwei Tornistern und zwanzig Paketen an der Heilsamur zurück zur Gruppe. Untertwegs gibts „Lust!“

Kaum angelangt: „Herlich machen!“ In der Richtung auf das Gut mit fünf Schritt Abstand schwärmen!

„Ohne Kaffee, um denn gleich in Heidentob! Det paßt mir ja nicht!“ sagt der Kompagniechef Lehmann, der „alte“ Berliner — aus Dresden.

Sang- und Klanglos, ohne Artillerie und sonstiges Feuer gehts über die Blöße und dann über die Stoppeln in ein Kartoffelfeld. „Na ja, da hammerich ja. Nim in de Kartoffeln! Maus aus de Kartoffeln!“

Der junge Leutnant G. . . marschiert voraus, die Arme wie Windmühlensflügel ausgebreitet, um die Marschrichtung der Linie anzugeben.

„Herr Leutnant G. . .!“ tönts von hinten, „mehr halbrechts schwenken!“

„Natürlich, Herr Major!“

„Sieht“, sagt Lehmann, „die jungste Karotte geht mit und wieder uff die Müllabfuhr!“

„Lehmann, halten Sie Ihre gottverd. . . Schnauze!“

„Natürlich, Herr Leutnant, id sachte man bloß, det det Kartoffel-graut so grün is.“

„Halten Sie den Mund.“

„Natürlich, Herr Leutnant! — — — Na, jehste nu pald halbrechts!“

„Lehmann!“

„Ich meine ja bloß, det Stachotzki pummelt mit immer vor die Beene rum!“

„Ich glaube, Ihre Schnauze muß noch extra mal totgeschlagen werden.“

„Das griechen sogar de Russen nich fer'ich, Herr Leutnant!“

Lehmann konnte sich unerhört viel erlauben, weil er immer das letzte Wort behielt und niemand ihm böse sein konnte.

Peng! — Peng! — Peng, peng, peng! Pengpengpengmen!

„Marsch! — Marsch! — Hinlegen!“

„Sprung — 'uf marsch! — marsch! — Stellung!“

Das Feuer hatte sich zu unerhörter Festigkeit gesteigert. „Einbuddeln!“

Ich kam gerade in einen trockenen Feldgraben zu liegen und hatte wenig Arbeit. Schnell einen Sitz und Kopfbedeckung geschaukelt und dann die Zigarette in Brand. Der Feldwebel schimpfte mich einen faulen Hund, das war aber bloß, weil er keine Zigarette hatte. Als ich ihm von meinen angeboten hatte, waren wir zwei faule Hunde. Inzwischen schickte Panje Schrapnells rüber und von rechts oben kamen Plintenflugeln. „Nach rechts Dedung machen!“

Als ich damit fertig war, nahm ich mit Schokolade und Luftschokolade. Mein Mantel war bei der letzten Stellung mit verbuddelt oder sonstwie abhanden gekommen. Ich mußte mir einen nehmen, auf dem gestern einer ruhig ins bessere Jenseits hinübergeschlummert war. Er war voll Blut und Gerinself und fast unangenehm. Deshalb breitete ich ihn auf den rückwärtigen Grabenrand zum Trocknen.

„Befehl vom Herrn Major! Zweiter Zug geht vor auf das Gut.“ wird durchgegeben.

„Berzig machen!“ Schnell den Mantel zusammengetoilt, so gut wie's geht, aufgeschnallt. Los! Die anderen sind schon auf, als ich noch an meinem Tornister rumbastele.

„Wollen Sie machen, daß Sie rauskommen.“ schreit der Feldwebel noch zurück.

„Bin schon da.“

Es waren wohl 500 Meter über den Kartoffelader zur Gutsmauer. Ich wachte es nicht, wenn ich den Weg nicht nochmal gegangen wäre. Ich hätte sonst vielleicht gesagt, es waren 5000 Meter oder 5 Meter. Wie heulende, geifernde, bellende Himmelsfunde schlugen die Granaten und Schrapnells in uns hinein. Ein paar

Gebiete der Sozialpolitik. Preislosem Willen der Arbeitgeber im Kampf gegen die Interessen der Arbeiter rebete er das Wort. Erinnerung an seine Ablehnung, gegen jene Organisation des Arbeiters nachweislich mit Zwangscharakter durch die Bergwerksbesitzer im Ruhrrevier vorzugehen, wonach durch diesen Zwang die Verwendung der Arbeitskraft mißliebiger Arbeiter gehemmt sowie die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht des Arbeiters unterbunden war. Als bei Bergarbeiterausständen im Mansfeldischen und im Westfälischen zugunsten der Besitzer einsetzte wurde, verteilte Delbrück diese Maßregel. Der von ihm vorgelegte Arbeitskammergesetzentwurf sollte die Kraft der selbständigen, gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schwächen. Dem Koalitionsrecht, erklärte er, wolle er nicht an den Krügen und wolle auch kein Sondergesetz zum Schutze der Arbeitwilligen. Desto lebhafter trat er für eine Auslegung des Gesetzes und für eine in das allgemeine Strafgesetzbuch gepreßte Sonderbestrafung gegen Arbeiter ein, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen würden. Auf dem Gebiete der Versicherungsleggebung kam unter Delbrücks Staatssekretariat die Reichsversicherungsordnung zustande, die die Beitragslasten erhöhte, die Renten für Witwen und Waisen schuf und die Selbstverwaltung der Versicherten nahm. Nirgends ein Lichtblick auf dem Gebiete der Sozialpolitik, und doch prägte Delbrück im Jahre 1914 das Wort, es müsse eine Pause in der Sozialpolitik eintreten.

Tragikomisch wirkte es, daß dieser stramm konservativ gerichtete Staatssekretär von den Ultras in Preußen öfter angehaucht wurde, weil er nicht genug „starker Mann“ war.

Dem Staatssekretär fehlte zur Inangriffnahme einer gedeihlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik die Fähigkeit, den Interessententreiben gegenüber durchzugreifen, die sich sozialen Zielen entgegenstellten. Sie mußte ihm fehlen, weil dieser Minister für Sozialpolitik selbst den Zielen einer solchen widerstrebt. Den Beweis bis in die letzte Zeit hinein liefert das Mäuslein einer Vereinigungsgesellschaft und das Wirken Delbrücks auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Statt großzügiger Inangriffnahme der Regelung einer Produktion von Reichs wegen und einer Durchführung einheitlicher Verteilung der Produkte: allzugroße Rücksichtnahme auf die Interessenten und hin- und herschwankeles Vorgehen auf dem Gebiete der Verteilung: einen Schritt vorwärts und, sobald die mächtigen Interessententriebe sich regten, drei rückwärts. Durchweg nur Scheinreform, eine Unmenge Arbeit und Behörden, aber nirgends volle reorganisierende Arbeit.

Dem Nachfolger Delbrücks steht ein reiches Feld nutzbringender Tätigkeit auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik, vor allem auf dem der Ernährungspolitik offen. Wird er es fruchtbar beackern oder durch festgewurzelte Vorurteile und durch Steinwürfe aus allpreußischem Lager eine gedeihliche Saat sich verderben lassen?

Politische Uebersicht.

Die Regierung gegen die Reichsvermögenssteuer.

Eine offiziöse Nachrichtenstelle schreibt: In einem Bericht über die bevorstehende Tagung des preussischen Abgeordnetenhauses ist angeführt, es solle im Reichstags die Absicht bestehen, an Stelle der von der Kommission beschlossenen Erhebung einer vierten Klasse des Wehrbeitrags eine Reichsvermögenssteuer zu beschließen. Das preussische Abgeordnetenhause würde, falls diese Absicht zur Durchführung gelänge, die von der Regierung eingebrachte Vorlage über die Erhebung der Zuschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer ablehnen. Diese Ausführungen dürften im Bundesrat die Beachtung finden, die sie verdienen. Denn in ihnen tritt die Gefahr klar in die Erscheinung, die sich aus einer gleichzeitigen direkten Besteuerung von Seiten des Reichs und der Bundesstaaten ergibt. Preußen ist gezwungen, die Zahlbeträge in den Etatsjahren während des Krieges durch Wehrbeiträge aus den direkten Staatssteuern in Höhe von 100 Millionen auszugleichen. Hierzu soll für die Dauer des Krieges eine Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftsteuer eingeführt werden. Andere Wege, um das Gleichgewicht zwischen Staatsentnahmen und -ausgaben wiederherzustellen, stehen nicht zur Verfügung. Der Gesetzentwurf findet denn auch im Landtage eine sichere Mehrheit. Und nun wird plötzlich sein Zustandekommen in Frage gestellt, weil der Reichstag angeblich eine Reichsvermögenssteuer zu beschließen beabsichtigt soll.

„Ja, Herr Major, die Rüden!“
„Ach was, Rüden — Rüden! Die Rüden schießen Ihnen kein Loch in'n Kopp. Schade um jeden Keel, den uns die Schweine noch runterholen.“

„Kopp weg, Beene weg, det andre jeht allene weg.“ Mit diesen Worten sprang Leutnant L... zu mir ins Loch. Dann wurde Kriegsrat gehalten. Das Ende war, wir mußten hundert Meter weiter vor und von neuem einbindeln. Gegen Abenddämmern mußten wir dann noch den hundert Meter weiter vor uns niedertreten, um freies Schußfeld zu gewinnen. Franz jammerle und wehmerte über das schöne Korn, das so verast wird. Jeder tritt schreit ihm in seine biedere Landwirtschule. Er schimpfte auf den Krieg und hätte fast den Gehorsam verweigert. Schließlich sah er die Notwendigkeit ein und wie pennen beruhigt, mit einer Wadunterbrechung, bis in den glühenden Morgen.

Der Tag war ruhig, warm und zufriedenstellend bis auf die mangelnde Verpflegung. Die Rüden konnten nicht ran. Der zweite Tag ohne warmes Essen wieder mal. Dafür gab's ein halbes Brot und schmeckeres Wurstfleisch. Frühmorgens war ich noch schnell ins Gut geeckt und hatte mir auf der Haut der eingedickten Häuser einen Topf Tee gelocht.

Am Tage schliefen wir weiter. Mittags war Panje abgezogen. Eine Patrouille kam aimlos zurück. Der Führer war geblieben. Bier Mann mit einer Bahre gingen los, um zu suchen. Wir fanden ihn am Waldbrand. Herz- und Halsschuß. Schon hart. Und trugen ihn zurück.

Unterdes war das Bataillon vorgerückt in den Wald und hatte Jette gebaut.

Der Abend brach herein. Wir schritten über den Kartoffelacker vor dem Gut. Jetzt sah ich erst, wie gräßlich der Tod hier gewütet hatte. Verkrüppelt und gestreckt, manche das Gewehr noch in der Hand, das Bajonett in die Erde gesteckt, in die Arme gesunken oder auch stehend, so lagen die grauen Bündel, die noch eben blühende Menschen voll Lebenslust und Witz waren, vom jähen Tod ereilt im stürmenden Lauf. Die letzten Strahlen der sinkenden Sonne spiegelten lieblos über die kleine Schar namenloser Helden, die mit ihrem Heldentum die fremde Erde tränkten zum Schutz des Vaterlandes und auch zum Schmerze doch der eigenen Mütter.

Ich schritt zu unserem Graben weiter — unser Gepäc und Gewehre standen noch dort — machte ein Feuer an und löschte Tee.

Wie wir zusammen beim Tee saßen, da kommt ein kleines, mageres, graues Käbchen aus dem Korn, schnurte um uns rum, sprang mir auf die Schulter und rieb sich an meiner Wange. Brot mochte oder konnte es nicht freuen; weiter hatten wir nichts.

Wir schulterten unser Gepäc auf und zogen dem Bataillon nach in den nahen Wald, das Käbchen sprang uns eine Weile nach und verschwand dann bei der hereinbrechenden Finsternis.

Im Wald bei knisterndem Lagerfeuer und warmem Abendbrot mit Regimentmusik mußte ich des kleinen Tieres denken, das nicht Haus noch Unterfunkt noch Herrn hat und gewiß klug- und kluglos in seiner hilflosen Jugend Wälderbüsche verschollen ist.

Durch den Wald schmetterten die Töne von Lützows wilder verzwegener Jagd.

Diese Absicht kann nur die Wirkung haben, den Bundesrat in seinem grundsätzlichen Widerstande gegen die Einführung direkter Reichssteuern noch zu bestärken. Preußen und ebenso die anderen Bundesstaaten konnten es sich nicht gefallen lassen, daß ihre durch den Krieg notwendig gewordenen Maßnahmen zur Steigerung der Staatseinnahmen durch Reichstagsbeschlüsse unmöglich gemacht werden. Es darf insolge dessen heute mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß der Bundesrat einen etwaigen Reichstagsbeschuß zur Einführung einer Reichsvermögenssteuer mit einem „unannehmbar“ beantwortet wird.“

Eine solche Steuerpolitik des Bundesrates wäre das Verlehrteste, was sich angesichts der großen Steuerprobleme, die der Krieg für Reich und Bundesstaaten aufgeworfen, denken ließe. Will man keine Reformen, die das Steuerland verewigen und für Reich und Einzelstaaten eine immer neue Quelle von Verlegenheiten und Unerquicklichkeiten bilden müssen, so kann nur eine großzügige Steuerreform den Wirrwarr lösen, der mit dem famosen Prinzip „durch Steuern der Einzelstaaten“ radikal bricht.

Von Dallwitz über das Kriegsende.

Beim Kaiserlichen Statthalter von Dallwitz fand ein Empfang der Mitglieder der Ersten Kammer statt. Der Statthalter hielt eine Ansprache, die damit schloß:

„Dem Wunsche, daß es unserem Kaiser bald beschieden sein möge, mit dem Schwerte einen ruhmvollen Frieden zu diktiertem, bitte ich Ausdruck zu geben durch den Ruf: E. M. der deutsche Kaiser, hoch!“

Nationalliberale Wahlvorbereitungen.

Der Vorsitzende der nationalliberalen Parteiorganisation des Rheinlandes, Professor Rodenhauer, entwickelt in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ für die Rheinprovinz ein detailliertes Programm der nationalliberalen Vorarbeiten für die nächsten Reichstagswahlen. Er behauptet, daß die Krieger von den Dohimgeliebten die Fortsetzung einer sicheren inneren nationalen und auch liberalen Politik verlangen und führt dann wörtlich aus:

„Nach dem Kriege werden die Parteien sich im harten Kampfe gegenüberstellen. Hier erwacht eine politische, für unsere Partei eine so recht nationale und liberale Aufgabe während des Krieges, unseren Parteifreunden es zur innigen Ueberzeugung werden zu lassen, daß es keine außerhalb des Vaterlandes stehen den Gegner mehr gibt, daß man mit ihren politischen Grundfragen und Anschauungen ringt, in ihnen selbst aber stets Männer sieht, die von demselben vaterländischen Geiste zu ihren Forderungen getrieben werden.“

Danach werden die Parteistellungen auch bei den Wahlen sich vielfach anders bilden als früher. Und da es nicht ausgeschlossen ist, daß im nächsten Jahre die Reichstagswahlen stattfinden, so muß es jetzt schon eine politische Aufgabe sein, in den einzelnen Wahlkreisen die Organisationen aufrechtzuerhalten, sich um die anderen Parteien zu kümmern, wenn möglich auch schon geeignete Kandidaten in Aussicht zu nehmen und durch sie recht belichten, nicht erst kurz vor der Wahl, die Wähler zu gewinnen.“

Nach Hinweisen auf die zugkräftigsten Agitationsmaterialien, Steuer- und Lebensmittelfragen, und nach Anleitung, welche Forderungen von den nationalliberalen Vereinen auf diesem wie auf dem Gebiete der Sozialpolitik aufgestellt werden müßten, appelliert Prof. Rodenhauer zum Schluß aber auch an den Geldbeutel seiner rheinischen Parteigenossen:

„Der Krieg hat recht vielen Wahlkreisen unseres Vaterlandes, vor allem des Rheinlandes, große Einnahmen gebracht und bringt sie noch. Sie dürfen sich nicht weigern und sperren, auch ihrer Partei das nötige Opfer zu geben. Was sie jetzt vielleicht als verlorenes Kapital ansehen, das bringt ihnen aber reichliche Zinsen in der Zukunft.“

Die Konservativen zur Wahlvorlage.

In einem Artikel „Vom politischen Umklern“ schreibt der Landtagsabgeordnete Graf in der „Kreuzzeitung“:

„Der die staatlichen Fragen nicht nur von unten, sondern auch von oben aus betrachtet, wird das nicht tabern, da der Bundesrat, der das so unentbehrliche Zweikammersystem im Reiche wahr, zu meinen schon recht tapere Beweise einer sachlich nicht erforderlichen Nachgiebigkeit gegen alle demokratische Reichstagswünsche an den Tag gelegt hat. Im übrigen ist ja nicht daran zu zweifeln, daß eine Aenderung des preussischen Wahlrechts von der Regierung nach dem Kriege vorgelegt wird, und auch die konservative Partei des Abgeordnetenhauses hat noch im Anfang dieses Jahres durch ihren Führer erklären lassen, daß sie gewillt ist, an der Verbesserung der Schwächen dieses Wahlrechts mitzuarbeiten. Die radikale Presse braudt also gar nicht immer wieder verstehen zu geben, daß die Volksmassen gewissermaßen um der preussischen Wahlreform willen in den Krieg gezogen seien; sie erreicht ihren Willen auch ohne diese absurde Unterstellung.“

Wie die Mitarbeit der Konservativen bei der Wahlvorlage sein wird, ist ja zur Genüge aus dem Jahre 1909 bekannt.

Alte Methoden.

Der Arbeiterturnverein in Osmünde (Regierungsbezirk Merseburg) hatte wegen einer Verordnung des Generalkommandos, wonach junge Leute unter 18 Jahren öffentliche Wirtschaften nicht besuchen dürfen und dadurch der Turnbetrieb verhindert wurde, an das Generalkommando und den Amtsvorsteher ein Gesuch eingereicht, daß für die Zeiten der Turnstunden eine Ausnahme gemacht würde und der Turnbetrieb unbehindert stattfinden könne. Das Generalkommando hat das Gesuch ohne weiteres genehmigt, vom Amtsvorsteher blieb aber die Antwort aus. Der Osmünder Verein ließ nun auf Grund der Genehmigung des Generalkommandos die Jugendlichen wieder an den Turnstunden teilnehmen, da er glaubte, die körperliche Erziehung als eine der höchsten staatsbürgerlichen Pflichten betrachten zu müssen. Die Merseburger Regierung scheint aber anderer Meinung zu sein, denn sie ließ dem Turnleiter der betreffenden Jugendabteilung, wie die „Arbeiter-Turnzeitung“ mitteilt, ein Verbot folgenden Inhalts zugehen:

„Merseburg, 22. April 1916.“

Wie uns berichtet worden ist, werden in dem dortigen Arbeiterturnverein, der seine Übungen in dem Lokale des Anton Augustinal daselbst abhält, auch jugendliche Personen unter 18 Jahren aufgenommen, die sich an den Turnübungen beteiligen. Sie selbst nehmen die Stellung als Turnleiter ein. Nach der Instruktion vom 21. Dezember 1899 bedürfen alle Privatlehrer, also auch alle Leiter von Turn- und Selbstübungen oder von Turn- und Jugendspielen privater Vereine, zur Ausübung dieser Tätigkeit eines staatlichen Erlaubnisbescheides. Da Sie sich nicht im Besitze eines solchen befinden, müssen wir Ihnen die Ausübung der vorbezeichneten Tätigkeit untersagen.

Unterschrift unleserlich.“

Berechtigte Kritik.

Der Münchener Polizeipräsident, Freiherr v. Grundherr, hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung zu München die Zustände in seiner Stadt einer kritischen Beleuchtung unterworfen. Wir können uns mit der Tendenz seiner Ausführungen nicht voll einverstanden erklären und halten auch einzelne seiner Ausführungen für unredlich. Trotzdem wollen wir einiges aus seiner Kritik wiedergeben. Der Polizeipräsident sagte nach einem Bericht der „Tägl. Rundschau“ unter anderem:

„Man darbt gern für Freunde der Einfachheit und Mäßigkeit, man stirbt gern für deutsche Schlichtheit und deutschen Idealismus. Aber für ... und Genußjäger, für selbststüchtige, oberflächliche Lebensmänner und Hamster, für eitze, kokette Frauen, Opfer zu bringen, fällt schwer, weil sie des Opfers nicht würdig sind.“

Ich stelle folgendes gegenüber: Ruffüberanstaltungen am Nachmittag in den Kaffeehäusern, wo aufgeputzte Frauen, Mädchen und Kinder, gepaart mit leichtfüßigen Lebensmännern, um teuren Preis in Leppigkeit schweben. Auf der andern Seite die 4000 bis 5000 Kriegerfrauen und Kleingewerbetreibenden, die sich an jedem Markttag in den frühesten Morgenstunden, schon von 1 Uhr ab, am Situationsmarkt ansammeln, um am nächsten Morgen in der Freidant ein Stückchen Fleisch um einen Preis zu erhalten, den sie erwischen können. Geduldig und ohne Murren harren sie sechs bis acht Stunden, bei jeder Witterung in dürftiger Kleidung, bis die Reihe an sie kommt! Und wenn, wie dies fast regelmäßig der Fall ist, für 800, 400 oder 500 nichts übrig bleibt, so fügen sie sich ruhig in ihr Schicksal. Diese Armen und Keimsten üben Selbstzucht und Zurückhaltung.

Ich verweise auf das Wohlleben vieler reicher Familien, für die der Krieg nicht zu existieren scheint. Sie halten ihre Gastereien wie im Frieden, und gewinnbringende Geschäftskente ermöglichen diese Schlemmereien durch heimliches Zufinden der nötigen Gelder.

Erdwähnen möchte ich ferner einige Lebensmänner, die es verstanden haben, ihre Unabkömmlichkeit nachzuweisen und dann neben ihrem Wohlleben ausschließlich dem Jagd sport und sonstigen Vergnügungen huldigen. Das liebe Ich war ihre einzige Sorge. Es ist gelungen, sie in den Schützengraben zu verlegen.

Ich erinnere an die ... für die Vaterlandsliebe und deutsches Pflichtgefühl aufhören, wenn ihr Geldbeutel in Frage kommt. Eine wirtschaftliche Vereinigung Münchens hat erst kürzlich geschrieben: „Die Preisangebote, die sogenannte große Handelsgelehrten und Großfirmen stellen, Abstreifen mitunter den schamlosesten ... den man sich denken kann. Es werden knappe Artikel zu fürchterlichen Preisen angeboten.“

Diesem gefährlichen Treiben muß gesteuert werden. Einzelne Firmen haben riesige Mengen von Lebensmitteln in der Hand und erzielen ganz ungeheure Gewinne. Hierunter fallen insbesondere auch die gewissenlosen Verfertiger völlig wertloser Ersatzstoffe für Lebensmittel, die sie in schwindelhafter Weise zu abenteuerlichen Preisen anbieten. Es dürfte bekannt sein, daß in letzter Zeit große Mengen von Gemüsen, Wagenladungen von Brot aus Holland, Hunderte von Tannern von Wälden, die einzelne Händler in ihren Kellern zurückgehalten hatten, um aus der Preissteigerung der Gegenwart Nutzen zu ziehen, polizeilich beschlagnahmt werden mußten, weil sie verfaul und ungenießbar geworden waren.“

Zur Lebensmittelversorgung.

In Wieselried hatten sich zur Erörterung der Lebensmittelversorgung am Freitag 4000 Frauen in der „Zentralhalle“ eingefunden. Neben der Verammlung im überfüllten Saale mußte eine Nebenverammlung im Garten abgehalten werden. Nach den Referaten des Redakteurs Sebering und des Bezirkssekretärs Schred wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Eine unerlässliche Voraussetzung für einen ehrenvollen Frieden, der die Sicherheit und Unabhängigkeit des Reiches verbürgt, ist, ebenso wie der Waffenerfolg der Truppen, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens hinter der Front. Bei einer unregelmäßigen Erzeugung und Verteilung der notwendigen Lebensmittel ist diese Voraussetzung nicht mit Sicherheit gegeben. Die Versammelten fordern daher von den Reichsbehörden die unverzügliche Durchführung von Maßnahmen zur gleichmäßigen Verteilung aller notwendigen Lebensmittel, insbesondere der Kartoffeln, des Fleisches und aller Fettarten. — Von der Stadtverwaltung erwartet die Versammlung, daß sie gleichfalls in diesem Sinne bei der Reichsleitung vorstellig wird und bis zur zentralen Regelung diejenigen Maßnahmen ergreift, die bei besonderer Berücksichtigung der Winterbemittelten eine gerechte Verteilung der Lebensmittel gewährleisten.“

Landwirtschaftliche Produktionsregelung.

In der „Rdn. Ztg.“ (Nr. 475) weist der Erste Beigeordnete der Stadt Köln, Adenauer, mit Recht darauf hin, daß fast alle Lebensmittel-Programmvorschläge sich in der Hauptsache auf Verteilung und Preisregelung beschränken, höchstens verlangen sie noch eine Steigerung der Produktion. Notwendig als Grundlage sei aber vor allem eine allgemeine Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung, ein Anbauprogramm. Jetzt luche jeder Landwirt aus seinem Grund und Boden nicht die notwendigen Erzeugnisse herauszuwickeln, sondern diejenigen, für die der größte Gewinn linke. Beispielsweise betrage der Wehrerlös für den Morgen Land im Vergleich zu Friedenszeiten bei Roggen 27,50—32,50 M., Weizen 30—35 M., Gerste 71,50—77 M., Hafer 71,50—82,50 M., Kartoffeln 100 M., Zuckerrüben 0,00. Nach diesen Verhältnissen richtet der Landwirt seinen Anbau ein. Das gleiche Uebel zeige sich bei den anarchischen Verhältnissen in der Viehwirtschaft.

Der durch seine gütlichen Kenntnisse der Ernährungsfragen und durch große praktische Erfolge bekannte Kölner Bürgermeister kommt daher zu der „dringenden Forderung“: planmäßige Regelung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres. Material zu einer solchen Regelung sei hinreichend vorhanden. Sie sei weder unnötig noch undurchführbar, und die Behauptungen, daß der Landwirtschaft die Arbeitsfreudigkeit genommen werde und eine Produktionsverminderung zu befürchten sei, müßten als nicht stichhaltig zurückgewiesen werden. Allerdings werde für diesen oder jenen Landwirt der Verdienst geringer sein, doch sei dies für die Allgemeinheit nicht entscheidend.

Diese Forderungen des Kölner Bürgermeisters kommen dem Grundgedanken unserer Kriegswirtschaft viel näher als die zahllosen Verordnungen, mit denen man uns jetzt beglückt.

Für das in Aussicht gestellte neue Reichsamt für Ernährungsfragen stellt die „Neue politische Korresp.“ folgende Forderungen auf:

„Es wäre von größter Bedeutung, unseren Oberbau einheitlich und straffer zu gestalten. Die Kriegsgesellschaften müßten lediglich Organe der Zentralstelle sein und insfolgedessen der ganze Wirtschaftsapparat mit der Zentralstelle und den einzelnen Reichsstellen zu einem ineinandergreifenden praktisch arbeitenden Netzwerk verbunden werden. Als Unterbau hätten die Kommunalverbände zu dienen. In jedem Kommunalverband sollte ein Wirtschaftsausschuß gebildet werden, um der Verwaltung eine Reihe im Wirtschaftsleben stehender erfahrener Männer beratend und handelnd zur Seite zu stellen.“

Die Milchpreise zu niedrig?

Die Aktiengesellschaft Meierei Volle, deren Direktor kürzlich wegen Ueberschreitung des Höchstpreises verurteilt wurde, schreibt in ihrem letzten erschienenen Geschäftsbericht:

„Die hohen Futterpreise geben dem Landwirt nicht mehr genügend Anreiz, seine Milchproduktion zu steigern, zumal ihm der Milchhandel infolge seiner Beschränkung durch die unzureichende Feinung nach zu niedrig gegriffenen Höchstpreisen nicht mehr die Preise bewilligen konnte, welche den höheren Selbstkosten entsprechen würden. Es gibt kein Nahrungsmittel, welches trotz seines hohen Nährwertes so niedrig im Preise steht wie die Milch.“

Zurückbehaltene und verdorbene Lebensmittel.

Zu den Fleischhinterziehungen des Fleischereimeisters Sommer in Köln wird noch mitgeteilt, daß die Fleischmengen doppelt so groß sind, als angenommen wurde.

Betrug auf allen Gebieten. Minderwertige Soldatenmehren werden nach einem dem sächsischen Ministerium des Innern von der Gewerbeinspektion Chemnitz erstatteten Bericht auch in Sachsen vielfach in den Handel gebracht.

Eisenbahnunglück.

Düsseldorf, 13. Mai. (B. Z. B.) Amlich. Heute morgen 3 1/2 Uhr fuhr auf Bahnh. T. D. ein von Bedden kommender Güterzug auf eine Rangierabteilung.

Verurteilte Falschmünzer. In dem Münchener Falschmünzerprozess gegen Binder und Genossen, die wegen Herstellung und Ausgabe falscher 50- und 100-Markcheine angeklagt waren, wurde am Freitag folgendes Urteil gefällt.

Bestrafter Lebensmittelverkäufer. Das Schöffengericht Stuttgart I beurteilte den Salatzuckerfabrikanten Kling wegen fortgesetzter Höchstpreisübersteigerung zu einer Geldstrafe von 10000 Mark und zu einem Monat Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

M. B. 9. Wenn der Fahrerin ein Verstoß nachzuweisen ist, muß die Gesellschaft für den Schaden haften. — R. P. 7. Ja. — R. G. 10. Ein solches Gesetz wäre ein das Generalkonkordat des X. Armeekorps in Hannover zu richten.

Tönne vom Arbeiter wieder entfernt und dann dieselbe Arbeit zum zweitenmal abgeliefert und bezahlt werden. Solche Schickungen seien öfter, besonders auch vom Kläger, gemacht worden.

Der „rigorose“ Hausdiener.

Zu dem unter dieser Ueberschrift in der Freitagnummer veröffentlichten Gewerbegerichtsbericht teilt uns Herr Silberstein mit, daß sich seine Bemerkung, der Hausdiener sei rigoros und frech gewesen, nicht darauf beziehen sollte, daß der Hausdiener die Ueberstunden bezahlt verlangte.

Die von Herrn Silberstein mit scharfen Worten bezeichneten Vorgänge konnte er danach nicht aus eigener Anschauung. Was die Bereitwilligkeit zur Bezahlung der Ueberstunden betrifft, so hat die Vertreterin des Herrn Silberstein im ersten Termin, wo er selbst nicht anwesend war, behauptet, der Hausdiener habe keinen Anspruch auf Bezahlung der Ueberstunden.

Genossenschaftliches.

Urteil gegen die „Produktion“.

Das Sanctionale Oberlandesgericht bestätigte am 11. Mai ein gegen die Genossenschaft „Produktion“ in Hamburg gefälltes Urteil.

Der Vorstand der „Produktion“ hatte einige Aktien der im Jahre 1913 gegründeten und im August 1915 durch den Bundesrat als nur gemeinnützigen Zweck dienend anerkannten Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge erworben und war deshalb vom Schöffengericht und dem Landgericht in Hamburg mit Geldstrafe belegt worden.

Die Verteidigung legte dar, der Gesetzgeber habe bei Schaffung des § 149 des Genossenschaftsgesetzes, wonach der Vorstand einer Genossenschaft bestraft werden kann, wenn seine Handlungen auf andere als die im § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet sind, nur den Mißbrauch der Genossenschaften zu politischen Zwecken verbieten wollte.

Der Oberstaatsanwalt hingegen meinte, daß in allen Handlungen des Vorstandes nicht nur der Zweck, die Förderung des Gewerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, sondern auch das Mittel „mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes“, wie es der § 1 befragt, eingehalten sein müsse.

Das Gericht stimmte dem Antrage des Oberstaatsanwalts bei, ohne jedoch seine Begründung zu übernehmen. Es verwarf die Revision und bestätigte sonach das Urteil der Vorgerichte, daß der Vorstand nach § 149 bestraft werden müsse.

Der Milchhandel im allgemeinen und unser Unternehmen im besonderen leidet stark durch die Höchstpreise, zumal Höchstpreise nur für den Handel, nicht aber für den Erzeuger festgesetzt wurden.

Der „Lokal-Anzeiger“ stellt gegenüber diesen Ausführungen fest, daß der den Landwirten nach dem letzten Abkommen zustehende Preis von 22 Pf. für den Liter selbst von den landwirtschaftlichen Korporationen, wie z. B. Landwirtschaftskammer, für angemessen gehalten wird.

Die Fleischversorgung in Sachsen.

Die sächsische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch die die Behörden ermächtigt werden, den Verkauf von Fleisch- oder Wurstwaren in der Weise zu regeln, daß eine bestimmte Menge auf den Kopf und die Woche sichergestellt wird.

Die rapide Zunahme der Frauenarbeit.

Eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände in Köln beschäftigte sich mit der gewerkschaftlichen Frauenorganisation. Gewerkschaftssekretär Haas führte in seinem Vortrage an, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Krankenkassen Kölns wie folgt gestiegen ist: Von 46 634 im Januar 1914 auf 60 194 im Januar 1915 und auf 75 310 im Januar 1916.

Die Frauen und Mädchen wurden auch zu sehr verantwortungsvollen und körperlich sehr schweren Arbeiten herangezogen. So gab es Chauffeurinnen, Straßenbahnführerinnen, Kranführerinnen, Kottenarbeiterinnen, Erdarbeiterinnen, Lastträgerinnen usw.

Für weitere 5 Millionen eiserne Kleinmünzen.

Berlin, 13. Mai. (B. Z. B.) Der Bundesrat hat mit Rücksicht auf den starken Kleinmünzbedarf des Verkehrs in der Sitzung vom 11. Mai 1916 eine Verordnung erlassen, nach der der Reichsanwalt ermächtigt wird, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) für die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze weitere 10- und 5-Pfennigstücke aus Eisen bis zur Höhe von je fünf Millionen Mark herstellen zu lassen.

Soziales.

Angedachte Lohnschwindereien.

Ein Klempner, der im Flugzeugbau der A. E. G. beschäftigt war, forderte durch Klage beim Gewerbegericht die Bezahlung von Akkordarbeiten, die ihm verweigert war, weil er nach Angabe des Vertreters der Beklagten die betreffenden Arbeiten gar nicht angefertigt habe.

Lackstiefel mit Einsätzen Halb-Schuhe



Leinenschuhe Tennisschuhe Kinderschuhe

Größte Leistungsfähigkeit!!

Kenn's Mailüfterl weht



Sehr hübsch bestickte Schleierstoff-Bluse mit doppeltem Hochsaum und reizendem Kragen... N. 8.75



ist leichte, luftige Kleidung die begehrteste. Allerdings heißt's »sparsam sein«

und im allgemeinen



Ganz bestickte Bluse aus guter Schleierstoffware, sehr hübscher Kragen mit Seidenknöpfen... N. 7.75

Interesse nur das Notwendigste kaufen.

Aber eben deshalb heißt's auch doppelt wählerisch sein, wenn Sie entscheiden, was und wo Sie kaufen wollen.

Restlose Befriedigung – das steht fest – finden Sie sicherlich nur in einem leistungsfähigen, reellen Spezialgeschäft mit seiner gewaltigen Einkaufskraft, entsprechender Auswahl und durchgreifender Fachkenntnis – zum Beispiel

bei uns!



Sommerkleid

aus hellgrünem, reinwoll. Stoff, mit hübsch garniertem Nieder. Flotter Stehfragen – weiler Rock

42.00

Lederkörper

immer weiter stark begehrt wegen seiner so flotten, jugendlichen Form und praktischen Verwendbarkeit

23.50



Fresches Straßenkleid

aus guter, reinwollener Körperware in allen Modelarben. Elegant in Schnitt und Ausmachung

57.00

Ein Seiden-Moireemantel,

wie er das Entzücken einer jeden Dame sein wird, wirkt der obige besonders vorteilhaft durch seine eigenartige Seidenrollen-Garnierung an Nieder, Kragen und Ärmel, ganz genau wie Zeichnung

nur 37.50

in allen Größen vorrätig

Königstraße 33

am Hof. Alexanderplatz

Chausseest. 113

beim Steintiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

C & A

BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Ein Freundeswort.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ über die Spaltung der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie.

Uns wird geschrieben: Die „Wiener Arbeiterzeitung“, das Organ der deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs, hat in ihrer Nummer vom 28. März 1916 der Spaltung der Reichstagsfraktion unserer Partei einen Leitartikel gewidmet, der seinerzeit wahrscheinlich übersehen wurde, aber wohl verdient, auch bei uns gelesen zu werden. Ist doch keine ausländische Bruderpartei so gut über Lage und Wesen unserer Partei unterrichtet, wie die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs, und kein ausländisches Bruderorgan stärker von dem Geist der Solidarität mit unserer Partei durchdrungen, als die „Wiener Arbeiterzeitung“. Nur ungenügend vergaßen wir darauf, den ganzen Artikel wiederzugeben. Indes wird auch schon das Stück, das als die Zusammenfassung der leitenden Gedanken des Artikels gelten kann, den Genossen als die Stimme eines das Für und Wider gewissenhaft abwägenden Freundes willkommen sein und von ihnen entsprechend gewürdigt werden.

Es heißt in der „Arbeiterzeitung“: „Das Ereignis der Spaltung ist nun als Zeichen tiefgehender Gegensätze innerhalb der deutschen Sozialdemokratie von großer Bedeutung, aber es zu überschätzen und etwa so einzuschätzen, daß damit die Spaltung der Partei selbst in die zwei Richtungen beginnen würde, sind wir doch keineswegs geneigt. Es wäre natürlich sehr erfreulich gewesen, wenn sich der Konflikt, der mit der Abstimmung vom 4. August 1914, der Abstimmung über den ersten Kriegskredit, begann, die die Abstimmung über die Stellung der Partei zu dem ausgedehnten Krieg war, gelöst hätte und wenn sich die ganze Fraktion in einer allen gemeinsamen Anschauung und Haltung vereinigen hätte lassen. Vielleicht wäre es möglich gewesen, wenn auf der einen Seite erkannt worden wäre, daß jene Abstimmung eine geschichtliche Tatsache geworden ist, die keine Revision zuläßt, und wenn auf der anderen Seite der Sinn jenes Beschlusses nicht verdunkelt worden wäre, nicht mit immer neuen Auslegungen und Erweiterungen belastet worden wäre, die natürlich dazu führen mußten, daß der Gegensatz zwischen den zwei Richtungen immer umfangreicher ward und eben im Augenblick nicht zu überbrücken ist. So läßt er sich nun nicht mehr schließen, daß die Fraktion abstimmt, die Mehrheit entscheidet und die Minderheit sich fügt; für Gegensätze, die über bloße Meinungsverschiedenheiten weit hinausgehen, ist die Mehrheitsabstimmung eben kein Auskunftsmittel mehr.“

Wir haben zwei Sätze, die uns besonders hingerissen zu erscheinen, durch Sperrendruck hervorgehoben und empfehlen sie dem Nachdenken aller Genossen ohne Unterschied der Gruppenzugehörigkeit. Der erste Satz weist auf einen Punkt hin, der bei den bisherigen Auseinandersetzungen nicht genügend oder, sagen wir lieber, nicht klar genug hervorgehoben worden ist. Es ist in der Tat eine sehr bedeutungsvolle Frage, ob die Haltung der Fraktion bis zum Ausbruch des Konflikts, der zur Fraktionspaltung geführt hat, überhaupt noch dem Sinn der Abstimmung vom 4. August 1914 entsprach, wie diese in der damals abgegebenen Erklärung der Fraktion begründet wurde. Wer in objektiver Betrachtung der Tatsachen zu einer vernünftigen Antwort kommt, wer mit der „Wiener Arbeiterzeitung“ zu dem Urteil gelangt, daß es bei der damaligen Stellungnahme nicht geblieben ist, daß aus einem sehr bedingten ein immer bedingungsloser Ja geworden ist, der muß auch begreifen, daß man kein eigenständiges oder gar freisüchtiges Organ zu sein braucht, um zum entschiedenen Widerstand gegen diese Entwicklung zu gelangen. Und er wird auch ferner verstehen, daß bei Fortgang dieser Entwicklung für jeden, der sie für vorderlich hielt, der Zeitpunkt kommen mußte, wo ihm die Umwandlung des — um bei der Bezeichnung der „Wiener Arbeiterzeitung“ zu bleiben — erweiterten Ja in ein klares Ja in ein unabweisbares Pflichtwort wurde. Ob das eine Revision der Abstimmung vom 4. August 1914 in sich begriff, ist heute mehr eine Frage der Theorie als der Praxis und mag daher hier unerörtert bleiben. Um was es sich heute für die Praxis handelt, ist die Frage, ob das Ja, wie es geworden ist, Fortbestand haben darf oder nicht. Und aus der Tatsache, daß diese Frage und was mit ihr in Verbindung steht, für eine erhebliche Zahl von Genossen jene tiefgreifende Bedeutung erlangt hat, ergibt sich für die „Wiener Arbeiterzeitung“ eben die im zweiten der hervorgehobenen Sätze ausgesprochene Folgerung, daß eine Erledigung des damit geschaffenen Gegensatzes durch festhalten an der für normale Verhältnisse festgesetzten Regel, wonach die Beschlüsse der Mehrheit die Minderheit binden, nicht mehr anständig war und eine andere Lösung gefunden werden mußte.

So ist die schließlich eingetretene Fraktionspaltung nicht nach schematischen Begriffen abzurufen, sondern auf Grund der tiefer liegenden Gegensätze zu begreifen. Einer der Wortführer der alten Fraktionsmehrheit, Edward David, schrieb Ende August 1910 in der „Räinger Volkszeitung“: „Die Demokratie kann niemals die formale Verletzung der Disziplin als Verbrechen an sich anerkennen, sondern sie hat in jedem Fall nach Ursachen und Zweck des abweichenden Handelns zu fragen. Das Motiv des Handelnden hat ihr als Hauptmoment einer gerechten Beurteilung zu gelten.“

Dieser Satz hat dadurch nichts an innerer Kraft verloren, daß er geschrieben wurde, als David noch nicht König in Israel — will sagen, noch selbst in der Minderheit war.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ fährt an der angegebenen Stelle fort:

„Es mag paradox scheinen, aber es ist durchaus möglich: daß nämlich durch die Scheidung die Taktik der beiden Gruppen einander näher gebracht wird. Die schwere Krise im Schoße der Partei führte fast naturgemäß dazu, daß schließlich alles, selbst das Nebenwichtige und sachlich gar nicht Bestrittene zu einem Anknüpfen zwischen Mehrheit und Minderheit gedieh. Werden die beiden Richtungen, indem sie sich scheiden, von diesen ständigen Fraktionen frei, so werden sie vielleicht beide klarer sehen und logischer handeln — schon deshalb, weil es ja gar nicht wahr ist, daß sie Verschiedenes wollen. Mehrheit und Minderheit suchen mit gleicher Leidenschaft und mit derselben Beharrlichkeit den Weg, der aus dem Krieg zum Frieden hinausführt; uneinig sind sie bloß und ausschließlich in der Frage, welcher der Wege der verheißungsvollere ist, in der Frage, welches der möglichen Mittel, die der Sozialdemokratie heute zu Gebote stehen, einen Erfolg mit größerer Wahrscheinlichkeit verspricht.“

Dieser Satz scheint uns ein Vorbehalt am Platze, den wir nur grundsätzlich feststellen wollen, ohne in seine Materie einzugehen. Es handelt sich nicht nur darum, ob möglichst bald Frieden sein soll, sondern auch darum, wie dieser Frieden aussehen soll. Darüber bestehen nun gleichfalls zwischen Mehrheit und Minderheit Meinungsverschiedenheiten, die auf bedeutungsvolle Unterschiede in der Grundanschauung über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Streitfragen der Regierungen zurückgehen. An der Stärke dieser Gegensätze kann natürlich die fraktionelle Scheidung nichts ändern, wo sie in Betracht kommen, wird wohl auch die Taktik eine verschiedene sein. Aber was die Scheidung bewirken kann und was sicher schon ein großer Gewinn wäre, ist dies, daß die Unterschiede im Verhalten auf diejenigen Fragen beschränkt werden, wo die Gegensätze der grundsätzlichen Auffassung eine Verschiedenartigkeit

der Taktik mit Notwendigkeit bedingen, aber das große und weite Gebiet derjenigen Fragen unberührt lassen — und darunter fallen mindestens neun Zehntel aller Fragen der parlamentarischen Aktion der Sozialdemokratie —, auf welche jene gegensätzlichen Auffassungen keinen Bezug haben. Mit diesem einen Vorbehalt unterschreiben wir gern den Schluß dieses Satzes der „Wiener Arbeiterzeitung“, wo sie sagt:

„Wenn sich beide Teile von der Sucht, den anderen ins Unrecht zu setzen, freihalten werden — welche Sucht freilich schon zu bemerken war und die eigentliche Gefahr der Spaltung und zu sein scheint, weil sich der Konflikt jenseitig zu einem wahren Bruderkrieg erweitern könnte — und beide in dem beharrlichen Bestreben, für den Frieden zu wirken, nicht erlahmen werden, so wird die Spaltung der Fraktion, diese traurige Wirkung des Krieges, den Krieg wohl nicht überdauern.“

Ed. B.

Aus der Partei.

Erklärung.

Von den unterzeichneten Mitgliedern der Kontrollkommission erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Zu der Erklärung des Vorsitzenden der Kontrollkommission in Nr. 125 des „Vorwärts“ erwidern die Unterzeichneten, daß diese Ausführungen lediglich die persönlichen Anschauungen des Genossen Bod darstellen. Sie zeigen also nur, welche Schlussfolgerungen aus den Verhandlungen der Genosse Bod von seinem Standpunkt aus gezogen hat. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, müssen wir dem Vorsitzenden das Recht bestreiten, eine Erklärung über die Sache abzugeben, ohne sich vorher mit den übrigen Mitgliedern der Kontrollkommission zu verständigen. Vier Mitglieder sind außer dem Genossen Bod zurzeit in Berlin, die also leicht zusammenberufen werden könnten. Wir glauben uns zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als ein Mitglied der Kommission den Genossen Bod telegraphisch gebeten hatte, vor Abgabe einer Erklärung die Kontrollkommission zu einer Aussprache einzuberufen und ein zweites Mitglied ihn ebenfalls darauf aufmerksam machte, daß diese Erklärung vor der Veröffentlichung wenigstens den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet werden müsse.

Fr. Brühne, E. Ernst, G. Stubbe, J. Timm.

Erklärung.

Ich habe es bisher noch immer vermieden, auf die verschiedenen Anzuspaltungen, mit denen mich der „Vorwärts“ in letzter Zeit so reichlich bedachte, zu antworten, weil ich der Ansicht bin, daß dem Leser mit den vielen Erklärungen und Gegenklärungen so lange nicht gedient ist, so lange ihm der Inhalt der strittigen Artikel vorzuziehen oder doch nur in verzerrter, aus dem Zusammenhang gerissener Form bekanntgegeben wird. Gerade auf diesem Gebiet hat aber das „Zentralorgan“ anderen Genossen und auch mir gegenüber bei den jetzigen Differenzen Erfauliches geleistet. Das trifft auch wieder zu auf die in Nr. 131 des „Vorwärts“ vom 13. Mai enthaltene gegen mich gerichtete Notiz „Arbeiterimperialismus“. Da wird einfach behauptet, ich hätte Parteiverhörung getrieben und sei deswegen von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gelobt worden.

In Wirklichkeit bespricht mein Artikel nur den gegen mich im vierten Berliner Wahlkreis verübten Gewaltstreik. Am Schluß des Artikels fordere ich innerhalb der Partei „weitgehendste Toleranz gegen Andersdenkende“. Es müßten selbst die „gegenwärtigsten Meinungen“ zugelassen werden, sonst gelange das „platteste, eigenmächtigste Demagogentum“ zur Herrschaft. Das ist, meine ich, das Gegenteil von Parteiverhörung, es ist, wie Genosse Kautsky in seinen bekannten Artikeln in der „Neuen Zeit“ es darlegt, geradezu die Grundbedingung jedes demokratischen Gemeinwesens. Parteiverhörung wirkt jetzt eine Gruppe der andern vor; wer recht hat, wird erst der Parteitag entscheiden können.

Ebenso verhält es sich mit dem zweiten Anwurf, der sich auf meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, „Der Arbeiter und das Imperium“, bezieht. Da wird den Lesern des „Vorwärts“, die zu 99 Prozent die „Sozialistischen Monatshefte“ noch nicht einmal von außen gesehen haben, auseinanderzusetzen versucht, wozu ein miserabler Artikel doch hin. „Värgl“ bekannte Gedankengänge“ habe ich produziert, die — man denke — aus den Werkschriften der Plottenprofessoren und Kolonialentschlossenen“ kommen sollen. Nun muß ich zwar zu meiner Schande (oder ist's im Sinne der „Vorwärts“-Redaktion ein Verdienst?) gestehen, daß ich leider nie über die genügende Zeit verfügte, solcherlei Schriften genügende Beachtung schenken zu können, verdammt aber kann ich, daß ich sie zu meinem Artikel keineswegs benützt habe. Dazu kommt noch das „warme vaterländische Empfinden“ — allein schon genügend den Sünden zu hängen. Das Ganze nennt man dann „Kampf der Meinungen“.

Was schließlich die „lebhafte Zustimmung der Rheinisch-Westf. Ztg.“, des Organ der Kohlen- und Eisenindustriellen“ anlangt, von der der „Vorwärts“ den Berliner Parteigenossen mit schmalendem Behagen Kenntnis gibt, so wird mich weder Lob noch Tadel von dieser oder jener Seite abhalten, das zu sagen, was ich für richtig halte. Daß bei den bedauerlichen Zwistigkeiten und Auseinandersetzungen, die jetzt die Partei zerküsten, die gegnerischen Parteien die Tachenden Dritten sind, ist leider nur zu wahr; erst später wird sich aber zeigen, aus wessen Haltung die Gegner für ihren Kampf gegen uns das meiste profitieren werden.

Dugo Poesch.

Der Genosse Poesch kann sich wirklich nicht beklagen, daß wir seinen Artikel „Die Rinderarbeit der Opposition und ihre Folgen“ in „verzerrter, aus dem Zusammenhang gerissener Form“ bekanntgegeben haben. In Nr. 125 vom 7. Mai druckten wir einen erheblichen Teil seines Artikels aus der „N. A.“ ab, und im Anschluß daran brachten wir in Nr. 127 vom 9. Mai die Weigerung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Wir haben also nicht „einfach behauptet“, Genosse Poesch hätte „Parteiverhörung“ getrieben und sei deswegen von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gelobt worden“, sondern wir haben unseren Lesern das Material unterbreitet, aus dem sowohl der Tatbestand der „Parteiverhörung“, wie der der Sympathie der „R.-W.-Ztg.“ für den Genossen Poesch deutlich hervorgeht.

Was unseren Vorwurf der Ideengemeinschaft des Genossen Poesch mit den Werkschriften der Plottenprofessoren und Kolonialentschlossenen in unserer getriggen Notiz „Arbeiterimperialismus“ betrifft, so können wir nur bedauern, daß der Genosse Poesch „nie über die genügende Zeit verfügte, solcherlei Schriften genügende Beachtung schenken zu können“. Vielleicht wäre er in seinen Urteilen über die künftige Haltung der deutschen Arbeiterklasse zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus vorzüglicher gewesen, wenn er die Materie, über die er schrieb, wirklich studiert und beherrscht hätte. Auch in diesem Falle bestätigt sich, was wir schon oft gesagt haben: am schnellsten sind diejenigen mit dem „Lernen“ bei der Hand, die beim „Lernen“ nie besonders tief gegangen sind.

Dem Mut des Genossen Poesch, unbeirrt durch Lob oder Tadel das zu sagen, was er für richtig hält, sollen wir alle Anerkennung. Indessen sollte er doch aus der Aufnahme, die neuerdings gerade seine journalistischen Leistungen in der Presse gefunden haben, ersehen, wer der „lachende Dritte“ ist, der aus seinen Angriffen gegen die Opposition wie aus seinen „Umlegungs“-Bestrebungen schon jetzt „das meiste profitiert“.

„Glänzende Isolierung.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ sieht sich bemüht, die Bauernzeitung „Internationale Korrespondenz“, deren parteibergreifendes Treiben wir kürzlich kennzeichneten, vor uns in Schutz zu nehmen. Trotz mancher „Belgriffe“, die man zugeben müßte, schreibt sie, habe die „I. K.“ der Parteipresse „außerordentlich wertvolles Nachrichtenmaterial“ zur Verfügung gestellt.

Auf das Urteil des neutralen Auslandes — fährt das Blatt fort — legen wir dabei recht wenig Wert, wenigstens so weit dieses durch die Schweizer Parteipresse und „Det Volk“, das Organ der holländischen Partei, verknüpft ist. Aber gerade dieses Urteil ist in diesem Zusammenhange recht interessant. Welche Parteipresse des neutralen Auslandes — möchten wir die „Chemnitzer Volksstimme“ und ihre Bestimmungsgenossen fragen — haben nach dem Ausschluß der erwähnten für unsere „Rechts“-presse überhaupt noch „Wert“? Die führenden amerikanischen Organe („New Yorker Volkszeitung“, „The Call“ u. a.) sind seit Jahr und Tag als „deutschfeindlich“ verzeichnet worden. Ebenso ist Stockholm „Sozialdemokrat“, dessen Chefredakteur Genosse Branting in der „Rechts“-presse mit unzähligen Beschimpfungen bedacht worden ist. Auch das Organ der rumänischen Partei, die „Bukarester „Lupta“, wird ob seines Nationalismus mit scheelen Blicken angesehen. Es bleibt in der Tat von führenden Organen der sozialistischen Parteien des neutralen Auslandes nur der Kopenhagener „Sozialdemokrat“ übrig, von dessen Sympathieerklärungen und „Belehrungen“ in unserer „Rechts“-presse freilich der allerschmeißigste Gebrauch gemacht wird. Wir erlauben uns aber trotzdem Zweifel darüber zu hegen, daß diese „eine Schwabe“ die „glänzende Isolierung“ bedeuten kann, in die unsere „Rechts“-fanatiker einen großen Teil der deutschen Parteipresse hineingebürgert haben.

Wir behauern außerordentlich diese plötzliche Zurückhaltung des Chemnitzer Blattes, die es sonst nicht zu üben pflegt und die hier um so sonderbarer anmutet, als sie mit einem apokalyptischen Verbammungsurteil gegen die Schweizer Parteipresse und „Det Volk“, das Organ der holländischen Partei, verknüpft ist. Aber gerade dieses Urteil ist in diesem Zusammenhange recht interessant. Welche Parteipresse des neutralen Auslandes — möchten wir die „Chemnitzer Volksstimme“ und ihre Bestimmungsgenossen fragen — haben nach dem Ausschluß der erwähnten für unsere „Rechts“-presse überhaupt noch „Wert“? Die führenden amerikanischen Organe („New Yorker Volkszeitung“, „The Call“ u. a.) sind seit Jahr und Tag als „deutschfeindlich“ verzeichnet worden. Ebenso ist Stockholm „Sozialdemokrat“, dessen Chefredakteur Genosse Branting in der „Rechts“-presse mit unzähligen Beschimpfungen bedacht worden ist. Auch das Organ der rumänischen Partei, die „Bukarester „Lupta“, wird ob seines Nationalismus mit scheelen Blicken angesehen. Es bleibt in der Tat von führenden Organen der sozialistischen Parteien des neutralen Auslandes nur der Kopenhagener „Sozialdemokrat“ übrig, von dessen Sympathieerklärungen und „Belehrungen“ in unserer „Rechts“-presse freilich der allerschmeißigste Gebrauch gemacht wird. Wir erlauben uns aber trotzdem Zweifel darüber zu hegen, daß diese „eine Schwabe“ die „glänzende Isolierung“ bedeuten kann, in die unsere „Rechts“-fanatiker einen großen Teil der deutschen Parteipresse hineingebürgert haben.

Troelsira wieder hergestellt.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Am 1. Mai ist Genosse Troelsira aus der Schweiz wieder nach seinem Wohnsitz Schiedamen zurückgekehrt. Seine Gesundheit ist erfreulicherweise so weit wieder hergestellt, daß ihm die Ärzte die Arbeit — wenn auch einstweilen nur leichte — gestatten. Eine Wiederaufnahme der agitatorischen Tätigkeit, sowie die intensive Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit bleibt ihm noch untersagt, doch wird er wichtigeren Sitzungen, besonders Abstimmungen von Bedeutung beiwohnen. Und vor allem wird er seinen Platz im Internationalen Sozialistischen Bureau wieder einnehmen. — Genosse Troelsira hat schon einer Sitzung des Parlaments beigewohnt und ist dort von allen Seiten herzlich bewillkommt worden.

Aus Industrie und Handel.

Fortgesetzte Steigerung der Eisenpreise.

Wegen die starke Ausnutzung der „Kriegskonjunktur“ in der Eisenindustrie nimmt die „Rheinisch-Westf. Zeitung“ Stellung. Sie schreibt zu der beabsichtigten Erhöhung der Erpreise um 4 M.: „Unstreitig muß eine derartige, ganz außerordentlich starke Heraushebung der Erpreise auch auf den gesamten Eisenmarkt keine günstigen Wirkungen ausüben und zweifellos haben sich diese ungunstigen Wirkungen bereits eingestellt, denn sie haben die Preise für Halbzeug und für Fertigfabrikate bereits in weitestem Maße in die Höhe getrieben und sie werden diejenigen für Rohmaterial in dem gleichen Maße noch in die Höhe treiben. ... Auch die Preiserhöhung des Stahlwerksverbandes für Halbzeug muß eine ähnliche Wirkung auf den gesamten Eisenmarkt ausüben, wie die Erhöhung der Siegerländer Erpreise. Tatsächlich tritt diese Wirkung auch bereits ein, denn die Vandeslenderwerke haben ihre Preise um 25 M. erhöht und auch die Grobblechwerke haben ihre Preise weiter um 25 M. erhöht, und ebenso werden die Drahtwalwerke demnächst mit einer solchen Preiserhöhung kommen. So treibt ein Teil den andern. Und wohin diese Preispolitik führen soll, darüber scheint man sich nicht klar zu werden. Stabeisen wird, wie wir hören, am freien Markt bereits zu 300 M. gehandelt und Feinbleche sind annähernd auf 800 M. gestiegen. Wenn auch die Kriegskonjunktur infolge der hohen Selbstkosten höhere Preise bedingt, so sind wir der Auffassung, daß die heute gültigen Preise über das zulässige Maß hinausgehen.“

Die Aussichten der A. E. G.

In der Aufsichtsratsitzung der A. E. G. berichtigte der Vorstand, daß die Beschäftigung sich in der vollen Höhe des Vorjahres bewegt. Abgesehen von Bestellungen für Heereszwecke geben bei allen Abteilungen laufend ansehnliche Aufträge ein. Die ständigen Mittel der Gesellschaft sind größer als zur gleichen Zeit im Vorjahre.

Wirtschaftslage in Norwegen.

Der „Economist“ vom 29. April gibt folgende Schilderung: Nach Norwegen ist während des Krieges ein ungeheures Kapital geströmt. Dieses wird größtenteils in neuen industriellen Unternehmungen angelegt. Die Errichtung neuer Dampferlinien nach einer Periode wilder Spekulationen zu Beginn des Jahres 1916 hat abgenommen. Die Postdepotisten sind um einige hundert Millionen Kronen in den letzten fünf Monaten gewachsen. Trotzdem ist es in Norwegen jetzt schwer, Staats- oder Kommunalanleihen unterzubringen. Der Wert der deutschen Mark ist sehr niedrig; während die offizielle Notierung für 100 norwegische Kronen 160 Mark beträgt, müssen dafür 165 Mark zurzeit bezahlt werden. Seit Kriegsausbruch sind etwa 20 Millionen Kronen norwegischer Staats- und Gemeindefonds aus Deutschland zurückgekauft worden, was als eine Art Kapitalausfuhr kritisiert wurde und hinter den gleichen Vorgängen in Schweden und Dänemark weit zurückbleibt. Auch aus England, wo aber die Reizung zum Abstoßen solcher Werte geringer war, sind Rückkäufe gemacht worden und zu steigenden Preisen hat Norwegen große Mengen der in der Hand der Banque de Paris et des Pays Bas befindlichen Papiere des größten norwegischen Industrieunternehmens, der Städtstoffgesellschaft, erworben. Auch die feineren in Hamburg ausgegebenen zwölf Millionen Kronen der Eybaranger Bergwerksgesellschaft sind dank dem niedrigen Wechselkurs in norwegischen Besitz gelangt.

Die Abschlüsse der Dampfschiffgesellschaften sind meist ausgezeichnet und die Kurse ihrer Aktien entsprechend fest. Beispielsweise hat die Bergische Dampfschiffgesellschaft einen Nettogewinn von 5,3 Millionen Kronen bei einem Kapital von 9 Millionen Kronen erzielt, die Nordenfeldtsche Dampfschiffahrtsgesellschaft bei 6,1 Millionen Kronen Kapital 4,6 Millionen Kronen Nettogewinn. Die beiden Anstalten haben 15 bzw. 25 Proz. Dividende verteilt. Auch sonst hat die Schifffahrt sehr gut verdient. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Grundlagen für einen nationalen wirtschaftlichen Aufschwung in Norwegen während des Krieges gelegt worden sind, aber schwere neue Steuern

Befürchten die Verdienste, und zurzeit leidet die Mehrzahl des Volkes unter den erheblichen Preissteigerungen schwer. Das Bankwesen hat einen großen Aufschwung genommen. Die meisten Handels- und Industriezweige vorwiegend befinden sich in blühendem Zustand, wenn auch die Kohlenfrage erhebliche Schwierigkeiten verursacht und die Produktionskosten sehr hoch sind. Kamentlich der niedrige Sterlingkurs macht sich für die Ausfuhr sehr fühlbar. Die Seringfabrikation hat ein zehnmal so großes Ergebnis gebracht wie in normalen Zeiten, nämlich im Februar und März 1916 einen Ertrag von 70 und 80 Millionen Kronen. Die britische Regierung hat eine große Menge Seringe gekauft, um die Ausfuhr nach Deutschland zu verhindern.

Gerichtszeitung.

Volle gegen Höchstpreise.

Der Direktor der Meierei C. Wölle teilt uns zu dem Gerichtsbericht in Nr. 129 mit, daß gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt ist.

Gleichzeitig ersucht er uns, da der Bericht lediglich die Auffassung des Gerichts und der Staatsanwaltschaft widerspiegelt, auch die der Anklage gegenüberstehenden Behauptungen der Firma zur Kenntnis des Publikums zu bringen. Wir kommen diesem Wunsche im Interesse einer Klarstellung der Sachlage nach. In der Zuschrift heißt es:

„In dem Berichte wird angeführt: „Durch die Zeilage veranlaßt, ist die Meierei Wölle dazu übergegangen, dem Verkauf von Milch und Butter noch den Vertrieb von Konerven, Fruchtsäften, Marmeladen, Honig und Salz hinzuzufügen.“ Von meinem Vertreter ist in der Verhandlung bereits behauptet und durch das Zeugnis des Inspektors Lange auch erwiesen worden, daß die Meierei Wölle diese Artikel mit Ausnahme von Salz immer geführt hat und durch ihre Verkaufswagen hat absetzen lassen.

In dem Berichte heißt es weiter: „Es hat sich nun der Gebrauch herausgestellt, daß die Rutzsche den Verkauf von Butter abhängig machen von der Entnahme von Honig.“ Gegen-

stand der Verhandlung war aber lediglich der Fall einer Verfehlung eines 18jährigen Rutzsche Adebahr, der in den Geschäftsräumen der Trockenmilch-Gesellschaft an mehreren Tagen den Verkauf von je ¼ Pfund Butter von Entnahme eines Glases Biemenhonig zum Preise von 1,50 M. abhängig gemacht hat.

Ueber das Preisverhältnis zwischen der Butter und dem Biemenhonig ist in dem Bericht weiter bemerkt: „... auf diese Weise der Preis der Butter weit über den festgesetzten Höchstpreis hinaufschnellte.“ Der Preis von 1,50 M. für das von der Meierei Wölle verkaufte Glas Biemenhonig entsprach dem im damaligen Kleinhandel üblichen Satze und muß sogar nach damaligen Verhältnissen als mäßig bezeichnet werden. Heute ist der Preis fast doppelt so hoch.

In dem Bericht heißt es ferner: „Als die Polizei Nachforschungen in dieser Richtung anstellte, ließ der Angeklagte durch einen Ausschlag bekannt machen, daß ein derartiger Zwang gegenüber dem laufenden Publikum selbstverständlich unstatthaft sei...“

In der Verhandlung ist durch das Zeugnis des Inspektors Lange festgesetzt worden, daß nicht, als die Polizei Nachforschungen anstellte, sondern als die ersten Beschwerden aus dem Publikum über derartige Fälle an die Firma herantraten, zunächst durch einen mit Mautsitz geschriebenen Ausschlag die Angestellten der Firma auf die Unzulässigkeit dieses Verfahrens hingewiesen worden sind und daß später nochmals ein gedruckter Ausschlag des gleichen Inhalts für die Angestellten in den Räumen der Firma ausgehängt wurde.

Der Bericht enthält weiter die Behauptung: In der Verhandlung sei zur Illustration zur Sprache gebracht worden, daß die Meierei Wölle auch sonst sich einer Ueberschreitung der Höchstpreise schuldig gemacht haben solle, indem sie den Verbrauch eingeführt habe, daß die Kunden, denen die Milch in Flaschen ins Haus geliefert werde, pro Liter 4 Pf. Bringerlöhn und 6 Pf. für Flaschenfüllung, Reinigung usw. zu bezahlen hätten.“ In der Verhandlung ist aber außerdem zur Sprache gekommen und durch Zeugnis des Inspektors Lange sogar bereits erwiesen worden, daß diese Vergütungen auf einer Genehmigung der amtlichen Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin nach genauer

Prüfung der den betreffenden Firmen erhöchenden Selbstkosten beruhen und daraufhin von den Berliner Milchgroßfirmen überholt ohne Beanstandung durch die Polizei und sonstige Behörden gefordert würden. Niemand ist gezwungen, die Milch frei Haus oder in unseren Flaschen zu beziehen.“

Prozeß Schiffmann.

Nach dreitägiger Pause, in welcher das Kammergericht die von den Verteidigern erhobenen Beschwerden geprüft hat, eröffnete Landgerichtsdirektor Geier aufs neue die Verhandlung und teilte mit, daß das Kammergericht durch Beschluß die sämtlichen Beschwerden verworfen habe.

In dem jetzigen Strafverfahren handelt es sich um Betrug und Betrugsversuch. Der Angeklagte ist seinerzeit von der Schwere wegen Konkursverbrechens und Unterschlagung ausgeliefert. Die Anklage wegen des Konkursverbrechens soll später vor dem Schwurgericht zur Verhandlung gelangen. Das jetzige Verfahren wegen Betrugs hält die Staatsanwaltschaft im Gegensatz zur Verteidigung für zulässig, wiewohl die Auslieferung nur wegen Konkursverbrechens und Unterschlagung erfolgt ist. Für die Verhandlung ist eine Dauer von zwei bis drei Monaten in Aussicht genommen. Ueber das Ergebnis der Verhandlung werden wir berichten.

Eingegangene Druckschriften.

Aus deutschen Kriegsgefangenenlagern. Zweite Folge, 1 M. — Dritte Folge, 50 M. Kisten u. Vorräte, Frankfurt a. M. — Der Revolver. Kurze Geschichten von G. Wagner. 2 M. — Kaiser, Volk und Totentanz. Von Ute Lorge. 2 M. — Der Schlitte der Madame du Barry. Roman von F. Künzelmann. 3,50 M. G. Pfeil und Co., Berlin, Anstr. 16.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Zunächst überwiegend heiter, östwärts fortschreitende Erwärmung. Später neue Zunahme der Bewölkung und im Südwesten leichte Regenschauer.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

22 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- | | |
|--|---|
| 1. Abt. Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, kleiner Saal. | 11. Abt. Köhler, Liebf. 24. |
| 2. " Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, großer Saal. | 12. " Goebel, Putzstr. 10. |
| 3. " Verolina-Säle, Schönhäuser Allee 28. | 13. " Moabit Stadtheater, Moabit 47/49, kleiner Saal. |
| 4. " Misa-Säle, Schönhäuser Allee 130. | 14. " Moabit Bürger-Säle, Beusselstraße 9. |
| 5. " Glesin, Stargarder Str. 8. | 15. " Brauerei Pagenhofer, Turmstr. 25. |
| 6. " Glesin, Kopenhagener Str. 74. | 16. " Frankes Festsäle, Triftstr. 63. |
| 7. " Strack, Schönhäuser Allee 134a. | 17. " Feibels Festsäle, Kolberger Str. 23. |
| 8. " Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Str. 42. | 18. " Frankes Festsäle, Vahstr. 19. |
| 9. " Meyer, Ackerstr. 123. | 19. " Schmidt, Prinzen-Allee 33. |
| 10. " Humboldt-Säle (Niedel), Gussitenstraße 4c. | 20. " Nord-Palast, Köstner Str. 8. |
| | 21. " Pharus-Säle, Müllerstraße 142, kleiner Saal. |
| | 22. " Sachon, Müllerstr. 136. |

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Kassenbericht. 2. Neuwahlen des Vorstandes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 16. Mai 1916, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engelafer 14/15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1916.
2. Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich 7 1/2 Uhr eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet

Eintritt nur für Mitglieder.

Montag, den 15. Mai 1916, abends 6 Uhr, im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Mitglieder-Versammlung

aller in

Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbuchfabriken beichäft. Personen

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die Verhandlungen des „Dreißigstättentages“ und des Tarifvertrages mit dem „Verein Berliner Buchdruckerbesitzer“.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten, daß jeder Buchbinder und jede Buchbindereiarbeiterin in dieser Versammlung erscheint.

Die Ortsverwaltung. Die Branchenleitung der Buchbinder. S. K.: Richard Würzberger. S. K.: Paul Röger.

Die Branchenleitung der Geschäftsbuchfabriken. S. K.: Fritz Koese.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Filiale Berlin.

Am Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelafer 15:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1915. 2. Mitteilungen der Ortsverwaltung. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Um Zahlreichen Besuch erucht Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 15. Mai laufenden Jahres ab finden die Zahl- abende von 7-9 Uhr abends statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Marienplatz 10023, 3578. Bureau: Hungenstraße 30.

Sonntag, den 14. Mai, vormittags 10 Uhr,

in den bekannten Lokalen

Bezirksversammlungen der Einscher.

Tagesordnung:

Die nächsten Aufgaben in den Vertragfragen.

Branchen-Versammlungen:

Schirmmacher.

Montag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, bei Stein

Stralauer Brücke 3.

Tagesordnung:

Die Teuerungszulagen in der Schirmindustrie.

Tischler! Bezirk Neukölln!

Am Dienstag, den 16. Mai 1916, abends 8 1/2 Uhr,

im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Bericht der Kommission.
3. Verbandsangelegenheiten.

Stellmacher!

Donnerstag, den 18. Mai 1916, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Falter Tangermünder Schokoladenfabrik

G. m. b. H., Tangermünde

kauft jeden Posten garantiert reines

Kakaopulver.

222/1*

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Montag, den 15. Mai 1916:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

Norden: Pharus-Säle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Frisch's Festsäle, Vahstr. 11, abends 8 1/2 Uhr.

Moabit: Sands Festsäle, Beusselstr. 9, abends 8 1/2 Uhr.

Charlottenburg: Volkshaus, Köpenicker Str. 3, abends 8 1/2 Uhr.

Reinickendorf-West: Eichborstr. 60, abends 8 1/2 Uhr.

Westen u. Schöneberg: Kaiser-Wilhelmgarten, Friedenan, Rheinstr. 65, abds. 8 1/2 U.

Osten: Andreas-Festsäle, Scholz, Andrasstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Lichtenberg: Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.

Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Borghagen 56, abends 8 Uhr.

Weißensee: Restaurant Masche, Berliner Allee 251, abends 8 Uhr.

Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelafer 15, Saal 3, abends 8 1/2 Uhr.

Neukölln: Ideal-Festsäle, Weichselstraße 8, abends 8 1/2 Uhr.

Steglitz: Schellhases Festsäle, Uferstr. 15a, abds. 8 1/2 Uhr.

Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannis-

thal u. Umg.: Restaurant George, Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 44a, abends 8 1/2 Uhr.

Spandau: Dertx Restaurant, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Stellungnahme zur Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Dienstag, den 16. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, im Restaur.

Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74:

Bezirks-Versammlung für Köpenick und Friedrichshagen.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

116/16

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle: C 54, Mulackstr. 10 I. Fernspr.: Amt Norden 4518.

Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr:

Anßerordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelafer 15, großer Saal.

Tagesordnung:

1. Teilweise zwingende Bierabfuhr als Kriegsmahnahme.

2. Reberung der Abrechnungstermine für die Jahree.

3. Verbandsangelegenheiten.

Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Mit-

glieder unbedingt erforderlich. Die Beschlüsse dieser Versam-

mlung sind für alle Mitglieder bindend. Mitgliedsbuch oder Karte

berechtigt zum Eintritt.

Die Ortsverwaltung.

42/15*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—1 und 5—8

Praktiziere wieder. 146/14
Dr. med. Freymann,
Knobelsdorffstraße 4. Spr. 4—5.

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)
II. Or. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlendungen sofort.
Amt Zentrum 7960.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

- Albert Bergmann, Stellmacher, 29 Jahre alt.
- Wilhelm Juhl, Tischler, 42 Jahre alt.
- Willi Obst, Tischler, 25 Jahre alt.
- Otto Steffen, Tischler, 30 Jahre alt.
- Georg Wolfsteller, Drechsler, 40 Jahre alt.
- Max Wirsich, Tischler, 21 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

86/14

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler

Wilhelm Schultz

Lichtenberg, Grünberger Str. 2,
im Alter von 52 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 15. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Hädelischen Friedhofes in Lichten-
berg, Mädelstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
86/13 Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Neu Erwach“

(M. d. D. A. S. B.)

Hierdurch die traurige Nachricht,
daß unser Mitglied

Karl Schwark

auf dem Kriegsschauplatz als
Opfer des Weltkrieges gefallen ist.

Der Verein wird auch diesem
Sangesbruder ein dauerndes An-
denken bewahren. 88/9

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
Kollegen.

Hugo Friedel, Schlosser,

geb. 8. Dezember 1873, Gannstätt.

Max Goffrier, Uhrmacher,

geb. 21. Mai 1875, Rehin.

Otto Habicht,

geb. 21. Februar 1883, Berlin.

Erich Heere, Mechaniker,

geb. 15. November 1891, Berlin.

Hugo Hennig, Mechaniker,

geb. 2. Dezember 1895, Berlin.

Alfred Hoppe, Metallarbeiter,

geb. 18. Februar 1890, Reimisdorf.

Karl Höpfner, Schlosser,

geb. 2. Januar 1886, Berlin.

Wilhelm Johl, Dreher,

geb. 20. April 1890, Reutlitz.

Franz John, Uhrmacher,

geb. 23. Juni 1882, Friedland.

Paul Kallweit, Schlosser,

geb. 15. Juni 1894, Wittenstein.

August Kähne, Pader,

geb. 15. Dezember 1878, Görna.

Max Krüger, Silberarbeiter,

geb. 24. November 1883, Schwelbitz.

Alfred Kuinke, Schlosser,

geb. 30. März 1885, Rummelsburg.

Paul Lenz, Dreher,

geb. 5. März 1890, Wittenburg.

Wilhelm Milke, Klempner,

geb. 25. September 1884, Köpenick.

Max Richter, Rev.-Dreher,

geb. 12. Januar 1894, Sonnenburg.

Otto Ruppert, Gärtler,

geb. 22. Juni 1893, Reutlitz.

Hermann Tiede, Schlosser,

geb. 20. September 1895, Berlin.

Fritz Tretnor, Zifeler,

geb. 1. März 1892, Leipzig.

Otto Wedell, Metallarbeiter,

geb. 4. Februar 1899, Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

116/14

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Fritz Beese, Industriearbeiter.
- Albert Densau, Mineralwasserarbeiter.
- Wilhelm Ehrreich, Straßenbahner.
- Karl Fanghänel, Pader.
- Karl Faustmann, Geschäftsdienner.
- Emil Freidank, Industriearbeiter.
- Wilhelm Lindow, Industriearbeiter.
- Albert Metzging, Droschkenchauffeur.
- Otto Miers, Geschäftsdienner.
- Wilhelm Starke, Fensterputzer.
- Albert Wilde, Kohlenarbeiter.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

64/17

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 11. Mai verstarb unsere
Parteilgenossin

Berta Wendelborn

(Hohenzollernplatz 10, 10. Bezirk).

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 16. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Neu-
köllner Gemeinde-Friedhof, Ka-
riensborger Weg, statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Former

Gustav Müller

(Selbststr. 29, 15. Bezirk)

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits
stattgefunden.

Der Vorstand.

237/13

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bez. Borsigwalde-Wittenau.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schuh-
machermeister

August Macioschek

Schubartstr. 39

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag,
den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr,
auf dem Borsigwalder Friedhof statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Bezirksleitung.

Die Genossen und Genossinnen
treffen sich 3/4 Uhr bei Heider,
Ede Rühlstraße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Silber-
arbeiter

Karl Sachs

am 7. Mai gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Former

Friedrich Schwarze

Reichenberger Str. 42

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

116/15

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Silber-
arbeiter

Bruno Schulz

(geb. 12. 10. 96)

Grenadier-Reg. 12, 5. Komp.

In unglücklichem Schmerz

Mario Schulz geb. Krumpach.

Oskar Schulz. Elsa Schulz.

Mein Blut gab Dir ein Leben,
Das schenkt mir eine Welt;
Die hat mir Licht gegeben:
Neu war mein Tag erhellt.
O Kind, Du Glück auf Erden,
Du bleibst jung mein Blut!
Ich seh Dich mutig werden,
Du wachst auch mit der Welt.
Nicht alles nun zerfallen,
Das Heiligste zerstückelt!
Lach' Euch von Vätern sagen,
Was auslosh in der Welt!
Deine Mutter.
Wenn allen brennen würde
der Schmerz so heiß wie uns,
Dür' dieses Wüsteringen
ein End' von erster Stund'.
Deine einzige Schwester
und Dein Vater.
Hilfsbedürfnis verbieten.

Im treuen Gedenken zum 40. Geburtstag.

Während und fern von seinen
Lieben fand nach zweimaliger
Verwundung am 31. Oktober 1915
den Heldentod fürs Vaterland
mein treuer unvergesslicher Mann,
unser treuherziger Vater, guter
Sohn, Bruder, Schwager und
Onkel, der Bauarbeiter

August Eichler

Landst.-Inf.-Reg. Nr. 3, III./39,
6. Komp., 2. Bataillon,
Ritter des Eisernen Kreuzes.

Die trauernde Witwe und Kinder,
Reutlitz, Siegfriedstr. 42.

Zum letzten Gedächtnis
tränselreicher der Bild, nicht bringt
Dich Bräuen, Guten uns zurück.
Ruhe in Frieden! (6925)

Arbeiter- Radfahrer - Bund „Solidarität“.

Mitgliedschaft Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse

Wilhelm Schulz

5. Abteilung,

am Donnerstag, den 11. Mai,
verstorben ist.

Die Beerdigung findet am
Montag, den 15. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Hädelischen Friedhofes in
Lichtenberg, Mädelstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
9/6 Der Vertrauensmann.

Zum Sterbetage.

Heute vor einem Jahre fiel
auf dem Schlachtfelde mein lieber,
unvergesslicher Mann, der Putz-
schmied

Gustav Kaßdorf.

In schmerzlicher Erinnerung
Deine liebe Frau

Olga Kaßdorf,

Friedenstr. 57.

Im Herzen bleibt Dir' ewig mehr.

Heute nacht 12 1/2 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwieger-Vater, der Rühlhändler

Paul Tschachsall

im 49. Lebensjahre.

Berlin, den 12. Mai 1916.

Elisabeth Tschachsall,
geb. Müller.

Wlfrid und
Erich Tschachsall.

Die Einäscherung findet am
Dienstag, den 16. Mai, nach-
mittags 5 Uhr, im Hädelischen
Krematorium, Reichstraße, statt.

Im Kriegslazarett starb unser innig geliebter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Neffe und Cousin, der Werkzeugmacher

Bruno Gabronsky

im Alter von 19 1/2 Jahren als
Opfer des Krieges.

In großem Schmerz
seine Eltern und Geschwister
Familie Hauneder,
geb. Gabronsky.

Es leuchtet rot des Krieges Pforter
zum Himmel auf in schwerer Not,
Auch und stark einer, der uns
lieb und teuer.

Du bist so schön geblieben,
Du treugesichtiges Herz,
Du hast uns jezt den Frieden,
Und wir den bitteren Schmerz,
Dem Sohne, der gemessen, der
Eitern Stolz und Glück,
den bringt kein Weinen und kein
Juchzen
ins Elternhaus zurück.
Ruhe sanft in fremder Erde.

Im 42. Lebensjahre starb nach kurzem Leiden meine gute Frau, die Mutter ihrer drei unvergess- lichen Kinder

Rosalia Panneck.

Dies zeigt in tiefer Erinnerung an
im Namen der Hinterbliebenen

Julius Panneck,

Belle-Alliance-Str. 67.

Beilegung Montag um 2 1/2 Uhr
Zentral-Friedhof in Friedrichs-
felde. 6876

Im großen Wüsteringen fiel unser Kollege und Genosse, der Bäder

Fritz Albrecht

im Alter von 36 Jahren.

Wir werden seiner nie vergessen,
er war uns stets ein treuer Mit-
arbeiter. 6836

Das Gesamtpersonal d. Zentrale der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Am 3. Mai erlitt im 25. Jahre
auf dem Schlachtfelde das blühende
hoffnungsvolle Leben meines heil-
geliebtesten Sohnes, meines unver-
gesslichen Bräutigams, unseres
herzensguten treueren Bräuers,
Schwagers und Onkels, des Hoch-
bauersmeisters

Franz Friedrich.

Im namenlosen Schmerz für
alle Hinterbliebenen

Helene Friedrich

geb. Buschigt.

Berlin SO, Eglarstr. 111.

Danksagung.

Für die herrliche Teilnahme und
schönen Blumenpenden bei der
Beerdigung meiner unvergesslichen
Lieben Frau sage ich allen Verwandten
und Bekannten meinen innigsten
Dank. 6846

Der trauernde Vater

Alfred Hauritz.

Arbeiter- Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Aus Groß-Berlin. Speisegemeinschaften.

Unter obigem Titel lesen wir in dem „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“:

Die Erfahrungen des Krieges brachten immer neue Vorteile für die außerordentlichen Vorteile einer zentralisierten Verpflegung durch Kriegsküchen und ähnliche Anstalten. Bei aller Anerkennung der Arbeit von Wohltätigkeitsvereinen auf diesem Gebiete (erwähnt sei hier die gemeinnützige „Volks-, Kaffee- und Speisehallengesellschaft“ in Berlin, die täglich 10-12 000 Personen speist und ein nahrhaftes Mittagessen ohne Fleisch für 25 bis 40, mit Fleisch für 50 bis 80 Pf. verabreicht) ist es doch notwendig, die Bildung von Speisegemeinschaften in die Hand der Gemeinden zu legen, um durch planmäßiges und einheitliches Vorgehen auch auf diesem Wege eine Regelung der Lebensmittelversorgung zu bewirken. Die Angliederung von Speiseräumen, in denen das Essen eingenommen werden kann, wird sich häufig erübrigen; der Hauptwert ist darauf zu legen, daß aus gut verteilten Küchen das Essen abgeholt werden kann. Wird es auf diese Weise zahlreichen Familien ermöglicht, gut zubereitete Speisen zu beziehen und am eigenen Tisch zu essen, so wird der Wegfall des eigenen Kochens nicht nur das Familienleben nicht schädigen, sondern es viel eher fördern, weil bei Berufstätigkeit der Hausfrau außerhalb des Hauses sonst ein geordneter Mittagstisch überhaupt nicht möglich ist.

Auch die Anwendung von fahrbaren Küchen wird sich als zweckmäßig erweisen, wo das Essen nur aus größerer Entfernung herangeschafft werden kann und das Abholen für einzelne Bezahler zeitraubend oder durch andere Umstände schwierig ist. Geringere Kosten wird der einfache Küchenbetrieb, der in den meisten Fällen ausreichen dürfte, erfordern. Noch jetzt wird in der Küche einer gemeinnützigen Gesellschaft in Berlin, die für etwa 1000 Personen täglich kocht, ein Essen aus 60-70 Gramm Fleisch, einem Pfund Kartoffel und Lunte oder Gemüse hergestellt, dessen Kosten für die Portion an Lebensmitteln 30 Pf. erfordern. Bei den Küchen der Kriegsfürsorge in Frankfurt a. M. betrug der Herstellungspreis des Essens im März durchschnittlich 33 Pf., wovon 28 1/2 Pf. auf Lebensmittel und 4 1/2 Pf. auf Unkosten entfielen, wobei Abschreibungen auf die Einrichtungen schon berücksichtigt wurden. Das Essen bestand aus einer Suppe und einem Gang Fleisch, Gemüse, Fisch oder dergleichen, ab und zu gab es hierzu auch Salat oder Kompott.

Angesichts derartiger Verpflegungsleistungen müssen alle Bedenken gegen die Einrichtung von Speisegemeinschaften für die Kriegszeit schweigen. Für die Teilnehmer wird der Essenbezug auch dann noch äußerst vorteilhaft sein, wenn die Gemeinden bei der Bemessung des Preises alle Aufwendungen reichlich kalkulierbar. Selbstverständlich kann dabei jede einzelne Verwaltungsstelle Beziehungen mit Rücksicht auf eine etwaige Notlage Preisermäßigungen nach Belieben gewähren. Bei der Ausgabe des Essens selbst sollten indes solche Ermäßigungen in keiner Weise erkennbar sein. Beachtung verdient der Vorschlag, den Angehörigen von Kriegsteilnehmern einen Teil der kommunalen Unterstützungsgelder in Anweisungen auf Essen an die Speisegemeinschaft zu geben. Das kann und soll natürlich nicht Kürzung eines Rechtes, sondern wirksame Hilfe für die Familienmitglieder unserer Krieger bedeuten; die Familienväter im Felde werden die Sicherstellung ihrer Lieben, die dabei gut fahren werden, gewiß wohlwollend empfinden.

Je größer der Teilnehmerkreis der Speisegemeinschaften wird, um so größere Bedeutung erlangt die Zentralisierung des Einkaufs für diese Betriebe, weil dadurch der freie Markt von Konsumtentscheidungen entlastet wird, deren unorganisierte Bedarfsdeckung häufig vermeidbare Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung hervorruft. Es können die Speisegemeinschaften ferner Lebensmittel heranziehen, die in den Einzelhaushaltungen aus vielerlei Gründen nicht zur Verwendung kommen. Mit der Einführung von Speisegemeinschaften in allen Teilen des Vaterlandes können gewährleistet werden, daß jedermann vor Mangel und Mangelernährung geschützt wäre; niemand würde mehr zu zweifeln wagen, daß wir mit

unseren Lebensmitteln auskommen und gut auskommen können.

Es ist bekannt, daß der Minister des Innern den Gemeinden die Herstellung und Abgabe fertiger Speisen empfohlen hat. Vichtenberg hat bereits seine Gulaschkanone in Gang gesetzt und in Berlin sind Erwägungen im Gange darüber, inwieweit in einer Millionenstadt die gegebene Anregung befolgt werden kann. Bei Kriegsbeginn richtete bekanntlich das Rote Kreuz in Berlin Speisestellen durch Wächter ein, die nach Behebung der größten Arbeitslosigkeit wieder eingingen. Wenn jetzt für größere Kreise fertiges Essen hergestellt und abgegeben werden soll, so würden Tausende von Frauen diese Einrichtung freudig begrüßen, wenn Essen geliefert wird, das schmackhaft, nahrhaft und preiswert ist, und wenn auch eine Mitkontrolle der Speiseherstellung durch die Verbraucher am besten durch Frauen gewährleistet ist; sonst wird es nur eine neue bürokratische Einrichtung und eine Armenhospitalküche, die den Bedürfnissen nicht entfernt gerecht ist. Das ist das Entscheidende. Und diese Aufgabe in Berlin zu lösen, ist keine leichte, zumal der Absatz ein sehr ungewisser und stets wechselnder sein dürfte.

Der Verein für Berliner Kinderkolliken hat an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der dargelegt wird, daß die Einrichtung fahrbarer Küchen namentlich in der Großstadt unzuverlässig sei. Der Verein, der überall dabei sein will, bietet sich an, die Sache selber zu machen. Er schreibt in seiner Eingabe:

„Es erscheint uns schon vom polizeilichen Interesse aus gesehen nicht unmöglich, daß diese Art der Speisung zu unliebsamen Massenansammlungen auf der Straße führen kann, insbesondere, wenn die zunehmende Knappheit an Lebensmitteln die Inanspruchnahme der Bevölkerung steigern und es so mit sich bringen sollte, daß die einzelnen Wagen die Nachfrage nicht befriedigen könnten. Abgesehen davon kann die Einrichtung auch nicht als den Anforderungen der Hygiene entsprechend angesehen werden, da es unternahmlich ist, daß Staub und Schmutz der Straße in eine gewisse Verährung mit den Speisegefäßen tritt.“

Wir haben uns deswegen entschlossen, falls wir die Unterstützung der hohen Behörden finden sollten, neben unseren in allen Stadtteilen vertretene Speiseanstalten in der Nähe derselben Läden zu eröffnen, wofür nur Speisen zum Abholen abgegeben werden. Dadurch wird erreicht, daß die Entnahme der Speisen sich nicht nur auf eine ganz bestimmte knappe bemessene Zeit beschränkt — wie bei den fahrbaren Küchen an den einzelnen Haltepunkten — sondern daß zur Abholung eine geräumige, den Bedürfnissen der Familien gerecht werdende Frist gestellt werden kann. Hierdurch wird aber auch ferner erreicht, daß die Benutzung auch den Teilen des Publikums möglich ist, welche sich aus Rücksicht auf ihre soziale Stellung keinesfalls an einem Wagen auf der Straße aufstellen können.“

Mit seinen Kinderkolliken hat der Verein leider nicht geleistet, was im Interesse der Ernährung der Kinder wünschenswert und notwendig war, die Bürgerlichen des Vereins scheinen schon mehr zu leisten. Ob bei der Inangriffnahme einer Massenpeisung und Abgabe des fertigen Essens an Familien durch den Verein der letztere der Ereignisse zur Ausführung des Unternehmens ist, müssen wir fraglich bezweifeln.

Wir glauben, daß auch diese Aufgabe die Gemeinde selber lösen soll und sie wird das trotz aller im Augenblick sich ankündigenden Hindernisse. Wie wir hören, sollen zunächst Bewohner bestimmter Stadtteile versuchsweise mit fertigen Speisen versehen werden. Die Erfahrung soll lehren, welcher Weg der praktikabelste ist.

Zustände am Lebensmittelmarkt.

Der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ schreibt: „Unser Lebensmittelmarkt bietet ein eigenartliches Bild. Er führt gewissermaßen ein Doppelleben; auf der einen Seite im Verbrauchsbereich Knappheit, häufig genug Unermögen, bestimmte Lebensmittel überhaupt zu erlangen; auf der anderen Seite führt die Ware ein sehr intensives Leben in der „Zirkulationsphäre“, im Umschlag von Hand zu Hand. Unbestreitbar ist unser Lebensmittelverkehr in großem Umfange Spekulationsobjekt geworden. Wohl zu beachten: wir erkennen voll die Berechtigung und die ökonomisch wertvolle Leistung des legitimen Handels an; wir würden ihn nicht entbehren wollen. Aber gerade die Interessen dieses legitimen Handels und der Verbraucher bedürfen der Beachtung, daß den unredlichen Elementen das Handwerk gelegt werden würde man, wie das schon längst hätte geschehen sollen, genau die

Anzeigenteile der Zeitungen durchsehen, so wählte man, wo die Ware steck, welche merklich verbilligere Wege sie wandelt, ehe sie in den Verbrauch kommt — vorausgesetzt, daß sie nicht vorher verbirbt —, und wer die „Schieber“ sind. Die Anzeigenteile mancher großen Blätter sind zu Warenbörsen geworden, auf denen derselbe Händler, häufig in getrennten Anzeigen, anbietet und nachfragt, oft genug mit dem bezeichnenden Vermerk: „jeden Posten von Lebensmitteln“. Der Kundige kann deutlich beobachten, wie diese Börse auch schon ihre besonderen Usancen der Warenmenge und der Verkaufsbedingungen entwickelt. Was scharfe Kritik herausfordert, ist das wahllose Aufkaufen großer Posten von Lebensmitteln und die wahllose Nachfrage nach ebensolchen Mengen; noch schärfere Kritik verdient es, wenn derselbe Händler grundverschiedene Dinge, die er sicherlich nicht mit Fachkenntnis und sachverständiger Pflege behandeln kann, anbietet: z. B. Schinken, Rindfleisch, Leinöl und Schmierseife, oder Stoff und Dreifloß, Leinöl, Terpentin, Eldr und Putzwa Waas oder Eisenbleche und Seelachs; oder etwa Nachfrage erhebt nach „kondensierter Milch, Kunsthonig, Kunstspeisefleisch, Säuerlichern, Tortenpulver, Dextrin und anderen Lebensmitteln“. Alle diese Beispiele sind einige wenige aus dem Anzeigenteil einer Nummer einer einzigen Zeitung. Hier liegt ein dringendes öffentliches Interesse vor, und es ist höchste Zeit, für seine Wahrung einzutreten. Der Lebensmittelmarkt ist heute so ausgeprochen mit dringenden Interessen der Allgemeinheit verknüpft, daß er zu „treuen Händen“ verwaltet werden muß; und wenn für die Erkenntnis und für die Beachtung dieser allgemeinen Interessen das nötige Organ fehlt, den sollte man rücksichtslos aus ihm entfernen.“

Erhöhung der Kartoffelpreise.

Mit Rücksicht darauf, daß der Erzeugerpreis für Kartoffeln am 15. April bereits um 25 Pf. gestiegen ist und eine gleiche Steigerung am 15. Mai 1916 nach den Bestimmungen der Bundesratsverordnungen eintritt, ist der Kleinhandelshöchstpreis um den gleichen Betrag, nämlich um 50 Pf. für den Zentner, also auf 70 Pf. für 10 Pfund Kartoffeln ab 15. Mai erhöht worden.

Auch das noch in dieser teuren Zeit!

Regelung der Fleischverteilung in Berlin.

Der Magistrat teilt mit: Um der Möglichkeit vorzubeugen, daß die Gastwirtschaftsbetriebe in einem den heutigen Zeitverhältnissen nicht entsprechendem Umfang zum Schaden der Haushaltungen mit Fleisch sich eindenken können, hat der Magistrat Berlin Anordnungen getroffen, daß auf diese Betriebe in Zukunft nur ein der allgemeinen Vertriebsmöglichkeit angepaßter Bruchteil ihres bisherigen Bedarfs entfällt. Es werden nämlich vom Magistrat Bezugscheine ausgegeben werden, auf die allein an die bezeichneten Betriebe Fleisch geliefert werden kann.

In der Presse ist die Auffassung ausgesprochen worden, als ob der Magistrat von Berlin, bevor die Zufuhr von Vieh nach Berlin befriedigend geregelt ist, in der Verteilung des Fleisches auf die Bevölkerung nicht weiter zu gehen beabsichtige, als er es bisher schon getan hat. Diese Auffassung trifft nicht zu. Der Magistrat wird bereits in den nächsten Tagen eine Regelung eintreten lassen, welche verhütet, daß Fleisch in beliebiger Menge an irgendeinen Käufer abgegeben werden kann. Die Menge, welche jeder Verteilung zugrunde gelegt werden muß, wenn nicht Berlin empfindlich hinter den anderen Gegenden des Reiches zurückbleiben soll, ist mindestens 1 Pfund für die Woche und für den Kopf der Bevölkerung. Es wird alsbald dafür Sorge getragen werden, daß der Verkauf an den einzelnen Käufer auf diese Menge beschränkt bleibt. Eine endgültige befriedigende Regelung kann aber unbedingt erst dann erreicht werden, wenn die Berliner Bevölkerung die Sicherheit erlangt hat, daß sie eine gleiche Menge erhält, wie die übrige Bevölkerung des Deutschen Reiches. Was die Höhe der Zufuhr von Schlachtvieh nach Berlin anbelangt, so hat sie sich bei Schweinen etwas gehoben, bei Schafen und Rindern dagegen nachgelassen.

Die Morgensuppe.

Der Kriegsausbruch für Kaffee und Tee schreibt: „Kaffee und Tee sind heute knapp in Deutschland. Das ist der richtige Zeitpunkt, um sich der guten alten Morgensuppe zu erinnern, die bei unseren Vorfahren nie fehlen durfte. Im wesentlichen aus Weizen- oder Roggenmehl hergestellt, bot sie dem Körper die Sättigung und Kräftigung, nach der er früh verlangt, und der Wohlgeschmack ließ nichts zu wünschen übrig. Jetzt wird von den ersten Sachverständigen dringend empfohlen, der Morgensuppe wieder ihren alten Ehrenplatz im deutschen Hause einzuräumen.“

Es ist nämlich hierbei zu berücksichtigen, daß man des früheren Schulbeginns wegen die Kinder nicht einfach eine Stunde früher zu Bett schicken kann, um ihnen die eifständige Schlafenszeit zu verschaffen. Die Heißheit der langen Sommerabende und die oft sehr drückende Schwüle lassen die Kinder meist nur sehr schwer um 8 Uhr Schlaf finden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß durch die Aufregungen des Spieles im Freien zudem noch das Einschlafen erschwert wird. Und jetzt übertrumpft man die Schäden des früheren Gebrauches dadurch, daß man den Schulbeginn noch eine Stunde früher legt, die Kinder also um zwei Stunden notwendiger Ruhezeit bringt.

Will es einem schon schwer in den Sinn, daß der beherrschende bürokratische Apparat alle Rücksicht auf die kindlichen Bedürfnisse in den Wind schlagen kann, so begreift man nicht, wie die Lehrer dazu so ruhig sein können. Sie haben doch all die Bekümmerten mit zu ertragen, die die Verkürzung der Schlafzeit für die Kinder im Gefolge hat. Aber besonders ihr Gewissen möchte sie zum Anwalt der Kinder bestellen, denen hier solche Unbill widerfährt. Ihr Verantwortungsgefühl vor dem Wert der Jugend muß ihnen doch höher stehen als eine gute Verträglichkeit, die sie sich etwa durch ihr Schweigen bei einer so wichtigen Frage verdienen könnten.

Unsere Forderungen nach Berücksichtigung der Notwendigkeit für die Kinder sind auch keineswegs übertrieben und in der Praxis unausführbar. Wir wissen, um nur einige Beispiele herauszugreifen, daß in Amsterdam der Schulbeginn das ganze Jahr hindurch auf 9 Uhr festgesetzt ist; Wässel und Paris auf 8 1/2 Uhr, Wien, Lüttich und Bremen auf 8 Uhr. Von Hamburg ist uns bekannt, daß der Unterricht dort im Sommer um 8, im Winter um 9 Uhr seinen Anfang nimmt. In Zürich modifiziert man die Schulzeit verhältnismäßig nach der Sommerzeit: Der Unterricht beginnt während der Zeit vom 1. Mai bis 15. September um 7 Uhr, vom 16. September bis 30. November um 8 Uhr; vom 1. Dezember bis 31. Januar, den längsten Tagen, um 8 1/2 Uhr, vom 1. Februar bis 30. April um 8 Uhr.

Freilich, wer unsere Bürokratie kennt, der wird sich nicht zu der Hoffnung versteigen, daß sie solcher Beweglichkeit im System zugänglich wäre und ihre Maßnahmen den fürlicheren äußeren Verhältnissen angleichen würde. Aber eins können und müssen wir verlangen, daß sie sich bequemt, das Recht der Kinder etwas mehr zu respektieren, das Menschliche nicht völlig unbeachtet zu lassen. Und dazu gehört, daß die Schulzeit mindestens die alte bleibt, d. h. daß der Schulbeginn, an der neuen Zeit gemessen, eine Stunde später gelegt wird.

Die Sommerzeit in der Schule.

Man schreibt uns:

In den vielen Schlagwörtern, die man für unser Jahrhundert geprägt hat, gehört auch das, daß es das Jahrhundert des Kindes sei. Und in der Tat, wenn man die Bemühungen und Anstrengungen überblickt, die von wahren Kinderfreunden unternommen werden, um dem Kinde in der Erziehung zu verschaffen, was des Kindes ist, so könnte man verücht sein, hinter diesem Schlagwort auch die Wirklichkeit zu finden, ihr Glauben und Gütigkeit beizumessen. Leider stehen die rauhen Tatsachen des Lebens dazu in striktem Gegensatz und vorurteillose Beobachter sowie erfahrene Pädagogen und Kenner des herrschenden öffentlichen Erziehungssystems belegen uns das täglich mit neuen Beweisen.

Zugegeben wird gerechterweise, daß die Pädagogik in der Theorie wohl human geworden ist, daß aber die Praxis, von einigen über den wirklichen Sachverhalt nicht hinwegtäuschenden Neuherlichkeiten abgesehen, bedauerlicherweise von der modernen Erkenntnis noch gar nicht befruchtet worden ist. Erst kürzlich wurde das hier nachgewiesen an der Unnatur des ersten Schulunterrichts. Jetzt tritt uns die gleiche Erscheinung entgegen bei der Einführung der Sommerzeit in der Schule.

Das Kind ist bloßes Erziehungsobjekt. Verbliebliche Anweisungen und Rezepte schreiben ihm seine Bedürfnisse vor. Und es mühte der Schule Subjekt von höchstem Werte sein, das sie mit Takt, mit Wohlwollen und Geduld pflegen und erfordern, dessen Wert zu erhöhen ihr heiligstes Bestreben sein sollte. Dazu ist natürlich in erster Linie erforderlich, daß man das Kind und nicht bedürftliche Anweisungen zum Mittelpunkt der Erziehung macht, daß man seine Bedürfnisse für alle Veranstaltungen der Schule von ausschlaggebender Bedeutung sein läßt.

Einen harten Eingriff, ja geradezu eine Attat auf das Wohl und das darin begründete Recht des Kindes bedeutet die Einführung der Sommerzeit auch in der Schule. Die Maßnahme erscheint uns eine eminente Bedrohung der körperlichen und geistigen Gesundheit, und der Entwicklung des Kindes. Als öffentliche Anwalt haben wir die Pflicht, uns gegen solche Maßnahmen zur Wehr zu setzen.

Der menschliche Organismus ist nun einmal keine Maschine, die bei einem sich gleichbleibenden Quantum Kohlen jederzeit auch die gleiche Arbeit leistet. Er ist vielmehr ein sehr empfindliches Barometer, das auf jede Veränderung der körperlichen und geistigen Bedingungen in günstiger oder ungünstiger Weise promptest reagiert.

Diese Reaktion auf veränderte Verhältnisse ist bei den in der Entwicklung begriffenen, gegen äußere Einflüsse weniger widerstandsfähigen Kindern noch viel stärker. Die Nichtbeachtung des schädlichen Einflusses von Schulmaßnahmen bedeutet eine Verändigung am Kinde.

Die großen Hygieniker haben immer wieder mit allem Nachdruck die Notwendigkeit ausreichenden Schlafes für Schulkinder betont. Neben ungenügender Nahrungszufuhr wird von ihnen immer wieder der zu kurze Schlaf der Kinder als die Hauptquelle der unglücklichsten Erscheinungen bezeichnet, die der Ausnahmefähigkeit der Kinder beim Unterricht Schwierigkeiten bereiten, und die sich in Verlangsamung der sprachlichen Fähigkeiten, in Störungen beim Vorstellungsdarstellung, in mangelhaftem Gedächtnis usw. äußern. Sie sind physiologisch bedingt in der Verringerung der Muskelkraft und Resistentität. Jetzt müssen diese Lebensbedingung doppelt stark sich fühlbar machen, wo die Ernährungsfrage durch die Kriegslage eine so gewaltige Rolle spielt: das im Nährwert zurückgelegte Brot, der Mangel an angereicherten Fettsäuren und Kohlenhydraten. Die Befundungen des Charlottenburger Schularztes über das Zurückbleiben der Schulkinder im Wachstum und die Verringerung der Gewichtszunahme reden doch wahrlich eine deutliche Sprache.

Wenn wir nun die ungenügende Nahrungszufuhr schon als vorhandenen Faktor in die Rechnung einziehen müssen, so sollte man meinen, würde man mindestens versuchen, die andere Hauptquelle für die Verhinderung der jugendlichen Entwicklung nach Möglichkeit zu verstopfen, indem man den Kindern wenigstens ausreichenden Schlaf verschafft. Das gerade Gegenteil ist der Fall! Man verkürzt den Schlaf und multipliziert dadurch die Gefahr.

Von erfahrenen Kinderärzten und von einsichtigen Pädagogen wird auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen ein mindestens eifständige, tiefer Schlaf als zur Erholung nötig gefordert, der nur in den letzten Schuljahren eine angemessene Verkürzung erfahren dürfte. Um diese Forderung zu erfüllen, ist es notwendig, daß die Kinder mindestens um 8 Uhr abends zu Bett gehen, vorausgesetzt, daß als Unterrichtsbeginn 8 Uhr normaler Zeit gilt. Denn als ausreichende Zeit für Waschen und Ankleiden, für das Einnehmen des Zubettes ohne Ueberhastung, für das Zurücklegen des Schulweges ohne Post — die physiologischen Voraussetzungen für einen gedeihlichen Unterricht — ist eine Stunde nicht zu hoch angesetzt und dabei ein kurzer Schulweg im Auge behalten. Danach mühte also das Kind bereits um 7 Uhr aufstehen. Der seitherige Brauch, während der Sommermonate die Kinder um 7 Uhr zur Schule zu laden, kostete diesen daher schon eine Stunde des notwendigen ausreichenden Schlafes.

Die Roggen- oder Weizenluppe ist schmackhaft, herzhast und nahrhaft. Die wichtigsten Nährwerte des Getreides sind in ihr unberührt enthalten, und wie wir uns das unentbehrliche Brot niemals „überessen“ können, so wissen diejenigen, die in einzelnen Gegenden Deutschlands von alter Zeit her an ihrem Morgenbrot bis zum heutigen Tage festgehalten haben, wie sehr es ihnen alle Tage von neuem mundet. Es ist vielfach üblich, ein Stück Brot dazu zu essen oder auch in die Suppe zu schneiden, damit dem Magen auch etwas feste Nahrung geboten wird. Um den Geschmack zu verbessern, tun besonders Feinschmecker etwas Schnittlauch, Petersilie oder Kerbel feingeschnitten hinein.

In der allernächsten Zeit werden von Reichswegen besondere Maßnahmen getroffen werden, um den größten in Frage kommenden Betrieben Deutschlands die Herstellung eines billigen und guten Morgenbrotstoffs mit etwas Fettzusatz zu ermöglichen. Man darf sicher erwarten, daß die weitesten Kreise unseres Volkes von dieser Gelegenheit eifrig Gebrauch machen werden. „Der lange Suppt, lebt lange!“ sagt ein sehr altes Sprichwort. Und wer gleich am Morgen dem Körper einwandfreie Nährwerte in bestmöglicher und wohlschmeckendster Form zuführt, schafft eine gute Grundlage für den ganzen Tag.

Wie leicht sorgt der Kriegsausbruch für Kaffee und Tee auch dafür, daß den Familien das zur Morgensuppe nötige Mehl geliefert wird, sonst dürfte sein Vorschlag kaum ausführbar sein.

Bekanntmachung.

Berlin, 13. Mai. (B. L. B.) Nachdem der Verkehr mit Kaffee durch reichsrechtliche Bestimmungen für das Deutsche Reich einheitlich geregelt worden ist, setze ich meine Bekanntmachung über den gleichen Gegenstand vom 15. 3. 16 — Z. Nr. 68 913 — hiermit außer Kraft.

Der Oberbefehlshaber.

Gen. v. Kessel, Generaloberst.

Für die „Armenkasse“.

Die Armenpflege der Stadt Berlin hatte früher aus milden Gaben wohlhabender Personen beträchtliche Einnahmen, die als Beitrag zu den Gesamtkosten willkommen waren. Im Laufe der Zeit sind diese Spenden gegenüber den aus dem Stadtbüchlein bewilligten, immer mehr gestiegenen Mitteln ganz bedeutungslos geworden, aber einiges fällt auch jetzt noch für die „Armenkasse“ ab. Neben die Zuwendungen, die der Armenverwaltung überwiesen werden, berichtet der Magistrat halbjährlich an die Stadtverordnetenversammlung. Die neueste ihr vorgelegte Liste der Spender und der Spenden, die sich auf das Halbjahr vom Oktober 1915 bis zum März 1916 erstreckt, bringt nicht viel. Unter Vermächtnissen wird das eines Landsturmmannes genannt, der für den Fall seines Todes ein Sparlängenguthaben von 1100 M. der Armenverwaltung vermacht hat. Die eingegangenen Geschenke sind von sehr ungleicher Höhe: 2000 M. beträgt die größte Spende — und ihr Gegenstück sind Gaben von 8 M. und 2 M. Die 2000 M. wurden geschenkt mit der Bestimmung, für 100 Berliner Kinder je ein Sparlängenguthaben über 20 M. anzulegen. Einige Spender haben nicht bares Geld gegeben, sondern Kleidung und Nahrung. Bei einer Konfektionsfirma ist als Spende vermerkt: „Damen- und Kindermäntel für die Armen“. Jemand schenkte 16 Gentner Äpfel für die 80 Almosenempfängerinnen einer bestimmten Armenkommission. Auch die Beträge, die für „Ablösung der Neujahrsgratulationen“ gezahlt wurden, sind in dieser Liste gebucht. Sie stellen sich alles in allem auf nicht mehr als 1880 Mark 65 Pfennige. Die Namen der einzelnen an der Ablösung sich beteiligenden Spender wurden ohne Angabe der von ihnen gezahlten Einzelbeträge in der Neujahrszeit durch das „Gemeindeblatt“ bekanntgegeben.

Vorortsschulkinder in Gemeindefschulen Berlins.

Die Stadt Berlin läßt zum Besuch ihrer Gemeindefschulen auch Kinder zu, die in den Vororten wohnen. Sie gewährt aber diesen Kindern den Unterricht nicht unentgeltlich, sondern fordert von ihnen ein Schulgeld, das auf 2,50 M. für den Monat bemessen ist. Die Einnahme aus solchem Schulgeld hielt sich noch vor etwa einem Jahrzehnt zwischen 17—18 000 M. für jedes Jahr, sank dann im Schuljahr 1908/09 auf 16 277 M. und betrug in den fünf Schuljahren 1909/10 bis 1913/14 nur 14 167 M., 14 971 M., 15 841 M., 14 855 M., 14 870 M. Den Rückgang mußte man wohl größtenteils daraus erklären, daß infolge fortschreitenden Ausbaus des Schulwesens der Vororte die Benutzung der Gemeindefschulen für Kinder von Vorortbewohnern sich mehr und mehr erhöhte. Aber auch das wirkte sicherlich mit, daß von 1908/09 ab den in Vororten wohnenden Lehrern Berlins für ihre die Berliner Gemeindefschulen besuchenden Kinder die bisherige Schulgeldbefreiung entzogen wurde. Einen erneuten Rückgang brachte dann das Schuljahr 1914/15, wo die Schulgeldeinnahme auf nur noch 11 864 M. sank. Hinter der Einnahme aus 1913/14 blieb sie um volle 2500 M. zurück. Wie mag diese ungewöhnlich starke Minderung zu erklären sein?

Um das Verlangen der Heberbrückung des Nordring der Stadtbahn zwischen Malmder und Hader Straße handelte es sich bei einem Rechtsstreit zwischen der Stadt Berlin und dem Eisenbahnstaat. Gegen den Fiskus, vertreten durch die Eisenbahndirektion Berlin, hatte die Stadt Berlin die Klage erhoben und beantragt, festzustellen, daß der Fiskus verpflichtet sei, die Malmder und die Hader Straße durch eine über den Nordring zu führende Brücke zu verbinden. Die Stadt stützte sich auf Verhandlungen, die der Anlegung des Nordrings in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts vorangegangen sind. Daraus leitete sie die Verpflichtung des Eisenbahnstaats her. Die beiden genannten Straßen waren nach einem alten Bebauungsplan als eine Straße 9 vorgesehen. Infolge der Anlegung des „Berlinder“ (Nordring) endeten sie am Bahngelände, das hier den Strahlenzug durchschneidet.

Der Fiskus bestritt, daß er sich damals verpflichtet habe, hier eine Brücke über die Bahn zu führen.

Der Bezirksausschuß entschied jedoch nach dem Antrage der Stadt dahin, daß der Eisenbahnstaat die Verpflichtung habe, die beiden Straßen durch eine Brücke zu verbinden. Der Bezirksausschuß leitete die Verpflichtung unter anderem aus dem ministeriellen Erlaß von 1889 her, durch den die Genehmigung des Bahnprojekts ausgesprochen worden war. Dadurch sei landespolizeilich der Eisenbahn die Beachtung gewisser Vereinbarungen aufgegeben worden. Danach sei für den Fiskus eine Wegeabgabe bezüglich desjenigen Teils der früheren Straße 9 entstanden, um den es sich hier handele, nämlich des jetzt vom Bahngelände durchschnittenen Teils. Somit wäre der Fiskus zur Herstellung der Verbindung zwischen der jetzigen Malmder und der jetzigen Hader Straße durch eine Brücke verpflichtet.

Das Oberverwaltungsgericht hob aber dies Urteil auf und wies die Klage der Stadt Berlin ab, indem es zur Begründung ausführte:

Die königliche Verpflichtung für den Fiskus sei zu verneinen. Es habe hier allerdings schon seinerzeit eine Fiskuslinie bestanden, wonach die jetzigen beiden Straßen ab Straße 9 eine einheitliche Straße bilden sollten. Der ursprüngliche Fluchtlinienplan sei aber nachträglich geändert und die Fluchtlinie hier aufgehoben worden, ohne daß dann eine neue Fluchtlinienfestsetzung erfolgt. Damit fehle es an einer wesentlichen Voraussetzung für das Verlangen der Stadt. Und im übrigen fehle auch das Einverständnis der Polizei zur Heberbrückung des Bahngeländes.

Die Metallkammern der hiesigen Gas-Revisionsinspektionen sind nur noch bis Sonnabend, den 20. Mai d. J. einschließlich, und zwar in der Zeit von 8—10 Uhr vormittags geöffnet.

Die zur Ablieferung verpflichteten Personen und Betriebe, die sich noch im Besitz der durch die Verordnung des Kriegsministeriums vom 16. November 1915 der Enteignung unterliegenden Gegenstände aus Kupfer, Messing, Reinnickel befinden, werden nochmals zur sofortigen Ablieferung aufgefordert. Nach Schließung der Sammelstellen erfolgt die zwangsweise Einziehung. Abgesehen davon, daß die Vollstreckung mit hohen Kosten für die Säumigen verbunden ist, tritt strafrechtliche Verfolgung ein. (Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre.)

Geschäftstätigkeit der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Woche vom 17. bis 23. April 1916.

Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 238 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 34, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 12, bewilligt 211. Ausgeschlossen aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritt in Arbeit oder Erwerb) sind 111 Personen, 168 männliche und 2345 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrage von 12323 M., davon je 4 M. 2742 Personen, je 5 M. 271 Personen.

Von der Stadt wurden an 445 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst jagungs-gemäß Unterstützung zu gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrage von 1488,33 M. gezahlt. Hiervon trafen auf die freien Gewerkschaften 411 Mitglieder mit 1847,85 M. (und zwar Metallarbeiter 271,30 M., Holzarbeiter 176,10 M. u. m.).

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 22 184 bei ihr überhaupt bis 22. April 1916 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überweisen, teils von den Organismen ihr eingereichten Gesuchen 15 396 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind zwei Personen hinzugekommen.

In der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin fanden gestern Beratungen statt. betr. Einsetzung einer Marktkommission, welche bei jedesmaliger Zufuhr von Getreide sofort Richtpreise für den Groß- und Kleinhandel festsetzen soll. Des weiteren wurde beschlossen, auch an der Hand der von der Zentral-Einkaufsgesellschaft wöchentlich bekanntgegebenen Marktpreise für Salzheringe Kleinhandelsrichtpreise durch eine Kommission festsetzen zu lassen. Auch die Frage der Festsetzung von Richtpreisen für Kaufwaren soll in ähnlicher Weise geregelt werden.

Tödlcher Straßeneinfall.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen einem Milchwagen und einem Straßenbahnzuge ereignete sich am Freitag nachmittag gegen 2 Uhr an der Ecke der Widmann- und Reithstraße. Dort fuhr ein Milchwagen der Meierei Volle gegen den Strömung der Straßenbahnzuges der Linie R. Der Anprall erfolgte mit solcher Wucht, daß der Fahrer des Milchwagens Erich Schulz und die Mitfahrerin Krähstow von ihren Sigen geschleudert wurden. Schulz erlitt beim Aufschlagen auf das Strohpflaster einen schweren Schädelbruch, während die Begleiterin mit einigen Quetschungen und Hautabschürfungen davon kam. Sch. wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Bülowstraße gebracht; dort ist er bald nach seiner Aufnahme an den Folgen der erlittenen schweren Verletzung gestorben.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich die 40 Jahre alte in der Holmannstraße 42 wohnende Frau A. Grönert. Da die Frau die Wohnungsmiete nicht zahlen konnte, wollte sie ausziehen. Die Diebstahl wurden von der Portierfrau an dem Fortschaffen der Möbel gehindert. Das regte die Frau G. so auf, daß sie beschloß, sich mit Gas zu vergiften. Als man sie aufsand, war sie schon tot.

Aus einem fahrenden Zuge gefallen und schwer verunglückt ist vorgestern abend gegen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr eine unbekannte Frau auf der Strecke zwischen dem Zoologischen Garten und Tiergarten. Der Verunglückten, die einen Stadtbahnzug benutzte, wurde der rechte Unterschenkel abgefahren und der linke Fuß zermalmt. Sie wurde zunächst nach dem Reservelazarett Tiergartenhof und von dort nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Die Unbekannte, die Trauerkleidung trug, ist etwa 40 Jahre alt und scheint den besser gestellten Kreisen anzugehören.

Einer der ältesten Droschkentreiber war der 75 Jahre alte Josef Rodemann, der sich dieser Tage das Leben nahm. Ein Rentneralter hatte er auf dem Rutscherbock gefessen, aber so viel brachte der Verkauf nicht ein, daß der Alte sich etwas zurücklegen konnte. Und als es dann nicht mehr ging und kein Ausweg mehr war, machte der Alte selber ein Ende.

Auf Antrag der städtischen Rechtsanwaltschaft in Reußlin ist dem früheren Theateragenten Karl Albert Sacke, der in Berlin, Rosenthaler Str. 16/17, eine sogenannte Kino-Fachschule betrieb und zahlreiche Schüler durch Abschluß von Engagementsverträgen auf ein Jahr und zum Abschluß von Lehrverträgen veranlaßte, durch Entscheidung des Oberkommandos in den Ranken jede Lehrtätigkeit für Theater, Kino und verwandte Berufszweige, sei es in eigener Person oder auch durch dritte Personen, untersagt worden.

Aus den Gemeinden.

Gulafkanonen für Charlottenburg.

Die Einrichtung der Speisung aus fahrbaren Feldküchen bricht sich immer mehr Bahn. Nun ist auch die Stadt Charlottenburg dazu übergegangen, solche einzuführen. In der Rehring-, Amobels-dorf- und Kösdamer Straße im Westen Charlottenburgs, wie auch im Norden in der Helmholz- und Reußlinstraße, wird von Montag, den 15. Mai, ab Mittagessen an dort wohnhafte Personen aus fahrbaren Feldküchen ausgegeben werden. Die Speisen werden abwechselnd aus Reis, Graupen, Gemüsen mit Kartoffeln und Fleisch bestehen. Der Beginn der Essenausgabe ist 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags. Es werden Portionen zu 1, 1 $\frac{1}{2}$, 2, 2 $\frac{1}{2}$ und 3 Liter abgegeben. Der Preis für das Liter beträgt 35 Pf., 1 $\frac{1}{2}$ Liter kosten 55, 2 $\frac{1}{2}$ Liter 90 Pf. Das Essen wird in der Küche des Vaterländischen Frauenvereins im Uckerland zubereitet werden.

Kriegsflügel in Charlottenburg.

Die inländische Lederproduktion wird seit Kriegsausbruch zum größten Teil von der Militärverwaltung in Anspruch genommen. Die Verhältnisse haben es daher mit sich gebracht, daß für die Lederlöcher solche aus anderen Stoffen hergestellt werden müssen. Es ist der Industrie gelungen, Schuhe mit Golschollen zu erzeugen, die selbst von Personen mit Plattfüßen oder Strampfadern getragen werden können. Die Charlottenburger Stadtverwaltung hat mit Rücksicht auf die allgemeine Lederknappheit für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer, wie überhaupt für die minder bemittelte Bevölkerung solche sogenannten Kriegsflügel eingeführt.

Aus der Schöneberger Gewerkschaftskommission.

In der letzten Sitzung hielt Genosse Otto Bräuner einen interessanten Vortrag über die „Fürsorge für Kriegsbeschädigte“. In Verlaufe der sich anknüpfenden regen Diskussion wurde von allen Rednern das Verfahren des Magistrats bemängelt, der von den durch die Gewerkschaftskommission Berlins vorgeschlagenen Vertrauensleuten und Berufsvertretern nur einige zum Eintritt über-

nommer berufen hat. Der Ausschuß der Kommission wurde beauftragt, an den Magistrat eine Anfrage zu richten, um eine Klärung in dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Der Potsdamer Oberbürgermeister über die Lebensmittelversorgung.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde gelegentlich der Verhandlung über einen Antrag auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses für die Lebensmittelversorgung in Potsdam in erschöpfender Weise die Lebensmittelversorgung besprochen. Es wurden verschiedene Mängelheiten erwähnt und die Erfahrungen bei den Futteransammlungen erörtert, man war jedoch übereinstimmend der Ansicht, daß die Verantwortung hierfür nicht bei der Stadtverwaltung zu liegen scheint. Der Oberbürgermeister verwarf sich in der Verantwortung der Interpellation gegen solchen Verdacht und erklärte, daß die Schuld bei anderen Stellen und anderen Personen liege. Das unerträgliche Bild der Straßenansammlungen sei zuerst aufgetreten, als die Regierung plötzlich entgegen ihrer früheren Versicherung erklärte, die Kartoffeln würden teurer. Nach der Kartoffelfrage sei die Futterfrage dringend geworden. Es wurden zuerst 125 Gramm pro Woche und pro Kopf vorgelesen, aber die nötigen Mengen seien nicht gekommen und man mußte sich damit helfen, je zwei Untermarken zusammenzulegen, um ein bestimmtes Maß auf den Kopf der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Bürgerchaft ist ja zufrieden, wenn sie sieht, daß gleichmäßig und gerecht gearbeitet wird. Wir beklagen uns, wir wurden vorstellig beim Reichslandwirt, wir haben Eingaben gemacht, bei der Regierung Beschwerde geführt, sie hat sich dieser auch angenommen, aber wir haben nicht erreicht, was wir wollten, das wir ebenso viel Futter bekommen wie Groß-Berlin. Gewisse Gründe haben die Regierung veranlaßt, Groß-Berlin besser zu bedenken.

Besüglich der Fleischversorgung führte der Oberbürgermeister aus: Am 15. April übernahm die Regierung die Fleischversorgung, am 16. bekamen wir die erste Ratschrift darüber, es fehlte aber der Verteilungsplan. Wir telegraphierten und telephonierten, die Ratschreiber versicherten, sie täten, was sie könnten. Es wäre nicht uninteressant, wenn ich sagte, was wir nicht bekommen haben. Für die erste Woche bekamen wir 23 Rinder, dagegen kamen nicht die Schweine, auch nicht die Kälber. 40 Rinder und etwa 100 Schweine hatten wir zu fordern. Dann kamen in der zweiten Woche 22 Rinder, diese waren schlecht. In der dritten Woche kamen plötzlich 174 Schweine und 12 Rinder und 18 Kälber. Alle diese Zufuhren waren nicht ausreichend, um das Defizit zu decken. Deshalb wurde vorübergehend angeordnet, die Fleischer könnten ein Pfund auf den Kopf der Bevölkerung verkaufen, sie haben aber nicht ein Pfund verkauft, sondern nur ein Pfund auf den Haushalt. Der Magistrat hat sich nun die größte Mühe gegeben, den Lebensmittelverkehr zu regeln und eine Verordnung erlassen, die am 21. Mai in Kraft tritt und die davon ausgeht, Käufer und Ware so in die Hand zu bekommen, daß sie beiteilig umgruppiert werden können. Jeder kann dann nur die in zwei Gruppen gegliederten Lebensmittel gegen Vorlegung des Ausweises kaufen, auf dem die Menge und das Datum des Kaufes einzutragen sind.

Der Oberbürgermeister berührte ferner in seinen Ausführungen das Verhalten einzelner Fleischermeister bei der letzten Verteilung, die das üble Bestreben zeigte, sich einen Vorteil zu sichern. Obwohl bei der letzten Untersuchung durch eine Indiskretion die geplante Maßnahme verraten worden sei, habe man doch bei vier Schlächtern Vergehungen festgestellt, die durch eine Benachteiligung bei der nächsten Verteilung bestraft würden. Sei denen, die wiederholt bei einer Betätigung von Selbstsucht festgestellt würden, werde man zu scharfen Mitteln greifen und ihnen den Laden schließen. Man sei es der Allgemeinheit schuldig, die Handhaben rücksichtslos zu gebrauchen, über die man verfüge. Er hoffe aber, daß die Fleischer in Potsdam anständig und vornehm genug denken würden, um ein solches Verfahren zu verpöhlen. Es sei aber besser, man sage vorher, wie man vorbeuge, um die Leute nicht in Versuchung zu bringen. Der Oberbürgermeister verließ sich gegenüber der Einsetzung einer beantragten Kommission ablehnend, weil sie kein rechtes Arbeitsfeld habe und schon eine mit Hausleuten ausgestattete bestende. Hinsichtlich städtischer Vorräte erklärte der Oberbürgermeister, daß bei der Inventarisierung festgestellt worden sei, daß die Stadt am Verkauf nichts zugefetzt, sondern einen gewissen Heberschuh erzielt habe. In der ankündigenden Aussprache waren die Meinungen über die Einsetzung einer Kommission für die Lebensmittelversorgung geteilt und bei der Abstimmung verfiel der Antrag mit 20 gegen 18 Stimmen der Ablehnung.

Geburts- und Sterbefälle 1915 in Weissensee.

Im Kalenderjahre 1915 betrug die Zahl der Lebendgeborenen nur 754 gegen 1001 im vorangehenden Jahre. Einschließlich der im Felde gefallenen oder an ihren Wunden und durch Krankheit in Lazarett verstorbenen Kriegsteilnehmer wurden 1138 Sterbefälle beaufundet gegen 818 im Jahre 1914. Die auf 1000 der Bevölkerung gerechnete Zahl der Sterbefälle stieg sich 1915 auf 24,48. Die Eheschließungen gingen von 402 auf 332 zurück.

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins Riederschöne-weide wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die am 1. Mai 1916 abgehaltene Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Riederschöne-weide vertritt den Standpunkt, daß die scharfen prinzipiellen und taktischen Gegensätze, die sich aus Anlaß der Bewilligung der Kriegskredite innerhalb der Fraktion und der Parteioffiziation entwickelt haben, kein genügender Anlaß sind, eine Parteipaltung zu rechtfertigen. Sie erwartet, daß diese Meinungsverschiedenheiten wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten im Rahmen der Partei mit mehr Ruhe und Mäßigung unter Vermeidung aller persönlichen Zwistigkeiten ausgeglichen werden und hofft, daß es der Vorstand des Wahlvereins und der Parteivorstand auf der Basis der Parität ermöglichen, den „Vorwärts“, der gleichzeitig Zentralorgan der Partei ist, zu möglichst objektiver Berichterstattung sowohl der Fraktionsmehrheit als auch der Opposition zu veranlassen. In diesem Sinne wird die Mitgliedschaft Riederschöne-weide auch für die Zukunft für die Einheit und Geschlossenheit der Parteioffiziation zu wirken versuchen.

Parteiveranstaltungen.

Letzter Wahlkreis. Am Dienstag, den 16. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, finden im Kreis 21 Mitgliedsveranstaltungen statt. Die Tagesordnung derselben lautet: 1. Kasernenbericht. 2. Neuwahlen des Vorstandes. Um regen Besuch wird gebeten. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Kreisgeneralversammlung findet am Dienstag, den 23. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den Pflanz-Elden, Müllerstr. 142, statt.
Lichtenberg. Dienstag, den 16. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal von G. Tempel, Hauptstr. 2: Generalversammlung des Bezirkswahlvereins, Bericht und Wahl der Bezirksleitung, Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung, Vereinsangelegenheiten und Geschäftsberichte.
Brill-Buckow. Ein Alternabend für die Teilnehmer der Ferienliste findet Sonntag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal von Becker („Helschhaus“), Hauptstr. 97, statt. Mitbringsausführung. Keinen, Konjert. Rinde nur in Begleitung Ermöglichter. Eintrittskarten (Erwachsene 10 Pf., Kinder frei) sind bei Thele, Bürgerstr. 29, Büchli, Germania-Brommenstraße 11, 2. Etage, Kappe, Binsch-Witze 28, zu haben. Abendessen findet nicht statt.
Reinickendorf-West. Dienstag, den 16. d. M., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet im Lokal von Krause, Gleditschstr. 18, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht und Wahl der Bezirksleitung, Anträge, Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Sonntag, den 15. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Köpenicker Str. 62 (Bereitschaft): Vortrag des Herrn Dr. J. Koles über: Soziale Hygiene. Gäste, von Mitgliedern und Teilnehmern eingeladen, haben Zutritt.